DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

22 (2011)

An vielen Orten der Welt regen sich Widerstände – gegen autoritäre Regime, für mehr Demokratie, gegen ein ungerechtes Wirtschafts- und Finanzsystem. Selbst im beschaulichen Berlin kündigen Occupy-DemonstrantInnen an: „Jetzt knallts!". Tut es das wirklich? Foto: tranZland (CC BY-NC-SA 2.0)

Arabischer Frühling, westlicher Herbst?

Ein neues Protestlabel hat die Welt erobert: „*Occupy!*" heißt es auf den Straßen von Sydney und Oakland bis Tel Aviv und Hongkong. Im Internet lassen sich die Proteste in Echtzeit verfolgen. Immer wieder berufen sich die europäischen, israelischen und US-amerikanischen Bewegungen auf den ‚arabischen Frühling'. In dessen Ursprungsland, also Tunesien, hat die Bevölkerung nun ein knappes Jahr nach dem Beginn der Jasmin-Revolution eine verfassungsgebende Versammlung gewählt – und dabei auch religiös-konservative Politikansätze gestärkt.

Was haben die westlichen Protestbewegungen mit den demokratischen und sozialen Aufständen in der arabischen Welt zu tun? Hängen sie überhaupt zusammen? Auf welche Werte berufen sich die Aktiven jeweils, und welche Begründungstraditionen werden thematisiert? Welche Tendenzen sind zu erkennen und wie könnte es weitergehen? Diesen Fragen widmet sich unser Schwerpunkt. Wir laden ein zur Weltreise: Berichte, Texte und Analysen aus Athen, Madrid, Rom, Tel Aviv, zu Ägypten und den USA, sowie zum Großprojekt *Desertec*. Außerdem im Heft: Ein Kommentar von Jobst Paul: „Freiheit ja! Gerechtigkeit nein! Eine Allianz zwischen arabischem Kulturkonservatismus und den Konzernen könnte die *Occupy*-Bewegung in Bedrängnis bringen." *Schwerpunkt-Thema: Seite 13-37*

Aus dem Inhalt

Sprache und Integration

Stigma „Gutmensch"

Antimuslimischer Diskurs

Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Anschläge in Norwegen und die Medien

Occupy-Bewegung

Novemberpogrom 1938 in Duisburg

Judentum in christlich-fundamentalistischen Publikationen

Geschichte der extremen Rechten in NRW

Generation Facebook

Burnout: Wann darf man heutzutage psychisch krank werden?

Impressum

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
blog: www.disskursiv.de

Die deutsche (Hoch-)Sprache als Eintrittskarte in die Chefetagen und die deutsche Nation überhaupt

Einige Bemerkungen zu den Fallstricken des gesunden Menschenverstandes

von Siegfried Jäger

Sich verständigen zu können, das ist eine feine Sache. EinwanderInnen die Hochsprache abzuverlangen und diesem Verlangen mit bestimmten Sanktionen Nachdruck zu verleihen, das ist aber eine ganz andere.

Dann nämlich findet eine Verkettung von Gründen statt, die auf den ersten Blick nicht erkennen lässt, was mit der Forderung nach der Beherrschung der deutschen Sprache über den Zweck der Verständigung hinaus beabsichtigt ist. Außer einigen Sprachwissenschaftlerinnen dürfte dies kaum jemandem bewusst sein. Dahinter steckt die immer noch vorherrschende Auffassung in Bildungsinstitutionen, Politik und Medien, dass die Beherrschung der deutschen Hochsprache die Voraussetzung dazu darstelle, Deutsche oder Deutscher zu werden, deutsch zu fühlen und zu denken – mithin erst zu einer deutschen Identität führen könne. Dieses sprachwissenschaftliche und sprachphilosophische „Wissen" verbirgt sich jedoch hinter der auf den ersten Blick plausiblen Forderung, die deutsche Sprache als Mittel zu Verständigung und Kommunikation beherrschen zu können. Da ist ja auch etwas dran, etwas. In beiden Fällen, also der sprachidealistischen und der kommunikationsplausiblen Überlegung verbirgt sich nämlich ein Alltags-Mythos, wie Roland Barthes wahrscheinlich sagen würde. Aber Barthes ist tot; er ist vor 31 Jahren unter eine Straßenbahn geraten und auf der Stelle gestorben und er kann diese Mythen des Alltags nicht mehr enttarnen. Und so können die Mythen (fast) ungestört weiterleben.[1] Sie haben die gesamte Sprachwissenschaft, nicht nur in Deutschland, überlebt und können ihr Unwesen auch in der sogenannten Integrationsdebatte ungestört weiter treiben.

Bis Ende des 19. Jahrhunderts gab es keine deutsche Hochsprache, trotz Luther und seiner Bibelübersetzung, deren Sprache ein Gemisch aus den verschiedensten deutschen Dialekten darstellte. Der Grund war, dass der Reformator die Bibel für alle Deutschen lesbar machen wollte, und so griff er zur Sprache ostmitteldeutscher Siedler, die aus den verschiedensten Siedlungsgebieten herstammten. Wer heute die authentische Lutherbibel lesen möchte oder Texte aus dem Barock wie etwa den weithin bekannten Erziehungsroman Grimmelshausens vom „Simplizius Simplizissimus", wird schnell ins Stolpern geraten und große Mühe haben zu verstehen, was eigentlich gemeint ist. Selbst Goethe schrieb mal so und mal so und seine Mutter, die Probleme mit der Kommasetzung hatte, setzte 24 Kommastriche ans Ende eines Briefes an denselben und meinte, setz doch du die Kommas ein, was Du ja als der größte deutsche Dichter aller Zeiten wohl beherrschen wirst. Goethe soll sich krumm und schief gelacht haben und verwies auf die große mittelalterliche Dichtung wie zum Beispiel das Nibelungenlied, in dem nicht nur die Kommas standen, wo sie mochten, sondern auch die Wörter in unterschiedlichsten Verkleidungen einherkamen.[2] Das ging so bis etwa 1901, als Konrad Duden den Duden erfand. Doch auch dieser entbehrte weitestgehend jeder inneren Logik, worunter – trotz zigfacher Korrekturen – alle Schulkinder und Azubis heute noch zu leiden haben. Darüber ist immer wieder herzlich gelacht worden. Eigentlich gemein, oder? Nun gibt es den Duden auch heute noch. Wie er auch in seiner zigsten Auflage zu Stande kommt, naja, alle wissen es. Die Leute am Bibliographischen Institut in Mannheim gucken regelmäßig in die Zeitungen (bevorzugt in die FAZ) und beobachten, wie denn was aktuell geschrieben wird. Hat sich hier eine neue Schreibweise zu mehr als 50 % durchgesetzt, also etwa zu 51 %, wird die ältere aufgegeben. Alle wissen es, aber offenbar will keiner es wissen. Lauter regelmäßige Rechtschreibreformen, die auch nicht viel an diesem Unfug ändern! Fazit: So richtig deutsch konnten unsere Vorfahren niemals gewesen sein und sind auch unsere Zeitgenossen nicht. Und wenn man heute durch die (Sprach-) Landen fährt, kann einem ganz schlecht werden. Beim Überschreiten der einen oder anderen deutschen Grenze oder eines Flusses versteht man nur noch Bahnhof, Bayrisch oder garnix. Die reden doch alle anders, nur nicht deutsch. Logischerweise sind nach dieser nationalistischen Doktrin alle Deutschen in Wirklichkeit Ausländer, nur z.B. die Bayern nicht.

Ein wenig komplizierter ist es mit der Kommunikation und der Verständlichmachung. Ein bisschen Deutsch ist dafür natürlich nützlich. Aber nicht die Beherrschung der Groß- und Kleinschreibung oder des richtigen Kasus-Gebrauchs (der/die, des, dem/der, den/die etc.). Das kann man täglich beobachten. Bei Nachrichten, Dichterlesungen, beim Zeitungslesen und auf der Arbeit. Selbst die goldenen Federn produzieren Fehler über Fehler, schriftlich und besonders mündlich. Legte man den Maßstab der korrekten deutschen Hochsprache an sie an, gäbe es nur noch schlechte Noten. Nützlich ist diese nur zur Produktion von Sprachbarrieren für deutsche und eingewanderte Kinder. Da erweist sich das schöne Edeldeutsch nämlich als ausgezeichnetes Selektionsinstrument, als Integrationshemmnis für deutsche Kinder und Kinder mit Einwanderungs-Hintergrund, kurzum, als Herrschaftsmittel, das diejenigen, die unten sind, auch unten hält. Der Maßstab des korrekten Deutsch? Auch er gehört in die nationalistische Mottenkiste, wie Thilo und seine Thilosophen selbstverständlich auch.

1 Barthes „Mythen des Alltags" sprechen vom Mythos der Transparenz und Universalität der Sprache, so in der erweiterten Neuausgabe dieses wichtigen Buches auf Seite 64 (Frankfurt am Main: Suhrkamp 2010).

2 Das ist natürlich ein wenig Jäger-Latein. Aber immerhin hätte es so gewesen sein können.

Das Stigma „Gutmensch“.

Von Astrid Hanisch und Margarete Jäger

Der Begriff „Gutmensch“ ist in der politischen Rede mittlerweile zu einem Kampfbegriff geworden, mit dem politische Gegner und Andersdenkende diffamiert und abqualifiziert werden sollen. Allerdings findet diese Diffamierung in der Regel nur von Seiten konservativer bis hin zu extrem rechter Personen statt und richtet sich gegen diejenigen, die sich für ein friedlich-schiedliches Miteinander unterschiedlicher Personengruppen einsetzen.

Im Anti-PC-Diskurs gelten „Gutmenschen“ nicht bloß als irregeleitet, gutgläubig und naiv. Ihnen wird darüberhinaus eine machtvolle Position zugeschrieben.

Bei der Zurückweisung der Stigmatisierung als „Gutmensch“ wird von den Betroffenen auch schon einmal darauf hingewiesen, der Begriff sei bereits im Nationalsozialismus verwendet worden. Implizit wird damit angeprangert, dass sich hier eine faschistische Sprech- und Denkweise fortsetze. In diesem Zusammenhang geistert im Internet das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung als eine Quelle dieser Behauptung.[1] Obwohl vom DISS niemals behauptet worden ist, der Begriff des „Gutmenschen“ gehöre zum nationalsozialistischen Sprachrepertoire, sind wir dieser Behauptung nachgegangen. Dabei interessierte uns auch und vor allem seine diskursive Funktion.

Als Beleg für den nationalsozialistischen Bezug wird ein Beitrag von Julius Streicher im Stürmer genannt.[2] Die dortige Rede vom „guten Menschen“ hat allerdings eine andere Bedeutung, so dass nicht davon gesprochen werden kann, dieser Begriff stamme aus der Sprache der Faschisten. Allenfalls lässt sich sagen, dass mit dem Terminus des „Gutmenschen“ eine Diskursstrategie eingeschlagen wird, die auch im Nationalsozialismus praktiziert wurde und mit der politische Gegner*innen* diffamiert und isoliert werden sollen.[3]

In dem Artikel von Julius Streicher heißt es:

„Veranlagung und Erziehung machen den guten und den schlechten Menschen. Es kennzeichnet den guten Menschen, daß er an das Vorhandensein des Schlechten erst dann glaubt, wenn er es mit eigenen Augen sehen kann. Auf die Gutgläubigkeit der Guten baute sich die Berechnung jener auf, die ein Interesse daran hatten, das jüdische Volk als ein ausgewähltes Gottesvolk in Erscheinung treten zu lassen.“

Die Unterstellung von Gutgläubigkeit kommt zwar dem Vorwurf gegenüber den `Gutmenschen` nahe, diese seien naiv und verblendet. Aber das ist es dann auch schon. Dem „guten Menschen“ wird hier eine andere Bedeutung zugewiesen: Sie gehören zu den ‚Volksgenossen‘, deren Menschenbild durch die Nationalsozialisten korrigiert werden kann, in dem diese die „Berechnung jener […], die ein Interesse daran hatten, das jüdische Volk als ein ausgewähltes Gottesvolk in Erscheinung treten zu lassen“ ‚durchkreuzen.

Die Gegner sind in der Perspektive von Julius Streicher also nicht die „guten Menschen“, sondern die Juden. Die “guten Menschen“ können allenfalls als Werkzeuge in den Händen anderer gelten.[4]

Das ist im derzeitigen Anti-PC-Diskurs anders. Hier gelten „Gutmenschen“ nicht bloß als irregeleitet, gutgläubig und naiv, die die Bedrohung durch `Ausländer`, `Drogenabhängige`, `Kriminelle` oder durch den `Islam` etc. ignorieren. Ihnen wird darüber hinaus eine machtvolle Position zugeschrieben. Sie mache es möglich, dass durch ihre Ignoranz die degenerierenden und zersetzenden Effekte für die Gesellschaft überhaupt erst zur Gefahr würden. Dies ist ein zentraler Unterschied zu Streichers `guten Menschen`. Diese werden vom `Juden` missbraucht – der `Gutmensch` missbraucht seine Macht.

Dass aktuelle Vertreter*innen* des Anti-PC-Diskurses meinen, die Vorherrschaft der `Gutmenschen` durch vermeintliche `Tabubrüche` bekämpfen zu müssen, verweist darauf, dass sie von deren `Meinungsdiktat` ausgehen. Vielfach argumentieren sie sogar, die vermeintliche Tabuisierung durch die `Gutmenschen` würde die Meinungsfreiheit und letztlich die Demokratie gefährden. Diese Abwehrhaltung produziert auch Thilo Sarrazin, wenn er schreibt:

„(…) dass die sogenannten Gutmenschen über mich herfielen, als ich in einem Interview beiläufig erwähnte, dass das Tragen eines Pullovers helfen könnte, Energiekosten zu sparen, da man dann weniger heizen müsse.“ (Sarrazin 2010, 10)

Die so genannten `Gutmenschen` entwickeln offenbar eine Aggressivität, gegen die man sich augenscheinlich verteidigen muss, denn sie `fallen über einen her`. Volker Weiß spricht in diesem Zusammenhang von einer „Paranoia vor einer political correctness und dem Begriff des ‚Gutmenschen‘“, der „eine interessante Variante der Abwehraggression inne[wohne]. Sie richtet sich gegen eine Position, die im Verdacht ethischer Überlegenheit steht, und pocht dabei regelrecht darauf, selbst nicht „gut“ zu sein, also nunmehr ausschließlich im Partikularinteresse handeln zu können.“ (Weiß 2011, 101)[5]

1 Bis vor kurzer Zeit wurde dies etwa in der Online-Enzyklopädie Wikipedia behauptet. Mittlerweile ist diese Behauptung allerdings aus dem entsprechenden Wikipedia-Artikel verschwunden und kann nur noch auf der Diskussionsseite nachgefolgt werden.

2 Julius Streicher: Der Kampf gegen Alljuda. Der Stürmer. Jg. 37, 1941, 1-2.

3 Dies hat auch Volker Weiß herausgearbeitet (Weiß 2011). Im Folgenden beziehen wir uns daher auch auf den Abschnitt „Feindbestimmung: „der gute Mensch“ aus seinem Buch (97-106) S. auch die Rezension von Helmut Kellershohn in dieser Ausgabe S. 44.

4 Weitere Quellen, in denen in nationalsozialistischen Schriften das Kompositum „Gutmensch“ auftaucht, liegen uns nicht vor.

5 Wie stark die Sinnestrübungen der PC-Kritiker sein können, lässt sich in der Debatte

Rolf van Raden & Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
edition DISS Band 29
Münster: Unrast 2011
ISBN 978-3-89771-758-9
240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie umgekehrt den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Darüber hinaus spielt das, was in Medien gesagt werden kann, eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und ihre Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein. Die Beiträge widmen sich nicht nur klassischen Nachrichtenmedien, sondern auch Jugendzeitschriften, Ratgeberliteratur, ikonografischen Darstellungen und Computerspielen.

Mit Beiträgen von Hannelore Bublitz, Sebastian Friedrich, Stefanie Girstmair, Katharina Hametner, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Gabriel Kuhn, Thomas Kunz, Jürgen Link, Jobst Paul, Tom Schimmek, Hannah Schultes, Jörg Senf, Niels Spilker, Regina Wamper, Daniel Weigl, Markus Wrbouschek und Andreas Zumach.

Die Genese des Bedeutungswandels von „Gutmensch“ zeigt, dass nicht einzelne Personen über die Bedeutung von Begriffen entscheiden.

Doch die Bedeutung des Terminus „Gutmensch“ war nicht immer so eindeutig. 1997 deklarierte sich Kurt Scheel, Autor, Journalist und Mitherausgeber des Merkur- Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken in der Frankfurter Rundschau zum Schöpfer des Wortes ‚Gutmensch’:

„Als Erfinder des Wortes Gutmensch – es stand zum ersten Mal 1992 im Januarheft des ‚Merkur‘ - möchte ich darauf hinweisen, daß es nur ‚als süffisante, Heiterkeit erzeugende Bemerkung angesichts eines berufsmäßigen Moralisten‘ benutzt werden darf.“ (zitiert nach: Eichinger / Wiesinger 2004: 148)

In dieser überspitzten und eher humoristischen Bedeutung sollte der Begriff offenbar in Umlauf gebracht werden. Doch demonstriert die Genese des Bedeutungswandels dieses Begriffes auch, dass es nicht einzelne Personen sind, die über die Bedeutung von Begriffen entscheiden, sondern dass es sich hierbei um einen diskursiven Prozess handelt.[6]

Volker Weiß führt die Popularität und Reichweite des Begriffs auf das Wörterbuch des Gutmenschen zurück. (Weiß 2011: 99) Dieses Wörterbuch wurde von Klaus Bittermann und Gerhard Henschel 1994 als Kritik an einer inhaltsleeren Sprache herausgegeben, mit der politischer Protest zu einer lediglich moralischen Empörung weichgekocht werde. Der Untertitel des Wörterbuches des Gutmenschen lautete deshalb auch: Zur Kritik der moralischen Schaumsprache. Die Herausgeber wendeten sich gegen den moralisierenden Impetus der `Gutmenschen`. Sie verstanden das „Wörterbuch […] vor allem (als) ein Projekt der Selbstkritik. Primär ging es darum, eine denkfaul gewordene Linke aus ihrer geistigen Verfettung zu schrecken, indem man sie dessen bezichtigte, was ihre Vorväter am meisten gehasst hatten: des biederen Moralismus.“ (Weiß 2011: 99) Insofern ist das Wörterbuch des Gutmenschen in die Tradition von Gustave Flauberts Wörterbuch der Gemeinplätze, Victor Klemperers Lingua Tertii Imperii oder dem Wörterbuch des Unmenschen von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm Süskind zu stellen. (Vgl. Weiß 2011: 99.)

Die Kritik im Wörterbuch des Gutmenschen richtete sich aber nicht nur gegen die Moralisierung und Entpolitisierung von Sprache. Sie benannte auch einen Trend zum Konservativismus und Na-tionalismus. Formulierungen wie „Gerade wir als Deutsche“ würden das damals jüngst vereinigte Deutschland auf einen nationalen Normalisierungskurs bringen:

„Mit den Verbrechen der Nazis lässt sich jedoch keine ‚besondere Verantwortung’ begründen. […] Wenn sich aus der Vergangenheit etwas ableiten ließe, dann höchstens: Gerade wir als Deutsche sind besonders verpflichtet, die Klappe zu halten.“ (Bittermann / Henschel 1994: 64f.)

Die konservative Wende bzw. das Schlussstrichdenken nach 1989 scheint in der Tat dazu beigetragen zu haben, dass der Begriff des `Gutmenschen` so populär wurde. Er konnte und wurde umgehend von einem Anti-PC-Diskurs adaptiert, der in Deutschland vor allem von der politischen Rechten beflügelt wird. Dadurch wurde die ursprünglich selbstreflexive, ironische Bedeutung negiert und der Begriff zu einem Kampfbegriff umgedeutet.

Solche Diskursstrategien sind allerdings überhaupt nicht neu. Anhand eines Artikels von Heinrich von Treitschke aus

um das Buch von Thilo Sarrazin sehr gut nachzeichnen. Immer wieder wurde von Zensur und Einschränkung der Redefreiheit gesprochen und dabei übersehen, dass es in zwei wichtigen meinungsbildenden Organen, Dem Spiegel und der Bild-Zeitung Vorabdrucke des Buches gab.

6 Von der Gesellschaft für deutsche Sprache wird noch eine weitere Quelle des Begriffs `Gutmensch` angegeben. So habe die US-amerikanische Zeitschrift *Forbes* 1985 den Begriff auf den damaligen IG Metall-Gewerkschaftsführer Franz Steinkühler bezogen. Die Gesellschaft will aber hieraus keinen Transfer zum deutschen Sprachgebrauch ableiten. Dies auch deshalb, weil „das grammatische Muster ‚ungebeugtes Adjektiv + Substantiv’ im Deutschen seit Jahrhunderten existiert und viele Komposita hervorgebracht hat“ (http://www.gfds.de/index.php?id=112, Abruf 14.10.2011).

dem Jahr 1879 arbeitet Volker Weiß interessante Parallelen zur Sarrazin-Debatte 2010 heraus. Der Treitschke-Text enthalte „wohlfeile Angriffe auf Positionen, die heute als ‚gutmenschlich' bezeichnet werden würden. […] Mit der Geste, über Minderheiten schonungslos zu sagen, was andere aufgrund menschenfreundlicher Konventionen nicht auszusprechen wagen, konnte man also schon im 19. Jahrhundert Furore machen." (Weiß 2011: 102)

Auch der Abdruck der Rede von Gerhard Wagner, seinerzeit Leiter des Hauptamtes für Gesundheit, zum Thema Rasse und Volksgesundheit auf dem NSDAP-Parteitag von 1934 enthält eine Passage, in der dem politischem Gegner Gefühlsduselei und Irrationalität unterstellt wird:

„Mit aller Schärfe sei aber auch an dieser Stelle noch einmal der Gedanke zurückgewiesen, daß der Eingriff in die Lebensrechte der erblich Schwachsinnigen, Geisteskranken oder sonst schwer Belasteten aus ethischen und religiösen Gründen abzulehnen sei. Die göttliche Kraft, die die Welt schuf und ihr ihre Gesetze gab, hat selbst die Gesetze der Auslese im Daseinskampf, d.h. die oft brutale Vernichtung des Untauglichen und nicht voll Tüchtigen auch über das Leben und die Menschen gestellt. Und indem wir diesen Gesetzen mit humanen Mitteln nach einer langen Zeit der Verwirrung wieder Geltung verschaffen, dienen wir in Wahrheit dem wirklichen Willen des Schöpfers nach Aufstieg und Gesundheit des Menschengeschlechts, den eine falsche und krankhafte Humanitätsduselei durchkreuzt und verraten hat." (Wagner 1934, 271f.)

In heutiger Zeit hätte er auch von „Gutmenschen" sprechen können.

Eine ähnliche rhetorische Funktion hat mittlerweile auch der Begriff „political correctness", der auch einem Bedeutungswandel unterzogen wurde. Auch er ist in der politischen Auseinandersetzung zu einem negativen Kampfbegriff geworden. Im „Heimatland" USA war das nicht immer so. Unter „political correctness" wurde zunächst ein bewusster Umgang mit Sprache verstanden, der Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sichtbar und kritisierbar machen kann. Dieses Ansinnen ging stark von amerikanischen Universitäten aus und wollte durch das Verbot oder die Tabuisierung bestimmter sprachlicher Wendungen dazu beitragen, Minderheiten vor Diskriminierungen zu schützen. So wurden z.B. Lehrpläne und Studienordnungen sprachlich so abgeändert und modifiziert, dass gesellschaftliche Minderheiten explizit berücksichtigt oder diskriminierende Effekte ausgeschaltet wurden. Dies führte zu Reaktionen von neokonservativer Seite, die die Meinungsfreiheit und das Leistungsdenken dadurch eingeschränkt sahen. Das war in Deutschland anders. Hier war Political Correctness „von Beginn an eng mit der Frage historisch korrekten Sprechens verbunden, das heißt, ‚Political Correctness' trat hier vor allem als ‚historische Korrektheit' in Erscheinung […] (die) bis heute dazu dient, revisionistische und antisemitische Themen öffentlichkeitswirksam zu aktivieren." (Hölscher 2008: 64)

Mit der Kritik an `Gutmenschen` und ‚political correctness' soll eine Kritik an ausgrenzenden Diskursen und Praktiken mundtot gemacht werden, in dem deren Verfechter*innen* zu Feinden der Nation stilisiert werden. Der offenbar zur kritischen Selbstreflexion eingeführte Begriff des `Gutmenschen` kann heute allein als eine diffamierende Fremdzuschreibung durch die politische Rechte bezeichnet werden, der darauf abzielt, demokratische und emanzipative Bestrebungen abzuwerten und zu verspotten.

Literatur:

Bittermann, Klaus; Henschel, Gerhard (Hg.) 1994: Das Wörterbuch des Gutmenschen. Zur Kritik der moralisch korrekten Schaumsprache, Berlin.

Hölscher; Lucian (Hg.) 2008: Political Correctness. Der Sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen.

Eichinger, Ludwig M.; Wiesinger, Peter (Hg.) 2004: Neuer Wortschatz. Neologismen der 90er Jahre im Deutschen, Berlin.

Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München: DVA

Wagner, Gerhard 1934: „Rede über Rasse und Volksgesundheit auf dem NSDAP-Parteitag 1934", in: Streicher, Julius (Hg.), Reichstagung in Nürnberg 1934. Herausgegeben im Auftrage des Frankenführers Julius Streicher, Berlin, 249-284.

Weiß, Volker 2011: Angriff der Eliten: Von Spengler bis Sarrazin, Paderborn.

Niels Spilker
Die Regierung der Prekarität
Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse
edition DISS Band 27
Mübnster: Unrast
ISBN 978-3-89771-756-5
160 S., 18 €

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? Und in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden?

Niels Spilker untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Die Begriffe Regierung und Gouvernementalität dienen dabei als Scharnier, welches die hegemonietheoretischen Arbeiten des Regulationsansatzes und die Machtanalyse Foucaults verbindet. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der governmentality studies untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements im Kontext seiner Aneignungs- und Anwendungsbedingungen. Prekarisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit" (Bourdieu) legt die vorgestellten Technologien der Fremd- und Selbstführung nahe und plausibilisiert das Diktat der Optimierung, der Flexibilität und des individuellen Erfolgs. Gleichzeitig verwickelt sie Subjekte reihenweise in Probleme. Es entsteht also eine neue Architektur der Macht. Und es entstehen neue Risse, potentielle Brüche und somit auch Anknüpfungspunkte für Widerspruch und Widerstand.

Facetten des antimuslimischen Diskurses

Eine Besprechung von Hannah Schultes

Farid Hafez (Hg.)
Jahrbuch für Islamophobieforschung 2011
2011 Innsbruck: StudienVerlag
ISBN 978-3-7065-5021-5
128 S., 22,90 Euro

In sieben Beiträgen und zwei Rezensionen werden in dem 2011 zum zweiten Mal erschienenen „Jahrbuch für Islamophobieforschung" bedenkenswerte Entwicklungen im extrem rechten und im hegemonialen Diskurs mit Analysen auf der Ebene der Medien und Politik belegt. Darüber hinaus beinhaltet die von Farid Hafez herausgegebene Publikation auch eine theoretische Intervention sowie einen Beitrag aus dem Feld der Cultural Studies.

Eine Nachzeichnung des politischen Diskurses um das durch eine Schweizer Initiative verbreitete Anti-Minarettplakat im Herbst 2009 liefert Doris Angst in ihrem Beitrag. Eher unterbelichtet bleibt in dem Beitrag jedoch leider die grundsätzliche Ambivalenz von Meinungsfreiheit und auch eine kritische Hinterfragung staatlicher Verbote findet nicht statt. Dass die Verbotsdebatten und Verbote die Anschlussfähigkeit und Verbreitung des kritisierten Inhaltes nicht verhindern konnten, zeigt schließlich die Karriere des Plakats, das zum antimuslimischen „Propaganda-Hit" (22) wurde.

Mit dem antimuslimischen Gehalt der österreichischen Medienberichterstattung zum Schweizer Minarettverbot beschäftigt sich Astrid Mattes in einer Kritischen Diskursanalyse, in der sie zu dem Schluss kommt, dass eine bewundernde Haltung gegenüber dem Schweizer Volksentscheid vorherrscht, während Musliminnen als „anders, gefährlich, unterlegen oder unerwünscht" (34) dargestellt werden.

Ergänzend dazu verhält sich eine sprachwissenschaftliche Betrachtung zweier Spiegel-Artikel aus 2004, in denen die Konstruktion des muslimischen „Anderen" anhand der Referenzpunkte „9/11", Irak-Krieg und der Anschläge von Madrid vollzogen wird. Der Autor Abdel-Hafiez Massud kommt dabei unter anderem zu dem Schluss, dass etablierte Stereotype durch selektive Ausblendung von Informationen und eine Konzentration auf die „superkongruenten Fälle" (80) perpetuiert werden.

Um das rassistische Stereotyp des hypermaskulinen, frauenunterdrückenden Südländers dreht sich Martin Meyraths an den Cultural Studies orientierter Beitrag „Superösterreicher. Zur Konstruktion eigener und fremder Männlichkeiten im Lied ‚Supertürke'". Meyrath konstatiert dabei als Grundlage des Liedtextes der österreichischen Popgruppe Erste Allgemeine Verunsicherung (EAV) sowohl eine klassisch rassistische „Primitivität-Zivilisations-Dichotomie" (46) als auch spezifisch antimuslimische Aspekte wie die Vorstellung von Religion als Kultur. Deutlich wird zudem die Verknüpfung von antimuslimischem Rassismus mit der Kategorie Klasse und dem „Pseudo-Feministischen Viktimisierungsdiskurs" (49) der weißen männlichen Kritisierenden.

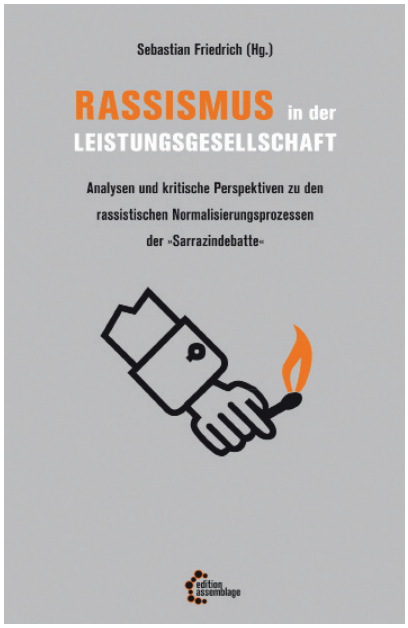
Eine „Entflechtung der Kritiklinien" (59) strebt auch Petra Klug in ihrer Auseinandersetzung mit Judith Butlers Argumentationen gegen die Instrumentalisierung von Frauenrechten und sexuelle Selbstbestimmung im antimuslimischen Rassismus an. Klug zufolge dürfe aus antirassistischer Kritik keine „Ethnisierung der Standards" (60) folgen – dabei wirft sie Butler nicht nur das Verharren in der Logik des Kulturalismus vor, sondern auch die Projektion des von ihr kritisierten Säkularismus auf religiöse Minderheiten und die Ausblendung der heterogenen Positionen innerhalb dieser Minderheiten durch die Einnahme einer Fürsprecherinnen-Rolle.

Hinsichtlich extrem rechter Feindbilder und der Rolle des Islams darin sind besonders die Beiträge von Phillip Becher und Farid Hafez interessant. So konstatiert Becher nach einer umfangreichen Medieninhaltsanalyse von „Europa vorn"/„Signal", dass diese neurechten Periodika ab Mitte der 90er Jahre die „Blaupause für die Agitationsmuster geliefert [haben], die ein Jahrzehnt später von ‚pro Köln' aufgegriffen werden sollten" (110). Antikommunismus, Antiamerikanismus, antimuslimische Haltungen und der vorgebliche Einsatz gegen soziale Ungleichheit in der „Neuen Rechten" bedienen dabei weit verbreitete Wahrnehmungen und Haltungen in der Bevölkerung. Hafez hingegen analysiert die Wahlkampfstrategien der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im Wiener Landtagswahlkampf 2010 und stellt den Topos der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) als „Islamistenpartei" heraus. Dabei wird der SPÖ der Einsatz für „Kopftuchzwang" und muslimische „Gegengesellschaften" zugeschrieben, als muslimisch markierte SPÖ-Kandidatinnen werden als „Proto-Islamisten" (89) dargestellt.

Das Jahrbuch bietet interessante Einblicke in unterschiedliche Formen und Intensitäten des gegenwärtigen antimuslimischen Diskurses – besonders hervorzuheben ist dabei die sich in der extremen Rechten immer wieder abzeichnende proklamierte Allianz zwischen dem Feindbild Islam und Repräsentantinnen anderer Feindbilder. Die unterschiedlichen Positionen zu Vergleichen und Analogiebildungen zwischen Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus verdeutlichen allerdings den Diskussionsbedarf auch kontroverser Themen, der innerhalb der relativ jungen Forschungsrichtung herrscht.

Ein Hype in all seiner entlarvenden Schönheit

Eine Rezension von Siegfried Jäger



Sebastian Friedrich (Hg.)
Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“
2011 Münster: edition assemblage
ISBN 978-3-942885-01-0
262 S., 19,80 Euro

Die Linke habe sich zu Sarrazin kaum bis überhaupt nicht geäußert. So rumort es in den hegemonialen Feuilletons. Das stimmt, wenn es denn überhaupt irgendwie wahr war, ab jetzt nicht mehr. Für genauere und seriösere Analyse, so einem denn daran gelegen ist, bedarf es einer gewissen Zeit. Mit dem soeben erschienenen Sammelband, herausgegeben von Sebastian Friedrich, liegt eine Kritik vor, die tiefschürfend und anregend ist und sich nicht mit dem Bürger Sarrazin allein befasst, sondern seine Ideologie zutiefst in deutscher Geschichte und aktueller bürgerlicher Gesellschaft verankert sieht. Zu Recht!

Wer sich jemals gründlicher mit dem Nationalsozialismus und seinen Vorläufern beschäftigt hat, wer die deutsche Politik nach 1945 und den fortdauernden Antisemitismus und Rassismus verfolgt hat, kann Sarrazin nicht als politischen Unfall verstehen, sondern als Ausdruck einer fortdauernden Biopolitik, kaum unter der Tarnkappe versteckt, die eine Form der Regierung der Bevölkerung darstellt, die mit wirklicher Demokratie nicht viel zu tun hat.[1]

In diesem Band, zu dessen Lektüre eine spannende Einleitung des Herausgebers einlädt, das sei noch einmal deutlich gesagt, geht es nicht primär um Sarrazin und seine Person und sein sehr spezifisches Verhältnis zur Wissenschaft, sondern um den aktuellen und historischen Kontext, in dem sein Buch eine derartige Wirkung erzielen konnte.[2]

Die Angst vor einer Bedrohung Deutschlands durch Einwanderung erzeugt neue Rassismen

Sabine Hess wirft ein kritisches Licht auf die wissenschaftliche Wissensproduktion zum Thema Einwanderung der letzten gut 60 Jahre und auf die neuere Integrationsdebatte in Deutschland. Der Normalfall Einwanderung werde durchweg zum Problem hochstilisiert. Vorschläge für alternative Sicht- und Herangehensweisen, so etwa die, Einwanderung und Integration aus dem Blickwinkel der EinwanderInnen zu erforschen, runden diesen Beitrag ab.[3]

Yasemin Shooman notiert, dass Kultur – und beim Antiislamismus auch Religion – in den einflussreichen Medien und der Öffentlichkeit insgesamt einen ähnlichen Stellenwert einnehmen wie dies traditionell der biologistische Rassismus getan hat (und dies teilweise immer noch tut). Zugleich seien als Muslime markierte Menschen und Gruppen als Rassen zurechtkonstruiert worden und als parasitär hypostasiert worden – eben nicht nur von Sarrazin.

Sebastian Friedrich und Hannah Schultes untersuchen den aktuellen Diskurs Einwanderung in hegemonialen Medien (Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung, FAZ/FAS). Es gehe in den untersuchten Zeitungen um das Verständnis von Integration und damit um die Frage: Integriert, vielleicht nur teilweise integriert oder nicht integriert? Rassismus als Integrationshemmnis werde nicht thematisiert. Plakative Portraits von Integrierten und Nicht-Integrierten ersetzen die Analysen. Dabei werde durchaus auf Sarrazin Bezug genommen, die Medienanalysen erbrächten jedoch nicht Neues im Vergleich zu anderen vorliegenden Analysen. So heißt es: „Die gegenwärtigen Repräsentationsformen von Migrant_innen sind geprägt durch ein Gebilde aus herrschendem Integrationsparadigma, der Negierung und Unsichtbarkeit rassistischer Strukturen und Regierung im Sinne einer leistungsorientierten Selbstdisziplinierung bei gleichzeitiger Kontrolle durch Instanzen der Mehrheitsgesellschaft.“

In seinem Beitrag zum „Reflexiven Eurozentrismus“ geht Serhat Karakayali von der von Beobachtung aus, dass in neuere Formen von Rassismus vermeint-

1 Das klingt vielleicht für diejenigen überraschend, die meinen, 1945 markiere einen Schlusspunkt. Doch einmal etablierte Diskurse brechen nicht einfach ab. Sie mögen sich verändern, tragen jedoch immer noch antiquiertes Wissen weiter in sich – bis in die Gegenwart hinein.

2 Der Wissenschaftler Sarrazin ist ob seiner ans Lächerliche grenzenden Antiquiertheit und ökonomistisch-statistischen Einseitigkeiten inzwischen eindrucksvoll kritisiert und widerlegt worden.

3 Dazu ist allerdings zu sagen, dass solche neue Forschung einen schweren Stand hat, da die Forschungsförderung in diesem Bereich ziemlich spärlich ausfällt. Es ginge vor allem darum, „junge Forschung“ im Rahmen der universitären Möglichkeiten noch intensiver zu nutzen als dies bisher schon der Fall ist.

lich emanzipative Kritiken eingehen und von ihm gleichsam vereinnahmt werden. Gefragt wird, wie und auf welche Weise die einzelnen Merkmale dieses Syndroms miteinander in Beziehung stehen. Reflexivität sei sowohl modus operandi des Syndroms als auch Distinktionskriterium des neuen Eurozentrismus, in dem der muslimisch Andere als nichtreflexiv markiert werde. Dieser Zusammenhang wird sowohl macht- und subjekttheoretisch interpretiert. In der Sarrazindebatte werde die Trennlinie zwischen den „fahrlässigen" und den reflexiven Subjekten vor allem entlang staatlicher Grenzen gezogen: nicht der Grenzen des deutschen Staates, sondern eines sich herausbildenden staatlichen Gebildes namens Europa, dessen Identitätsanrufungen sich nicht mehr auf nationale Kollektive richten, sondern wahlweise auf religiöse Gemeinschaften oder Mentalitäten.

Vassilis Tsianos und Marianne Pieper gehen von der Frage aus, weshalb es diese Debatte um Integration überhaupt gebe. Sie kommen zu dem Ergebnis, es gehe um das Bedrohungspotential durch „Risikopopulationen". „Gelinge es nicht, ‚die Ausländer' zu integrieren, seien zukünftig gesellschaftliche Konflikte wie in den französischen Banlieus unvermeidbar." (125) Das sei der Grund dafür, dass es in dieser Debatte um die Vermeidung von Ghettos gehe, angebliche Parallelgesellschaften abgelehnt werden und damit eine bestimmte Form von (assimilativer) Integration eingefordert werde; um eine Integration also, bei der es ausschließlich um deutsche Interessen gehe. Sie wollen den Begriff der "biopolitischen Assemblage" für die Rassismusanalyse fruchtbar machen, als das verschränkte Auftreten von Rassismus mit anderen Diskursen, das aber dazu führe, rassistische Positionen durch scheinbar liberale Argumente zu verschärfen.

Damit liegen hoch interessante Überlegungen vor, die den Auftakt zur weiteren Ausdifferenzierung der Rassismus-Forschung darstellen können. Tsianos und Pieper schlagen als Ausgangspunkt dafür den Begriff der biopolitischen Assemblage vor. Es handle sich dabei um neue (post-) koloniale, antisemitische, und antiislamische Konfigurationen.[4]

Biopolitische Assemblagen

Solche neuen Formen von Rassismus untersucht Juliane Karakayali. Sie diskutiert sie anlässlich der aktuellen Integrationsdebatte am Beispiel neuer Geschlechterpolitiken wie etwa der Förderung der Geburtenzahl bei Akademikerinnen. Ein weiteres bilde die Bereitstellung von Elterngeld. Auf diese Weise werden vorhandene soziale Ungleichheiten zu natürlichen Ungleichheiten umgedeutet. Das geschehe im Rahmen eines neoliberalen Diskurses, der gerade jungen Frauen die Einlösung feministischer Forderungen nach Teilhabe verspreche.

In diesem Horizont versucht Moritz Altenried eine biopolische Erklärung nach Foucault, wie man sie in der gesamten ausschweifenden Debatte um Integration bisher nicht finden konnte. Er begreift Integration als Dispositiv im Sinne Foucaults und zeigt, dass es gar nicht um Integration im eigentlichen Sinne gehe, sondern um einen diskursiven Knotenpunkt, der verschiedene Diskurse miteinander verschränkt: ökonomische, rassistische und nationalistische. Offenbar sieht sich die mit Einwanderung konfrontierte mediopolitische Klasse selbst in einem Notstand, dem sie unter Einbringung bürgerlicher Ideologeme zu begegnen sucht.

Elke Kohlmann erkennt Sarrazins Argumentation mit dem Humankapital als einen Versuch, seinen Rassismus weiterhin in den Vordergrund zu rücken und sieht Sarrazins primäres Anliegen darin, die Kosten, die Einwanderinnen und Arme verursachen, zu senken. Ihm sei jedes Mittel recht, die ökonomisch „Unproduktiven" ausfindig zu machen. Sie fragt, ob nicht neue analytische Werkzeuge gebraucht werden, weil Sarrazin mit dem Vorwurf Rassismus und Neo-Rassismus nicht wirklich und restlos zu kritisieren sei. Sie zeigt, dass die Ökonomie als vorrangiges Analysemittel für den Lebenswert der Individuen von Sarrazin etabliert wird. Zu fragen sei daher, ob Rassismus und Neorassismus überhaupt angeführt werden sollen, um Sarrazins Argumentation auseinander schrauben zu können. Sarrazin bediene sich ihrer und anderer Mittel möglicherweise nur, um seine Beweisführung zu stützen.

Auf der Suche nach der globalen Macht unter Rückgriff auf verdinglichtes Wissen

Jürgen Link macht darauf aufmerksam, dass Sarrazin zu Mitteln verdinglichter Intelligenz Zuflucht nimmt: Er reduziere Wissen auf quantifizierendes Wissen und primär Mathematik und Naturwissenschaften und Technik (neben einigen ausgewählten sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächern). Zu fragen sei deshalb: Warum dann aber auch noch Goethe?

Verdinglicht sei Sarrazins Auffassung von dominanter Erblichkeit, als ließe sich Intelligenz messen wie Fieber mit dem Thermometer. Auf dem Hintergrund seiner Normalismustheorie zeigt Link, dass es sich bei „Deutschland schafft sich ab" um ein Manifest des Protonormalismus handelt.[5]

Christoph Butterwegge spricht von einer Sinnkrise des gegenwärtigen Kapitalismus angesichts der Ökonomisierung, Kulturalisierung, Ethnisierung und Biologisierung des Sozialen. Er verweist auf Westerwelles Wohlfahrtsstaatskritik und Sarrazins Hetze gegen den Sozialstaat. Der Neoliberalismus begünstige Standortnationalismus, Sozialdarwinismus und Wohlstandschauwinismus. Das seien ideologische Ablenkungsmanöver der Herrschenden gegenüber den Krisen und eine Gefahr für die Demokratie.

Jörg Kronauer zeigt, dass und weshalb sich Sarrazin um den deutschen Staat sorgt. Sarrazin beklage die mangelnde Gebärfreudigkeit insbesondere der deutschen akademischen Frauen und insgesamt das deutsche Bildungsniveau angesichts des Strebens Deutschlands, eine globale Macht darzustellen. Er greife in eine nationalistische Debatte ein, die zurzeit von den deutschen Eliten geführt werde. Immerhin äußere Sarrazin Zweifel, ob die Form der Demokratie geeignet sei, diesen Missständen zu begegnen.

4 Unter Assemblage wird in freier Übersetzung von agencements bei Deleuze/Guattari in „Tausend Plateaus" „nicht nur das Bild einer Verkettung gemeinsamen dynamischen Funktionierens (verstanden), sondern auch eine in diesen agencements enthaltene spezifische Produktivität des Begehrens, die über das Bestehende hinausweisende Fluchtlinien von Deterritorialisierungsbewegungen zu beschreiben vermag". (127)

5 Mit Protonormalismus ist im Unterschied zum flexiblen Normalismus ist eine rigide autoritäre „Steuerung der Gesellschaft gemeint.

Nora Räthzel widmet sich Sarrazins Elitekult, was in der bisherigen Debatte kaum aufgegriffen worden sei. Es gehe um die Angst der Eliten vor dem Verlust der ökonomischen, politischen und kulturellen Vorherrschaft im Norden. Sarrazin schüre mit seinen verquasten „Beweisführungen" diese Angst vor dem globalen Machtverlust. Sie werde auf eine Angst vor dem Süden im Inneren umgelenkt. Als Hilfe werde die Elitebildung angeboten. So entstehe eine doppelte Ermächtigungsphantasie, mit der die Angst vor dem globalen Machtverlust verdrängt werden kann.

Phantasievoll auf die Schüppe nehmen: Interventionen und Perspektiven

Charlotte Misselwitz möchte den Spieß auf intelligente und humorvolle Weise umdrehen und mit Diskurstaktiken wie Zuspitzungen, Umkehrungen, Ironisierung etc. gegen „die Gesellschaftsgruppe Sarrazin und Banker", die sie als Parasiten bezeichnet, kritisch vorgehen. Sie nennt dieses Verfahren auch „narrative Spiegelung". Die Parasiten sollen nicht allein durch bestimmte Zuschreibungen entlarvt werden, sondern durch die Anwendung solcher Zuschreibungen auf sich selbst, was dann Humor sei. Das sei besser als nur rationale Argumentation, die deshalb wenig nütze, weil einmal übernommene Vorurteile durch sachliche Korrektive kaum zu brechen seien, da diese keine emotionale Wirkung hätten. Erst wenn das Denken mit dem Gefühl einhergehe, komme es zur Einsicht. Das ist ein Beispiel für eine Diskurstaktik, die die Position Sarrazins klar benennt, den Spieß des Bezeichneten gegen den Bezeichnenden umkehrt. So kann gezeigt werden, wer die wirklichen Schmarotzer und Parasiten sind und wie überspitzt und unwissend die vorgetragene Kritik sei.

Gabriel Kuhn und Regina Wamper nehmen die Diskussion um Meinungs- und Pressefreiheit auf. Sie argumentieren, es gehe dabei um die Grenzen und zugleich um die Verteidigung der Meinungsfreiheit. Insbesondere die Rechte fordere sie, um alles unverantwortlich herausschreien zu können. Die Rechte sehe immer dann die Meinungsfreiheit in Gefahr bzw. abgeschafft, wenn rassistische, sexistische, antisemitische, klassistische oder andere ausgrenzende Diskurse in Frage gestellt werden.

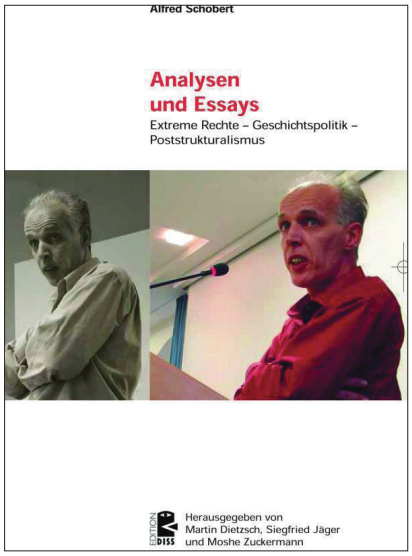
Fazit: Diabolisches Geschwätz

Man wird diesem Buch mit seinen 16 Artikeln von meistenteils recht jungen AutorInnen nicht in jedem Punkt zustimmen wollen. Doch es leistet einen wichtigen und äußerst verdienstvollen Beitrag, der die leidige Debatte um Integration auf einen neue Stufe führen wird. Es entlarvt diesen Diskurs als diabolisches Geschwätz.[6]

Die Frage, wie es zu diesem Sarrazin-Hype angesichts der Tatsache, dass dieser eigentlich nichts Neues sagt, kommen konnte, lässt sich nur beantworten, wenn man die Strategie dieses Diskurses herausarbeitet, also die Frage beantwortet, worauf sich dieser Diskurs stützt und worauf „er" (also dieser Diskurs) hinaus will: Herrschaft.[7] Sarrazin verbindet seine auf den ersten Blick nur populistische Kritik an den Nutzlosen, die er auch schlicht bei der Bildzeitung abgeschrieben haben könnte, einerseits mit den gängigen Rassismen, greift aber zugleich auf verbreitetes Bildungswissen antiquierter Provenienz zurück, was auch solche Menschen anlockt, die ihr Wissen aus dem 19. Jahrhundert und dem Nationalsozialismus bezogen haben. Er verbindet das (antiquierte) „Wissen" des zumeist reichen deutschen Bildungsbürgers mit ihrem angeblichen legitimen Anspruch und das Recht auf den Besitz, das Verfügen über Herrschaft. Dieser Diskurs will eine andere Regierung, Demokratie ist ihm fremd. Er plädiert für die einer Elite. Damit erweist sich Sarrazin nur als Sprachrohr eines Diskurses, dem des deutschen Bildungsbürgertums als herrschender Elite, die um ihre Privilegien bangt.

6 Mit „diabolisch" ist hier nicht allein „teuflisch gemeint, sondern verschleiernd, bösartig täuschend, irreführend. (Vgl. dazu Sybille Krämer 2008: Medium. Bote. Übertragung. Kleine Metaphysik der Medialität, Frankfurt/M.: Suhrkamp).

7 Die Formulierung „Strategie des Diskurses" betont, dass es nicht um Strategien einzelner Personen oder Institutionen geht, sondern um die Frage, worauf der Diskurs hinausläuft. Dazu tragen natürlich auch einzelne Personen und Institutionen bei, bestimmen ihn aber nicht.



Alfred Schobert
Analysen und Essays
Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus.
Hg. von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Moshe Zuckermann
Edition DISS Band 21
Münster: Unrast
ISBN 978-3-89771-750-3
440 S., 29,80 €

Alfred Schobert (* 1963, † 2006) gehörte zu den wichtigsten Experten zum Thema extreme Rechte in Deutschland und Frankreich. Wie kaum ein anderer verstand er es, seine Interventionen auf einem wissenschaftlichen Fundament zu entwickeln. Als Schüler des französischen Philosophen Jacques Derrida arbeitete er an der Schnittstelle von Ideologiekritik und Poststrukturalismus. Seine Arbeiten richteten sich nicht nur an ein wissenschaftliches Fachpublikum. Sie lieferten immer auch wichtige Impulse für eine effektive Arbeit gegen Rechts und für den Kampf für eine gerechte Gesellschaft. Alfred Schobert war langjähriger Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Von seinen etwa 500 Artikeln, Aufsätzen und Vorträgen wurden für diesen Band 30 Texte zur extremen Rechten, zur Geschichtspolitik und zum Poststrukturalismus ausgewählt.

„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“

Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien

Von Ekaterina Jadtschenko, Marc Jacobsen, Regina Wamper

Zweifellos war die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen für die journalistische Zunft eine große Herausforderung. Der Druck, Nachrichten zu produzieren, wissen zu müssen, was warum passiert und das am besten, bevor es jemand anders weiß, hat hier sicherlich großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als „islamistische Terroranschläge“ gehabt. Und so schnell ein Ereignis bewertet werden muss, so schnell ist es auch wieder vergessen – nur Wochen nach den verheerenden Anschlägen.

Für uns waren die Berichte zu den norwegischen Anschlägen Anlass, die Wirkmächtigkeit herrschender Deutungsmuster zu analysieren.[1] Denn diese Deutungsmuster sind es, die es uns plausibel erscheinen lassen, dass Terroranschläge etwas mit dem Islam zu tun haben müssen. Sie geben vor, dass extreme Rechte nicht vernetzt agieren und / oder dass Rassismus sich durch Steuerung und Begrenzung von Migration zurückdrängen ließe. Und die diskursiven Effekte dieser Deutungsmuster sind es schließlich, die Rassismus reproduzieren, rechte Gewalt verharmlosen, Feindbilder und Bedrohungsgefühle aufbauen oder verstärken.

Das alles sind natürlich keine genialen Erfindungen der Medien oder gar einzelner JournalistInnen. Auch diese bewegen sich innerhalb gesellschaftlich dominanter Diskurse, ihr Wissen ist diskursiv vermittelt. Problematisch wird es dort, wo Objektivität als Grundlage von Berichterstattung behauptet wird. Denn dass es diese nicht gibt, hat uns die Berichterstattung zu den norwegischen Anschlägen wieder einmal gezeigt.

Regina Wamper / Ekaterina Jadtschenko / Marc Jacobsen (Hg.)
„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien
edition| DISS Band 30
Münster: Unrast
ISBN 978-3-89771-759-6
178 S., 18 Euro
erscheint im November 2011im Unrast-Verlag

Alle Zeitungen arbeiteten mit Externalisierungen des Täters und der Tat. Publikationsorgane, die sich der „politischen Mitte“ zuordnen, verlagerten den Täter in die politische Rechte. Die politische Rechte wiederum wies Breivik entweder zurück zur Mitte, rechnete ihn dem je anderen Spektrum innerhalb der extremen Rechten zu oder vermutete Verschwörungen. Konservative sahen ihn als aus dem sozialdemokratischen Idyll erwachsen, Linksliberale stellten Nähen zum Konservatismus her. „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ auf diese Formel lässt sich die Argumentationsstrategie bringen. Während zu Recht konstatiert wird, dass Breivik sich in rechten Milieus bewegt hat und offenkundig deren Ideologien vertritt, wird eine Auseinandersetzung mit zentralen Aussagen in Breiviks Ideologie im je eigenen politischen Spektrum abgewehrt. Mit der eigenen Berichterstattung haben diese Überzeugungen nichts zu tun, allenfalls mit der der anderen.

Aus Breiviks schriftlichen Erklärungen fanden nur einzelne Ideologiefragmente mediale Aufmerksamkeit. Bedauerlich still blieb es beispielsweise um Breiviks Frontstellung gegen die Linke und um seinen Hass auf die sogenannte „political correctness“. Dabei wurde eben diese Argumentationsfigur quer durch die deutsche Medienlandschaft zuvor während der von Sarrazin angeheizten Integrationsdebatte bedient.

1 Diese Analysen sind in Band 30 der edition DISS nachzulesen, der von Regina Wamper, Ekaterina Jadtschenko und Marc Jacobsen unter dem Titel: *„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien* herausgegeben wird. Das Buch erscheint im November 2011 im Unrast-Verlag Münster.

Diese Debatte und der in ihr auflodernde antimuslimische Rassismus hatten zweifellos etwas zu tun mit der anfänglichen Deutung der Ereignisse als „islamistischer Terrorismus". Nach seiner Festnahme wurde Beivik zum „Antiislamisten", seine Anschläge wurden als Reaktion auf „muslimischen Extremismus" und als gegen „Islamismus" gerichtet gewertet. Auf diese Weise werden Schuldumkehrdiskurse bedient. Breivik richtete sich aber nicht gegen „Islamismus", seine Anschläge waren keine Reaktion auf „muslimischen Extremismus". Breiviks Rassismus richtet sich gegen Muslime und Muslima allgemein, denen freilich gemeinsame Eigenschaften zugeschrieben werden. So funktioniert Rassismus. Die Rede vom „Antiislamismus" hingegen suggeriert, dass Rassismus etwas zu tun habe mit dem Verhalten der von ihm Betroffenen. Diese Figur hat in Deutschland allerdings Tradition. Anfang der 1990er hat man Flüchtlingen eine Mitschuld an rassistischen Pogromen wie denen von Rostock-Lichtenhagen, Hünxe und Hoyerswerda gegeben. Die Änderung des Asylrechtes sollte dementsprechend vorgeblich für ein Ende von rassistischen Morden sorgen. Doch gebrannt hat es weiterhin, berichtet wurde darüber allerdings nur noch selten.

Auch während der Berichterstattung über Norwegen wurden rassistische Topoi bedient und die Ursächlichkeit für Rassismus vielfach in der Migration und bei den MigrantInnen gesucht.

Des Weiteren wurde in den Zeitungen eine Innen/Außen-Dichotomie vermittelt, über die die Anschläge als von Innen kommend beschrieben wurden, entgegen „islamistischen" Anschlägen, die von Außen kämen. Dies suggeriert, dass der Islam in all seinen Facetten nicht zum Innen, zu „uns" gehört. „Islamismus" wird damit zu einem Problem, das in europäischen Gesellschaften nicht existiert, ganz als ob es keine europäischen Muslime und Muslima gäbe.

Stattdessen wurde das Feindbild Islam auch nach Bekanntwerden der Motive des Täters aufrechterhalten. Manche Zeitungen gingen gar Breiviks Thesen von einer Islamisierung Europas nach und untersuchten den Islam und dessen Einfluss in Norwegen. Damit ließen sie sich auf die Gedankenwelt des Täters ein.

Während „Islamismus" weiterhin als weltumspannende Gefahr galt, wurden Breiviks Motive nicht in internationale vernetzte Kontexte eingebettet und nur selten von Terrorismus gesprochen. Während „Islamismus" mit internationalen Netzwerken assoziiert wird, eine Gefahr der Vielen sei, wurde Breivik zum irren Einzeltäter.[2] Beim „islamistischen Terror" werden andere Deutungsmuster bemüht: Handelt es sich um „islamistische" Täter, dann scheint es irrelevant zu sein, ob sie als Teile einer Organisation handeln oder „auf eigene Faust". Anders im Fall Breivik: Er wird automatisch als Einzeltäter gesehen.

Auch die Einzeltäterthese bei rechten Anschlägen hat Kontinuität. Ob nun beim Anschlag auf das Oktoberfest von 1980, ob bei den Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte Anfang der 1990er Jahre, als vernetzt galten extrem Rechte nicht, gleich ob sie in Parteien oder Kameradschaften organisiert sind oder waren. Während zudem „Islamismus" als politische Motivation, als politische Feindbestimmung verstanden wird, wurden Breiviks Motive in den Bereich des Pathologischen gerückt. So mussten seine Ansichten keiner grundsätzlichen Kritik unterzogen werden. Es ging um die Abwehr der eigenen Verantwortung für die entsprechenden Diskurse. Denn wenn Breivik schlicht verrückt ist, können Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus auch weiterhin ohne Bedenken ihren publizistischen Ausdruck finden.

Es bleibt festzuhalten, dass rassistische Implikationen in Islam- und Migrationsdiskursen so „renitent" sind, dass dieses Ereignis nicht bewirkte, diese grundlegend zu hinterfragen. Interessant ist aber nicht nur, was in den Zeitungen gesagt wurde, was also sagbar war, sondern auch, was nicht sagbar war. Breiviks Antimarxismus und Antifeminismus spielten eine deutlich untergeordnete Rolle.

Nicht nur in extrem rechten Medien waren einige AutorInnen besorgt, die eigene ‚Meinungsfreiheit' könne in Zukunft mit Verweis auf Breiviks Taten eingeschränkt werden. ‚Meinungsfreiheit' meint hier, aus einer privilegierten Perspektive weiterhin ungeniert rassistische Aussagen tätigen und abwertend über Muslime und Muslima sprechen zu können. ‚Meinungsfreiheit' meint hier zudem immer die eigene individuelle Freiheit. Nicht gefordert wird, dass auch diejenigen diskursive Partizipationsmöglichkeiten haben sollen, über die abwertend gesprochen wird, denen keine Stimme zukommt. Es wird eine Trennung von Sprechen und Handeln angenommen. Diese Trennung allerdings gilt nur für das Eigene. Bei der als feindlich konstruierten Gegenseite wird ein Zusammenhang allerdings von Sprechen und Handeln konstatiert. Hass-Prediger gibt es auf der eigenen Seite nicht. Diese heißen dann: Mutige Tabubrecher und Verteidiger der Meinungsfreiheit. Dem Islam kommt in dieser Weltsicht Hate-Speech zu, dem Westen Free-Speech. Die Rede von der eigenen Meinungsfreiheit ist in dominanten Diskursen dazu geeignet, Rassismus sagbar zu machen: „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen." Dass auch über Medien vermittelte Diskurse subjektivieren, Weltsichten prägen, Subjekte produzieren, das weist man im „Westen" von sich.

An diese Deutungsmuster schlossen sich in einigen Medien Diskussionen um Schuld und Mitverantwortung an. Aber auch hier wurde selten das eigene kritisiert. Mitschuld tragen die Rechten, die an den Rändern. Hegemonialer Rassismus spielte eine untergeordnete Rolle, von der sogenannten Sarrazindebatte war kaum die Rede.

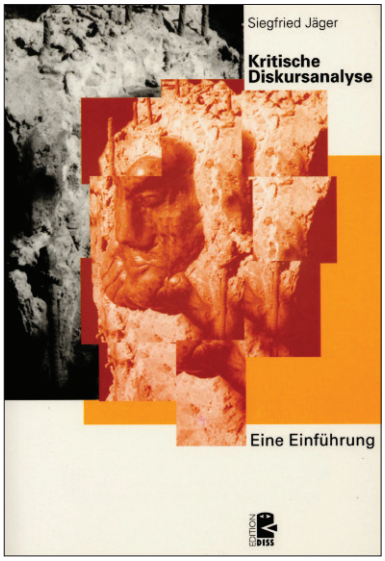
Dass sich die extreme Rechte von Politically Incorrect bis zur NPD im Aufwind sieht, ist bei diesen Diskurskonstellationen kein Wunder. Die erste Befürchtung der Rechten, rassistische Aussagen in Zukunft nicht mehr ganz so ungeniert äußern zu dürfen, wich nach dem ersten Schreck oft bald einer Radikalisierung und einem trotzigen: „Jetzt erst Recht!" Und auch in der extremen Rechten proklamierte man: „Das hat doch nichts mit uns zu tun!" Für die einen ist Breivik allzu Israel-freundlich, die anderen hingegen lehnen seine offene Militanz ab, die sie als Ausdruck von Wahnsinn begreifen, vor dem sie selbst gefeit seien.

Trotz solcher ernüchternder Resultate der Analysen bleibt zu hoffen, dass die Anschläge in Norwegen zumindest langfristig den diskursiven Kontext verrücken konnten. Dass also Rassismus, die rassistische Konstruktion des Islam als Feindbild, dass ausgrenzende und menschenfeindliche Aussagen, dass rechte Positionen ‚nach Oslo' nicht mehr so leichtfertig hervorgebracht werden können.

2 Dass sich diese Sichtweise auch auf die Wahrnehmung von Kriminalität auswirkt, ist in einer Untersuchung des DISS bereits 1998 analysiert worden. Vgl. Margret Jäger / Gabriele Cleve / Ina Ruth / Siegfried Jäger (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Münster: Unrast-Verlag.

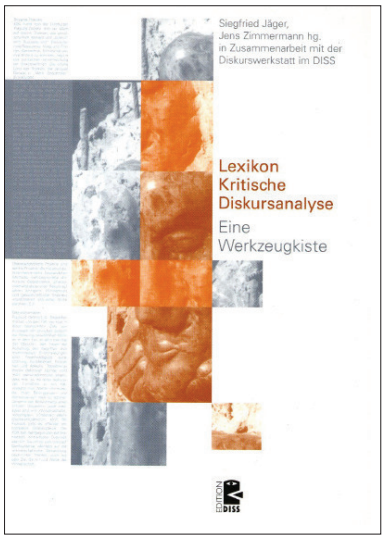
Aller guten Dinge sind drei

Kritische Diskursanalyse kennenlernen - mit der Edition DISS



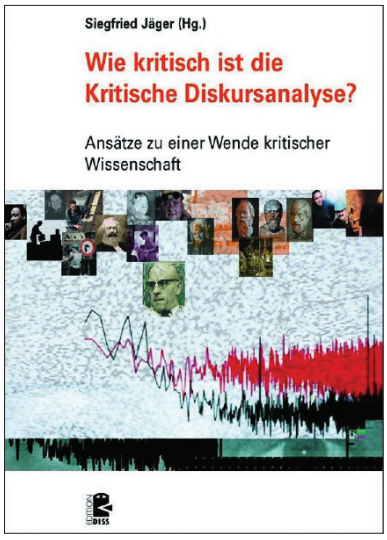
Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die mit Texten zu tun haben. Sowohl Pädagogen als auch Psychologen, Sozial-, Sprach- und Literaturwissenschaftler, Medien- und Kommunikationswissenschaftler haben inzwischen erfolgreich mit den Vorschlägen Diskurse analysiert und interpretiert. Das kritische Potential, das dieses Verfahren enthält, macht dieses besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren und zu kritisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung
Edition DISS Band 3
404 Seiten, 24 Euro
5. Auflage (Oktober 2009)



Die Diskurswerkstatt im DISS hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen. Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon erfasst den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Siegfried Jäger / Jens Zimmermann
hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS
Lexikon Kritische Diskursanalyse
Eine Werkzeugkiste
Edition DISS Band 26
144 Seiten, 16 Euro



Können Diskurstheorie und Diskursanalyse dazu beitragen, neue politische Wege aufzuzeigen, wie globalen Fehlentwicklungen konkret gegenzusteuern ist? Reicht es, das scheinbar Selbstverständliche als fragwürdig und veränderungsbedürftig auszumachen, oder können Orientierungen aufgezeigt werden, wie praktische politische Gegenwehr möglich ist? Um diese Fragen zu beantworten, werden verschiedene Konzepte von Diskurstheorie und Diskursanalyse dargestellt und deren politischer Stellenwert anhand konkreter Untersuchungen beleuchtet. Mit diesem Buch werden die 2007 auf dem 20. Jahrescolloquium des DISS gehaltenen Vorträge und Diskussionen veröffentlicht, die um weitere Beiträge zum Thema ergänzt wurden.

Siegfried Jäger (Hg.)
Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?
Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft
Edition DISS Band 20
272 Seiten, 24 Euro

DISS-Journal Schwerpunkt:

Arabischer Frühling, westlicher Herbst?

Was haben die westlichen Protestbewegungen mit den demokratischen und sozialen Aufständen in der arabischen Welt zu tun? Hängen sie überhaupt zusammen? Auf welche Werte berufen sich die Aktiven jeweils, und welche Begründungstraditionen werden thematisiert? Welche Tendenzen sind zu erkennen und wie könnte es weitergehen?

Das DISS-Journal richtete diese Fragen an Moshe Zuckermann (Tel Aviv), an Xavier Giró (Barcelona), an den Arabisten Mohammed Abdel Rahem (Münster), an Vassilis Tsianos (Hamburg/Athen) und an Jörg Senf (Rom). Zum industriellen Großprojekt *Desertec*, das nun bald auch die neuen arabischen Regierungen beschäftigen wird, baten wir Thomas Wachtel (Berlin) um eine Einführung. Die Beiträge werden abgerundet durch das Statement von Naomi Klein vom 6. Oktober 2011 vor Occupy Wall Street in New York, sowie durch Auszüge aus einem Interview mit dem ägyptischen Wirtschaftsjournalisten Gael Gamal.

Das Dezember-Heft der Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie *kultuRRevolution* wird u.a. die Berichte und die Kommentierung dieses Schwerpunktes für weitere Analysen aufgreifen.

Wir danken allen Autoren für Ihre Bereitschaft, uns ihre vorläufige Sicht der Dinge mitzuteilen, auch auf die Gefahr hin, von den Entwicklungen überholt zu werden. Ihre spontanen Einschätzungen können – über die mediale Berichterstattung hinaus und ohne repräsentativen Anspruch – weitere Hinweise und Orientierungen geben.

Athen: Metropolitane Blockade, direkte Demokratie

*von Margarita Tsomou, Vassilis Tsianos, Dimitris Papadopoulos**

Eine metropolitane Blockade...

...findet statt, wenn der städtische Raum sich gegen sich selbst richtet, wenn die Bewegungen, die ihn in Gang halten, blokkiert werden, wenn die Verbindungen, die ihn am Leben halten, blockiert werden, nur um den Raum und die Körper als unmittelbares Mittel für die politische Aktion zu mobilisieren. Metropolitane Blockaden sind heute die Risse in der etablierten Politik, durch die die Zukunft eindringen wird. Dieses Bild wird oft benutzt, um den Geist zu charakterisieren, der in den Versammlungen der Leute von Athen zirkuliert. Die Stadt wird zu einer Zone außerhalb der repräsentativen politischen Macht und der oligarchischen Demokratie. Wenn der städtische Raum sich gegen sich selbst richtet, erzeugt er, sieht man dies aus der Perspektive der etablierten Macht, Ungeheuer. Doch aus der Perspektive derjenigen, die nicht an einer gegebenen Ordnung der politischen Repräsentation teilhaben, führt er zu einer Ökologie wirklicher und militanter Demokratie. Die Angst vor den Massen, die den hauptstädtischen Raum für sich beanspruchen. Metropolitane Panik.

Metropolitane Panik entsteht...

...wenn die Angst vor den metropolitanen Massen die Eliten erfasst. Wie Jackie Orr[1] uns erinnert, ist Panik aus der Perspektive sozialer und politischer Macht ein destruktives kollektives soziales Phänomen, das de-sozialisiert und individualisiert werden müsse. Biomacht wird zur Psychomacht. Die metropolitane Blockade versteht Panik als eine authentische Artikulation der Massen. Die Leute dis-identifizieren sich von den atomisierten und panischen und panisch machenden Individuen und sie werden ein metropolitanes Ungeheuer, das den metropolitanen Raum verschlingt. Wenn Panik de-individualisiert und re-sozialisiert wird, wird sie zum Alptraum der Eliten. Die Leute in Panik, das sind die Leute realer und militanter Demokratie, sie werden zu Ungeheuern, die die politische Macht bedrohen. 2011 war das Gesicht des Monsters die Kakerlake.

28./29. Juni 2011

Es geschah während des Generalsstreiks unmittelbar vor der wichtigen Abstimmung des griechischen Parlaments zum Beschluss eines harten und drastischen Gesetzes zu neuen Sparmaßnahmen der Papandreou-Regierung. Das Parlament konnte nur zusammentreten, weil die Aufstands-Polizei massiv Tränengas und Handgranaten einsetzte, um die Massen auseinander zu treiben. Dem brutalen Eingreifen der Polizei wurde mit entsprechenden Gegenmitteln begegnet: die Leute, die das Zentrum über viele Wochen lang besetzt hielten, waren mit Gasmasken ausgestattet, mit Mundschutz, Taucherbrillen, Maalox[2]. Sie riefen in Sprechchören „Wir werden nicht weggehen, bevor sie gehen!" Die Polizei sprühte Unmengen von Tränengas, als wären die Protestler Kakerlaken, die sie mit Insektenspray vernichten wollten. Und so beschrieben sich die Leute auch selbst, nämlich als Kakerlaken. Nelli Kambouri[3] drückte es so aus: Je mehr Leute mit Tränengas beschossen wurden, desto energischer blockierten sie die Hauptstadt. Kakerlaken werden gegen Insektizide resistent. Und so überlebten die Leute die Kontamination der Atemluft, indem sie Kakerlaken wurden, indem sie ihre Taktiken änderten und sich von den Hauptplätzen zurückzogen, nur um nach wenigen Minuten zurückzukehren. Zurück und voran und das in ständig neuen flüssigen Formationen. Das ist die Erfolgsformel der metropolitanen Blockade. Keine sozialen Subjekte, wie wir sie kennen, keine politischen Subjekte der bestehenden politischen Repräsentation. Einfach Kakerlaken, keine Subjekte.

Es gab kein identifizierbares soziales Subjekt auf dem Syntagmaplatz.

Eher war es der Platz, der zum Akteur wurde. Eine nicht subjektive Kraft. Die Leute, kommend und gehend, verstreut, unkoordiniert, die Zelte, das Essen, die Küchen, die Trommeln, das Informationssystem, die Hunde, die verbrannten Bäume, die Hitze. Alles, was mobilisiert werden konnte, wurde Teil dieses Geschehens. Diese Konfiguration des Geschehens wurde durch das Begehren der Teilnehmer erzeugt, nicht durch das Ritual, das traditionelle organisatorische Gewohnheiten produzierten. Die Linke wurde überholt von den sich entfaltenden Ereignissen, sie war zeitweise konfus und wurde letztlich dazu gezwungen, ihre Praxen zu überdenken. Traditionelle Formen der Repräsentation brechen zusammen.

---

* Margarita Tsomou ist *Real Democracy*-Aktivistin der ersten Stunde, Vassilis Tsianos ist Lektor an der Universität Hamburg, Dimitris Papadopoulos ist Dozent für Soziologie und Organisation an der *School of Management* an der Universität Leicester. Der Text entstand im Sommer dieses Jahres nach der brutalen Zerstörung des *Real Democracy* Lagers in der Form einer multilokalen email-Kommunikation zwischen Athen-Berlin-Leicester. Die AutorInnen sind Mitglieder eines linken grecodiasporischen Netzwerkes namens *NomadicUniversality*. Der Text wurde aus dem Englischen von Siegfried Jäger übersetzt und von den Autorinnen autorisiert.

1 Jackie Orr ist Assistenzprofessorin für Soziologie an der Universität Syrakus und Autorin des Buches *Panic Diaries: A Genealogy of Panic Disorder,* Duke University Press 2006.

2 Ein Medikament gegen Sodbrennen, das aber auch vor Tränengas schützen soll.

3 Nelli ist eine feministische Sozialwissenschaftlerin, real democracy Aktivistin und Autorin des Textes Becoming cockroaches@Syntagma square.

Die Ruinen der Repräsentation

Man sieht, dass alle diese Transparente, die an jedem möglichen Ort auf dem Platz angebracht sind, eine andere Sprache sprechen als die Sprache, die man gewohnt ist. Parteien und Fahnen großer Organisationen und der wichtigsten Gewerkschaften waren verboten. Tatsächlich mussten die großen Gewerkschaften den 48-Stunden-Generalstreik eher aufgrund des Drucks des Platzes und einiger örtlicher Branchen ausrufen, als durch ihre zentrale Führung. Es ist bezeichnend, dass während des Generalstreiks die U-Bahn-Arbeiter dabei halfen den Streik abzubrechen, um die Züge fahren zu lassen und den Zugang zum Sytagma-Platz zu sichern. Die normalerweise üblichen Codes repräsentativer Organisationen wurden umcodiert und Alternativen erfunden, mit denen das allgegenwärtige politische Establishment herausgefordert werden konnte. Die semantischen Schnittstellen des Platzes waren manchmal poetisch, manchmal erklärend, manchmal bedrohlich. Fünf Galgen vor dem Parlament formulieren die Botschaft einer radikalen Ablehnung für jene Parlamentarier, die in der Lage sind zu hören. Zwei große Helicopter-Figuren beziehen sich auf die zirkulierende Geschichte von der Flucht des damaligen argentinischen Präsidenten Fernando de la Rúa im Jahre 2001. Papandreou sollte gehen. Und viele andere. „Que se vayan todos!" Sie alle müssen gehen.

Jeder Politiker muss gehen

Was natürlich als eine wilde und unpolitische Haltung einer ganzen Generation dargestellt wird, bezeichnet genau das Gegenteil: Dass Politik außerhalb der etablierten Institutionen stattfindet. Ein Spruchband auf dem Syntagma-Platz sagt „Nun fürchten sie uns". Urbane Panik: der Transfer der Angst von den individualisierten und ent-subjektivierten Massen hin zu den politischen Eliten. „Die Tage des Überflusses sind vorbei". „Eure Tage sind gezählt". Während des vergangenen Jahres vermieden Parlamentarier in Griechenland, sich öffentlich zu zeigen. Sie fürchten sich davor, von den Leuten auf den Straßen beschimpft und manchmal sogar physisch angegriffen zu werden. Die Leute auf dem Syntagma Platz schlagen keinen Dialog vor. Es gibt keine Forderungen nach Reformen. Die staatlichen Institutionen werden nicht angerufen. Es gibt kein Band zwischen dem Platz und dem Parlament. Die Repräsentation bricht zusammen, als der Platz lebendig wird und seine Gestalt und sein Aussehen ändert.

Das Aussehen des Platzes ändern

Metropolitane Blockade bedeutet nicht so sehr, den Raum zu zergliedern und abzuschneiden, sondern ihn zu vervielfältigen, verschiedene Teile der Stadt miteinander zu verknüpfen, Schichten der Ruhe und der Aktion zu kreieren. Die Organisation des Raums, des Bereichs vor dem Parlament, ist getrennt in den „oberen Platz" und den „unteren Platz". Der obere Platz besteht aus dem Vorhof des Parlamentsgebäudes und der Hauptstraße, die davor verläuft und die für mehr als zwei Monate blockiert war. Der untere Teil, der auch physisch niedriger ist als der Vorhof und die Straße, das ist der Syntagma-Platz. Es gibt einen klaren Unterschied zwischen dem oberen und dem unteren Platz. Der obere, der näher am Parlament liegt, ist der Ort, an dem die Leute beleidigende Parolen gegen das politische System und die Parlamentarier rufen. Der untere Platz ist der Raum des improvisierten Lagers, der Platz der Versammlungen. Der untere Platz ist der Raum der Organisation, der obere Platz ist der Raum der direkten Konfrontation.

Der obere Platz...

...ist eine Passage, Leute kommen und gehen, führen die direkte Konfrontation durch gegenüber der repräsentationalen Politik der etablierten Parteien. Einige sagen, dass sich während der zwei Monate dieser Ereignisse mehr als drei Millionen Leute dort einfanden. Direkte Konfrontation nimmt die Gestalt von Wut an: verbaler Missbrauch von Demokratie, der Polizei und der Politiker. Was sie rufen, ist oft sehr sexistisch, gewöhnlich auch nationalistisch. Pensionäre, zur Armut verdammte Leute, Universitätsstudenten, Arbeitslose, prekär Beschäftigte. Wie Maron Kouri[4] sagt, wurde der Syntagma Platz der Ort, auf dem Leute Sonntags spazieren gehen, sie wandern mit ihren Kindern und Enkeln und gestikulieren zornig gegen das Parlament und die Polizei, sie fluchen, essen Eis, gehen weg, kommen wieder. Das Schreien, Fluchen, die Gesten, das sind Freiheitsinszenierungen gegenüber den Fesseln eines repräsentationalen Systems, das irgendetwas, das von Wichtigkeit wäre, nicht repräsentiert. Das ist Teilhabe in Aktion, der Raum, wo diejenigen, die keinen Anteil haben, den metropolitanen Raum und die Hochsprache der Politik blockieren, um auf der politischen Szene in Erscheinung treten zu können. Die Sprache derjenigen, die keine Teilhabe besitzen, klingt inkompatibel mit repräsentationaler Politik und unserer politischen Inszenierung, es ist die Sprache, die den Raum der Aktion ausdehnt und den Raum der Möglichkeiten, da es weniger und immer weniger eine Artikulation von Zorn ist und mehr und mehr eine Performanz von Freiheit, von direkter Demokratie.

Auf dem unteren Platz...

...übt direkte Demokratie eine andere Form der Wiedergestaltung des Raums aus. Der untere Platz ist der Raum der Versammlungen und wird auch das „untere Parlament" genannt, das andere des offiziellen Parlaments. Der untere Platz, das ist das untere Parlament, das ist der Raum, auf dem die starken Erfahrungen der arabischen Revolutionen in Griechenland re-lokalisiert werden. Der untere Platz verbindet den Syntagma Platz mit diesem neuen großen Zyklus metropolitaner Kämpfe entlang des gesamten mediterranen Raums. Auf die gleiche Weise wie in Porto del Sol ist die metropolitane Blockade in Athen und die Besetzung von Syntagma verbunden mit dem Hervortreten der Sehnsucht nach neuen Formen von Demokratie. Das untere Parlament ist eine wirkliche nichtrepräsentative Versammlung. Es weigert sich, Repräsentanten zu wählen und gebraucht die Unsichtbarkeit direkter Entscheidungsfindung als neue politische Taktik gegen die Medien und das politische System, das immer versucht, einen Repräsentanten oder einen Sprecher zu finden, der entweder von den Medien lächerlich oder zum Sündenbock gemacht werden kann, ähnlich wie durch eine Kriminalisierung durch die Polizei. Und, noch wichtiger, es weigert sich, ein System permanenter Sprecher zu entwickeln, und lässt die etablierte politische Macht und die Medien perplex und hilflos, wenn es darum geht, das Ungeheuer auf dem Platz anzusprechen.

Organisation ist wichtig

Die Organisation der Versammlungen ist das Herz des Lebens des unteren Parlaments. Die Versammlung findet jeden Tag um 9 Uhr abends statt. Die Versammlung ist der einzige konstitutive Raum. Es gibt kein anderes kollektives Beispiel dafür, dass Entscheidungen

4 Maron ist *real democracy* Aktivistin und Journalistin in Athen.

über die Besetzung getroffen werden. Die Agenda der Generalversammlung schließt nur diejenigen Tagesordnungspunkte und Maßnahmen ein, die in vorangehenden Versammlungen entschieden worden sind. Alle Vorschläge, besondere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, die während einer Versammlung diskutiert worden sind, und zusätzlich alle Vorschläge, die während des Tages in schriftlicher Form dem administrativen Büro der Versammlung vorgelegt worden sind, werden an die thematischen Arbeitsgruppen weitergeleitet, ehe sie die Versammlung erreichen. Diese Arbeitsgruppen kompilieren alle Vorschläge und geben sie in Form von Resolutionen zur Debatte und Entscheidung an die Versammlung weiter. Die abschließenden Resolutionen werden der Versammlung zur Zustimmung oder Ablehnung spätestens um Mitternacht vorgelegt, so dass jeder einbezogen werden kann. Viele Leute arbeiten oder müssen weit fahren, um nach Hause zu gelangen. Jeder hat das Recht zu sprechen und sobald die Resolutionen den Teilnehmern vorgelegt sind, kann jeder, der sprechen möchte, ein Los ziehen und dann darauf warten, dass er an der Reihe ist, zu sprechen. Im Allgemeinen waren jeden Abend 80-100 Redner dabei, bis die Abstimmungen über die Resolutionen stattfanden. Die Teilnehmerzahl belief sich auf mehr als 2000 Leute. Obwohl es erhebliche Verzögerungen gab, wurde entschieden, dass dies die angemessenste Form ist, da dies jeden Versuch, die Tagesordnung zu ändern, verhindern würde und die Gefahr von Interventionen organisierter Gruppen verringern würde. Nach der Abstimmung um Mitternacht fährt die Versammlung als offenes Diskussionsforum fort. Die Organisation der Versammlung setzt auf Unterstützung der Leute draußen. Die Hauptversammlung ist der sichtbare Höhepunkt von direkter Demokratie, aber direkte Demokratie ist noch weit mehr als das: es ist die Fusion von Raum und Leuten durch die metropolitane Blockade, eine neue Ökologie metropolitaner Existenz.

Den Raum zu beherrschen als eine Strategie metropolitaner Kämpfe

In Syntagma wurde die metropolitane Ökologie auch durch die Arbeitsgruppen behauptet, die für die Lösung praktischer Probleme verantwortlich waren. Tausende Leute wurden für jede Arbeitsgruppe registriert. Diese Leute sind durch die vorhandenen Bedingungen und Notwendigkeiten mobilisiert worden. Der einzig mögliche Beitrag zu dieser neuen Ökologie bestand durch aktive Partizipation. Die Versammlung und der Platz hatten keinen Kassierer und Geldbeiträge waren nicht erlaubt, weil angenommen wurde, dass es effektivere Möglichkeiten der Selbstversorgung gibt und weil das Lager seine Existenz nur behaupten konnte, weil eigene kooperative Formen des Austauschs etabliert wurden. Alle Beiträge zum Lager konnten nur materiell sein, von Lebensmitteln bis hin zu Medikamenten oder Schreibstiften für die PR-Systeme. Zu den vielen AGs, die die Ökologie wirklicher Demokratie vertraten, gehörten: technische Hilfe, Ressourcen-Management, Kultur, Reinigung, administrative Hilfe, Versorgung mit Essen, Übersetzungsdienst, Respekt und Schutz, Kommunikation, juristisches Team, Gesundheit, Nachbarschaftshilfe, eine Bank für den Tausch von Dienstleistungen, Transport und Postdienst, Selbstkontrollgruppe etc. Alle Gruppen treffen sich um 6 Uhr abends zu einer offenen Versammlung und die Transport- und Postdienst-Gruppe ist dafür verantwortlich, dass die Vorschläge jeder Arbeitsgruppe an die anderen AGs und die Generalversammlung weitergeleitet werden. Neben diesen AGs gab es eine ganze Serie von thematischen Untergruppen, die wichtige soziale und politische Themen diskutierten, wie z.B. Ökonomie und Krise, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Erziehung und Universitäten, Gesundheit und Versicherung, Umwelt, Technologie, Solidarität, Behinderung, Justiz und rechtliche Fragen, Analyse der Schulden und ihrer Ursachen etc. Diese Unterversammlungen trafen sich jeden Tag zwischen 19 und 21 Uhr und in einigen von ihnen nahmen hunderte Leute teil. Alle Versammlungen und AGs waren für jeden offen - die einzige Bedingung war, dass keiner das Recht hatte, sie zu vertreten und in ihrem Namen zu sprechen.

Die Politik der (Nicht-)Präsentation

Der Platz entschied, jeden Zugang der Mainstream-Medien zum Lager und zum unteren Parlament zu verhindern. Die Versammlung und das Lager dürfen nur von dem selbstorganisierten Medienteam des Lagers gefilmt werden, das während des Moments intensiver Aktion und während des Polizei-Einsatzes in den Tagen des Generalstreiks aus bis zu 38 Leuten bestand. Die zentralen Entscheidungen der Versammlung wurden durch das Medien-Team und auf der Webseite des Lagers www.real-democracy.gr kommuniziert. Eine wichtige zentrale Rolle bei der Organisation und Mobilisierung spielten die neuen sozialen Medien. Die Organisation des Platzes und seiner Aktionen war viel kollektiver, a-subjektiv und beeinflusst durch die digitale und technologische Kultur. Auf Syntagma korrespondiert die Abkehr von Repräsentation mit den sozio-technischen Mitteln, um Möglichkeiten von Selbstorganisation zu kreieren. Jemand drückte das so aus: „Das System nähert sich seinem Ende – lasst uns die Zukunft hier und jetzt herunterladen." Was all diesen verschiedenen Formen von Organisation gemeinsam war, die Demokratie der Hauptversammlung, die AGs, die selbstorganisierte Form der nicht repräsentionalen Mediatisation des unteren Parlaments etc. war, dass es ein Gespür dafür gab, dass der Dringlichkeit der Situation im Land mit einigem Zögern begegnet werden muss, mit einem sorgfältigen und wohlüberlegten Tempo, sehr anders, als das Tempo von vermuteter Dringlichkeit und Unvermeidbarkeit, das die Papandreou-Regierung einschlug, um ihre zusammengekleisterten verheerenden Reformen zu legitimieren.

Langsamkeit führt zur Produktion von Subjektivität...

...wenn der metropolitane Raum blockiert und zurück-beansprucht wird. Alle organisatorischen Formen, die weiter oben beschrieben wurden, enthalten ein Moment von Langsamkeit und Sorgfalt beim Prozess der Organisation und der Entscheidungsfindung in der Versammlung. Manche sehen – besonders nach der Zerstörung des Lagers durch die Polizei und den Stadtrat von Athen – in den langen Prozeduren und der Länge und den oft ermüdenden Debatten während der Versammlungen ein Hindernis für die Effektivität des Lagers. Viele glauben, dass dies das Lager paralysierte und unfähig zu einer Reaktion machte. Das Gegenteil ist der Fall. Direkte Demokratie wurde nicht als eine andere Form parlamentarischer Repräsentation praktiziert, die nach den gleichen temporalen und räumlichen Koordinaten operierte wie das obere Parlament; eher geschah direkte Demokratie 2011 in Athen, als der metropolitane Raum aktuell auf alternative Weise gebraucht wurde, die organisierter politischer Macht entsagt, was die Chance bietet, unmittelbar im Herzen der sich entfaltenden Ereignisse zu stehen und zugleich einen anderen Typus von Politik zu entwickeln. Das untere Parlament ist das beste Beispiel für eine heterotopische Konstitution des metropolitanischen Raums.[5]

5 Heterotopische Räume sind Orte, die sich allen anderen widersetzen und

Diese blockierten und beanspruchten Räume haben eine andere Temporalität, die die Möglichkeit, durch Gewalt und Homogenisierung kolonisiert zu werden, unterbindet. Zum Beispiel versuchten Faschisten mehrmals auf den Versammlungen zu intervenieren, aber es waren die bloßen Prozeduren selbst, die Langsamkeit, die zufällige Reihenfolge des Sprechens je nach dem Los, das man gezogen hatte, die Vielfalt der Themen, die ihre Anwesenheit zunichte machte. Es war weniger der Konsens der Versammlung selbst, der sie von ihrer Teilnahme als „Faschisten" abhielt, sondern viel eher die bloße organisatorische Struktur, die Leute abschreckte, die an der Versammlung mit einer völlig vorfabrizierten Vorstellung über deren Ergebnis teilnehmen wollten. Es ist charakteristisch, dass trotz der Versuche von Faschisten und Nationalisten, Migranten von dem unteren Platz auszuschließen, dies niemals geschah. Im Unterschied zu anderen ähnlichen Mobilisationen in Spanien wurden ausländische Straßenhändler dauerhafte Bewohner des Lagers. Noch mehr als das: Viele von ihnen blieben im Lager, weil dies ein relativ sicherer Ort für sie war, und auch, weil sie davon profitierten, ihre Waren im zentralsten und am meisten bevölkerten Teil Athens verkaufen zu können. Die direkte Demokratie auf dem Platz war nicht allein ein anderer Raum und mit Zeit für ein alternatives Erwägen ausgestattet, sondern auch für das Bewohnen eines neuen Terrains und Mit-Bewohnen eines Platzes auf eine nicht-normative und im Voraus definierte Weise.
Etwas Ähnliches geschah während der Dezember-Unruhen 2008. Die metropolitane Blockade von 2011 ist wahrscheinlich die Fortsetzung der Dezember-Ereignisse von 2008. Was die beiden verbindet, ist sie städtische Panik, die Tatsache, wie bereits gesagt, dass Panik entsubjektiviert wurde, dass sie re-sozialisiert und zurückgewendet wird auf die politischen Eliten. Der Dezember war wahrscheinlich die erste Gelegenheit für viele Dekaden in Griechenland, die die Macht der metropolitanen Blockade auf unsere Agenda zurückbrachte. Der Dezember-Aufstand zerstörte durch die Alltäglichkeit von Straßen-Aktionen den üblichen Transfer der Macht vom Subjekt zu einer Form von politischer Macht. Es brachte die soziale Vorstellungskraft und das Praktizieren der Idee zurück, dass die Stadt zu blockieren, einen gewaltigen Einfluss auf das soziale Gewebe haben kann, wenn dies eine kollektive und a-subjektive Angelegenheit ist. Wahrscheinlich die wichtigste Nachwirkung des Dezembers war die Fähigkeit, eine neue Generation für die Wichtigkeit und die Politik der metroplitanen Blockade empfänglich zu machen. Es ist, als ob er diese Generation darauf vorbereitete, sich den Austeritäts-Maßnahmen zu widersetzen, die der Finanzkrise folgten. Die a-subjektive Kollektivität, die die Läden, Autos und Banken 2008 zerstörte – die Dinge, die die wirkliche tägliche Unterdrückung und Erniedrigung einer prekarisierten Generation kennzeichnen – wirkte zurück auf die heutige Zeit, wo man mit einer neuen Situation konfrontiert ist, eine, die noch prekarisierter ist durch die Finanzierungskrise und die destruktiven Austeritäts-Maßnahmen. Die Protagonisten direkter Demokratie kommen größtenteils aus der unorganisierten Welt prekarisierter Leute, und die metropolitane Blockade wird zum Weg, eine andere Ökologie der Existenz zu etablieren, eine direkte demokratische Form der Existenz, selbst wenn nur zeitweise.

sie in gewisser Weise sogar auslöschen, ersetzen, neutralisieren oder reinigen sollen. Es sind gleichsam Gegenräume, die außerhalb aller Orte liegen, aber geortet werden können und reale Plätze besetzen. Anm. des Übersetzers.

Spanien: Die Rechte nutzt die Unzufriedenheit über die Soziale Ungerechtigkeit aus

Von Xavier Giró

Mehr als die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit steht in Spanien die Empörung über soziale Ungerechtigkeit auf der Tagesordnung. Dennoch wird die Rechte - Partido Popular (PP) - gemäß aller Vorhersagen bei den Wahlen am 20. November triumphieren. Die PSOE, seit 2004 an der Regierung, wird aller Voraussicht nach ihr niedrigstes Wahlergebnis seit 1977 davontragen. Die Frage ist, warum?

Erstens, es gibt Gründe wütend zu werden: Die Unzufriedenheit über die von der Regierung Zapatero gemachten sozialen Einschnitte – vor allem im Bereich der Pensionen und Gehälter – die auf einen nur geringen Widerstand von Seiten der großen Gewerkschaften stießen, nimmt mit jedem Tag zu. Als wenn dies noch nicht genug wäre, kommen zusätzliche Kürzungen im Finanzhaushalt der Autonomen Regierungen hinzu, vor allem in Katalonien mit seiner rechts-nationalistischen Regierung im Bereich Gesundheit und speziell in Madrid, mit eine PP-Regierung im Bereich Bildung.

Die Staatsausgaben für Gesundheit bewegen sich pro Jahr bei 65 Milliarden Euro und liegen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zwei Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Die Einschnitte im Gesundheitswesen und die Erhöhung des Beitrags der Bürger zu ihren Behandlungskosten werden als unvermeidbar präsentiert. Merkwürdigerweise ist das öffentliche Gesundheitsbudget pro Kopf in den Ländern, in denen die privaten Versicherungen mehr Gewicht haben (in Katalonien, Madrid und den Balearen), niedriger.

„Spain is different", proklamierte die Tourismus-Branche vor einigen Jahren. Eine ‚Andersartigkeit', nämlich die Schädigung des Sozialstaates, ist sicherlich auf die Steuerhinterziehung zurückzuführen. In Spanien ist sie auf 20 bis 25 Prozent der staatlichen Einnahmen gestiegen, 10 Prozent mehr als der europäische Durchschnitt. Nach einer optimistischen Schätzung geht es um ein Volumen von insgesamt 60 bis 80 Milliarden Euro. Dagegen geht die Gewerkschaft der Steuerprüfer von hinterzogenen 165 Milliarden Euro aus. In jedem Fall eine skandalöse Summe, wenn man in Betracht zieht, dass schon mit der optimistischen Zahl die Gesundheitsausgaben gedeckt wären.

Die sozialen Einschnitte, vor allem im Bereich des öffentlichen Bildungssystems, führen zu einer Ausweitung des privaten Bildungssektors, so wie es bereits im Bereich Gesundheit geschehen ist. In der Region Madrid mobilisieren sich Lehrer*innen*, Schüler*innen* und Teile der Eltern seit Anfang des Schuljahres gegen die Kündigung von 2.500 Lehrer*innen*, während die Regionalregierung die Grenze des absetzbaren Betrages für Ausgaben im Bereich privater Bildung von 10.000 auf 30.000 Euro pro Familienmitglied erhöht hat.

Auf der anderen Seite des sozialen Spektrums nimmt die Armut ungehindert zu. Nach einem Mitte 2011 veröffentlichten Bericht

des Spanischen Wirtschafts- und Sozialrates hat sich die Anzahl der Haushalte, die keinerlei Einkünfte erzielen, seit Beginn der Krise Ende 2007 um 120% auf 265.000 erhöht. Allein 2010 betrug der Anstieg 115.000.

Es verwundert schon fast nicht mehr, dass die Arbeitslosenquote bei 20,89 Prozent, also bei 4.833.700 Personen, liegt. Die am meisten Betroffenen sind unter 25-Jährige mit einem Arbeitslosenanteil von 46 Prozent, und Migrant*inn*en (mit Aufenthaltsgenehmigung), bei denen der Anteil der Erwerbslosen bei 32 Prozent liegt. Für Letztere ist der Verlust des Arbeitsplatzes umso dramatischer, denn ohne Arbeit ist eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung ausgeschlossen.

Resultierend aus der Krise konnten zahlreiche Haushalte die von ihnen aufgenommenen Hypotheken nicht mehr bedienen. Seit 2008 wurden 350.000 Wohnungen geräumt. Im zweiten Quartal des Jahres 2011 wurden die Häuser von 16.464 Familien zwangsgeräumt, 21% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Empörung kann sich nur steigern, wenn man in Betracht zieht, dass es in Spanien 3,5 Millionen leerstehende Häuser gibt, deren Zweck kaum mehr als der der Spekulation ist.

Zweitens, diese Zahlen sind nicht plötzlich im Mai 2011 aufgetaucht. Ein großer Teil war bereits vorhanden. Die Frage ist: Warum also und wie formierte sich die Bewegung der *Indignados* (der *Empörten*)?

Im Mai 2011 waren es gerade einmal einige Wochen, dass der Arabische Frühling auf den zentralen Plätzen einiger arabischer Hauptstädte ausgebrochen war. In Tunesien oder auch in Ägypten hätte es nicht besser laufen können. Ungeachtet aller Unterschiede waren es diese Beispiele, die die jungen Spanier*innen* inspirierten. Die Bewegung der sogenannten *Indignatos* begann mit dem Aufruf der Gruppe *Democracia Real Ya* (*Echte Demokratie Jetzt*) am 15. Mai (daher auch die Bezeichnung *15-M*.) Im Vordergrund stand der Protest gegen Korruption, die Demonstration für mehr Transparenz im Verwaltungsbereich, für ein tatsächlich repräsentatives politisches System und gegen die so genannte *clase política* (politische Klasse), wie sie aufgrund ihrer Unfähigkeit, einen Ausweg aus der ökonomischen Krise aufzuzeigen, genannt wurde. Der Misskredit, in den eigentlich alle Parlamentarier gebracht wurden, regierte überall. Auch Abgeordnete der Parteien links von der PSOE (inklusive der Ex-Kommunisten) wurden mit dem gleichen Stigma versehen. In den Versammlungen auf den Plätzen konnte niemand, der als Parteiangehöriger identifiziert wurde, sprechen, ohne dass ein bedeutender Teil der Anwesenden die Wortmeldung boykottierte. Die Vielzahl der Gründe, warum man über das System wütend sein kann, aber auch die Freude darüber, dass so viele neue Gesichter, größtenteils junge, aktiv geworden sind, erklärt das große öffentliche Echo.

Zwischen 70 und 80 Prozent der Spanier unterstützten nach Umfragen die Personen, die im Mai als selbsternannte *Indignados* den Platz Puerta del Sol in Madrid und den Plaza de Cataluña in Barcelona sowie weitere zahlreiche Plätze in anderen Städte besetzt hatten. Bei den Demonstrationen einen Monat später bestätigte sich, dass Tausende die Bewegung aktiv unterstützten. Und mehr noch: die Hunderttausende, die am 15. Oktober, also fünf Monate nach dem 15. Mai, in ganz Spanien dem Aufruf zur Demonstration folgten, bezeugen, dass das Unbehagen andauert.Man muss jedoch sagen, dass die diversen Strömungen der Bewegung ideologisch sehr unterschiedlich sind und im Verhältnis zur gesamten Wahlbevölkerung immer noch einen nur geringen Prozentsatz ausmachen. Und obwohl die Rechte bereits damit begonnen hat, mit Aktionen in einzelnen Regionen ihre neoliberale Politik zu bekräftigen, sind ihre Einbußen und ist ihr Verschleiß nur sehr gering.

Das Vertrauen in die Banken ist im Zuge der ökonomischen Krise am niedrigsten Punkt angelangt. Da jedoch bei Wahlen keine Banken, sondern Parteien gewählt werden, ist es die Glaubwürdigkeit der regierenden Partei, der PSOE, die am meisten auf dem Spiel steht. Nun gut, links der PSOE gibt es keine Alternative, die aus dieser Konstellation als Profiteur hervorgehen könnte. Der Weg ist also frei für die PP.

(Übersetzung: Xavier Giró und Stefanie Armbruster)

„Unser Schutzschild ist das Buch!"

Stimmen aus dem Studierendenkollektiv, Fakultät Politikwissenschaften, Universität Sapienza, Rom, Ende Oktober 2011

von Jörg Senf

Die ursprüngliche Idee, einen Einzelnen als Sprecher der Studierendenbewegung zu interviewen, der bereits Ende 2010 während einer beliebten Talkshow massiv vom italienischen Verteidigungsminister angegriffen worden war, fand wenig Anklang. Dagegen brachte eine Gruppe engagierter Studierender sich gerne mit Stimmen ein, die hier in Interviewform zusammengefasst sind.

Vergangenes Jahr gab es in Rom zwei große studentische Demonstrationen, am 24.11. und am 22.12.2010. Worum ging es?

Vor einem Jahr ging es um die Bildungsreform der Berlusconi-Regierung, heute haben wir eine viel breitere Bewegung. Es ist der Ausdruck eines globalen Unbehagens. Am 15. Oktober 2011 sind Leute verschiedenster Herkunft in der ganzen Welt auf die Straße gegangen. Aber es stimmt schon: Letztes Jahr hat alles angefangen. Und seither hat es Proteste auf allen Ebenen gegeben. Nach der Studentenbewegung kam die für freies Trinkwasser, dann die großen Initiativen gegen die Hochgeschwindigkeitstrasse im Susa-Tal, die ja heute noch weiter gehen. Das soweit nur auf Landesebene. Heute haben wir aber auch tausende Bewegungen weltweit. Denken wir an Chile, die Proteste gegen die Regierung, an die verschiedenen Bewegungen gegen die Schul- und Universitäts-Reformen, an die Indignados in Spanien, an die großen Demos und Streiks in Athen, oder an die Bewegung in den USA, die wir ja auch versucht haben, nach Italien zu bringen mit der Besetzung der Italienischen Nationalbank.

Und der arabische Frühling? Seht ihr da Berührungspunkte?

Eine schwierige Frage, die Lage ist etwas konfus. Wenn wir an Lybien denken, da kommt ja jetzt nach Gaddafi sofort wieder das islamische Gesetz, die Scharia, auf. Aber es ist klar, dass der arabi-

„Verteidige den Spass - organisiere die Wut! Vollversammlung Politikwissenschaften jeden Montag 14.30"

sche Frühling Teil dieser Bewegung von Menschen ist, die etwas ändern wollen, die es nicht mehr hinnehmen, dass ein kleiner Prozentsatz der Weltbevölkerung den Großteil der Weltwirtschaft bestimmt.

In der Web-Zeitschrift ‚sconfinare' (5.2.2011) kommentiert Barbara Peressoni die zwei Demos vom letzten Jahr und unterscheidet dabei zwischen „zwei Protest-Erfahrungen": zwischen einer gewalttätigen und einer, die „mit Dialog bewaffnet ist". Vielleicht hat sich das ja auch dieses Jahr bestätigt mit dem gewalttätigen Protest vom 15. Oktober und der Anti-TAV-Demo im Susa-Tal, die ja von allen Medien als „pazifistisch" bezeichnet wurde.

Klar, diese Unterscheidung zwischen gewalttätig und friedlich gefällt den Medien. Aber innerhalb der Demonstrationen greift eine solche grobe Unterscheidung kaum. Es passiert durchaus, dass dieselben Leute auf der einen Seite radikal gegen Polizei-Absperrungen kämpfen, sich dann aber auch konstruktiv engagieren. Autos oder Gebäude in Brand stecken? Nee, das ist nicht unser Ding. Die besetzen wir lieber. Die meisten von uns sind doch Leute, die mehr durch Dialog als durch Gewalt kämpfen. Der 22.12.2010 war da ein gutes Beispiel, da haben wir gezeigt, was die Bewegung ist: alle zusammen auf der Straße, alle zusammen gegen willkürliche Polizeieinsätze, und alles spontan und friedlich – was man nicht immer von der Demo am 15.10.2011 auf dem San-Giovanni-Platz sagen konnte.

Ein anderer Kommentar in ‚sconfinare' (17.10.2011, von Gabriele Pieroni) kommt zu dem Schluss, die "postmoderne Straße" sei kein geigneter Platz mehr für wirksamen Protest. Was ist eurer Meinung nach wirksamer Protest, wo findet er statt?

Das ist keine Frage wirksamer Aktionen. Eigentlich ist es die Art, Politik zu machen. Da kann eine Vollversammlung der Fakultät genau so wichtig sein wie ein flash mob, eine Blitzaktion genauso wichtig wie ein friedlicher Protestmarsch, eine landesweite Demo, ein Protest im Susa-Tal. Und nicht weniger wichtig ist das, was wir hier bei Politikwissenschaften machen, unsere eigene, selbstbestimmte (Weiter)Bildung – eine Sache, an die wir glauben. Das ist eine wirksame Aktion, die wir täglich durch unser Studium als politisch bewusste junge Menschen vorantreiben. Es ist nicht unbedingt die Strasse, auf der wir dann ankommen.

Würdet ihr euch zu den Indignati, den Empörten, zählen?

Ja, aus dem Bauch heraus ist das natürlich ein Gefühl, das wir gemeinsam haben. Aber auch diese Definition ist eher denen nützlich, die über uns reden. Wenn uns diese Frage gestellt wird, antworten wir gern: Es ist eher Wut als Empörung! Besonders Italien ist ja momentan in der schlimmen Lage, dass die Europäische Zentralbank es sich heraus nimmt, die Reformen zu bestimmen, die das Land durchzuführen habe. Dabei hat niemand von uns je die EZB als die Regierung des Landes gewählt. Wir sind tödlich in die Zange genommen: auf der eine Seite die Regierung im Dienst der EZB und neofaschistischer Parteien wie der Lega Nord, auf der anderen die EZB selbst, die über ganz Europa bestimmt.

Gehen wir mal noch weiter zurück, zur Studentenbewegung der 1970er Jahre. Lassen sich da Vergleiche ziehen?

Nein, wir sind anders. Anders als die Bewegungen der 70er, der 60er und auch der Ende-90er-Jahre. Wir sind im dritten Jahrtausend. Wenn wir einen Vergleich ziehen sollten, dann noch am ehesten die No-global-Bewegung von Genua 2001. Eine enorne Bewegung, die wirklich das System in Frage gestellt hat. Wir gehören einer globalen Bewegung an, in der ein großer Teil der Weltbevölkerung für seine Rechte kämpft. Klar, diese Kämpfe müssen jetzt noch besser synchronisiert gebracht werden. Aber die weltweiten Straßenproteste am 15. Oktober gegen die globale Wirtschaft und die EZB waren schon ein großer und grundlegender Schritt.

Auf euren Spruchbändern sehe ich Wörter wie „Kollektiv", „Vollversammlung", „Spaß". Einige Kernbegriffe sind demnach doch gleich geblieben?

Na ja, „Vollversammlung" ist fundamental. Sicher bleiben bestimmte Begriffe dieselben, sind universale Grundbegriffe, das ist klar. Aber unser Kampf ist anders. Da gibt es schon Diskontinuität. In den 70ern war die Politik stärker präsent, weniger moralisch verfallen – da war der politische Boden für Protest fruchtbarer. Heute protestieren wir, weil wir eine Leere empfinden. Und dabei verfällt z.B. auch der Begriff des bewaffneten Kampfes. Unser Schutzschild heute ist das Buch! Ja, unser „Book Bloc" ist eine Symbolik, die auch in den USA aufgegriffen wurde, und in Holland, in London, in Griechenland! Und das freut uns natürlich, dass das hier bei uns, bei den Politikwissenschaften, erfunden wurde.

Wie steht es mit euren Slogans? Wo kommen die her? Wer entscheidet, welche genommen werden?

Die Sprechchöre entstehen meistens aus Spaß. Und sie sind ein wichtiges Kommunikationsmittel, wenn wir auf die Straße gehen. Nee, die werden nicht in einer Versammlung beschlossen. Wem eine Idee kommt, der singt los, und wenn das dann gut ankommt, geht es während der Demo von alleine weiter. Das läuft alles sehr spontan.

Slogans, die euch besonders gefallen?

„WIR bezahlen die Krise nicht" („Noi la crisi non la paghiamo"). Von diesem Slogan ist ja alles ausgegangen. Noch andere? Hm, in solchen Sachen sind wir manchmal schüchtern, die kommen auch auf der Strasse besser.

Würdet Ihr heute wieder in eine Talk-Show gehen?

Sicher, eine Konfrontation auch auf dieser Ebene ist immer interessant. Im Grunde werden wir ja über die Medien nur wenig, oder besser gesagt schlecht sichtbar.

Die israelische Protestbewegung: to eat the cake and have it

Von Moshe Zuckermann

Angesichts der eruptiven Umwälzungen in einigen arabischen Ländern im Verlauf des vergangenen Jahres, von denen man zwar vorläufig noch nicht mit Bestimmtheit sagen kann, welchen Ausgang sie in den jeweiligen Ländern nehmen werden, die aber auf jeden Fall zutiefst beeindrucken und von nachhaltiger Wirkung für die gesamte Region bleiben dürften, erhob sich in Israel die Frage, was nun mit dem eigenen Land sei. In der Frage schwang Unterschiedliches mit: Bei manchen verband sie sich mit der Hoffnung, daß die lähmende Stagnation der israelischen Nahostpolitik nunmehr „von unten" gebrochen werde; andere gingen davon aus, daß das Geschehen in den Nachbarländern das sozial stabile Israel nicht tangiere, und hofften entsprechend, daß man aus den teils erschreckenden Gewaltausbrüchen in den arabischen Ländern die „richtige" Schlußfolgerung fürs eigene Land zu ziehen wissen werde; wieder andere deuteten die Umbrüche in der arabischen Welt als Zeitenwende in der Region, die auch den Nahostkonflikt, mithin zwangsläufig Israel, objektiv affizieren müsse.

Was dann aber kam, dürfte Hoffende und Geängstigte gleichermaßen überrascht haben. Ausgehend von einer Protestinitiative einiger weniger junger Menschen auf der gutbürgerlichen Rothschild-Allee im Zentrum Tel-Avivs, kam in kurzer Zeit eine flächenbrandartig sich ausbreitende Massenprotestbewegung zustande, die sich in einer die gesamte Allee besetzende Zeltreihe formierte, welche ihrerseits eine täglich anschwellende Zuwanderung, sehr bald auch eine nicht abreißende Medienpräsenz verbuchen durfte. Mit großem Staunen registrierte man, wie sich charismatische FührerInnen dieser spontanen Bewegung durch prägnante Organisations- und Koordinationsaktivität hervortaten, eine Debatten, Diskussionen und Aktionen generierende politische Subkultur sich an den Orten des Protestgeschehens heranbildete, mithin weitere Zeltzentren in anderen Städten sich niederließen, sodaß die etablierte Politik aufhorchte und sich bald schon in Zugzwang sah. Denn was mit einer winzigen Protestbewegung begonnen hatte, kulminierte nach wenigen Wochen in stetig anwachsenden Massenkundgebungen an Wochenenden – in der bislang größten gingen rund 400 000 Menschen auf Israels Straßen. Die Regierung reagierte durch die Bildung eines Ausschusses, das in Zusammenarbeit mit Vertretern der Protestbewegung deren (systematisch aufgelisteten) Forderungen zusammentragen und für institutionalisierte Entscheidungsfindungen der jeweiligen Ministerialgremien bearbeiten sollte.

Worum ging (bzw. geht) es in der Protestbewegung? Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten, denn viele, teils heterogene Gruppen mit verschiedenen Ansprüchen und Forderungen beteilig(t)en sich an ihr. Wagt man aber dennoch die Benennung eines kennzeichnenden gemeinsamen Nenners (oder zumindest den der dominanten Gruppen innerhalb der Bewegung), so geht man wohl nicht fehl mit der Behauptung, es handle sich um eine zivilisierte Empörung des israelischen Mittelstands. Man lasse sich nicht dadurch beirren, daß der Skandierungsrhythmus des Hauptslogans in den Aufmärschen und Kundgebungen ("Das Volk fordert soziale Gerechtigkeit!") dem der Parolenrhythmen auf dem Kairoer Tahrir-Platz glich. Das dürfte die einzige Affinität zu den umstürzlerischen Ereignissen in den benachbarten Ländern gewesen sein. Was man mit „sozialer Gerechtigkeit" meinte, hat entsprechend nicht viel gemeinsam mit dem ökonomischen Aufschrei verarmter Millionen in Ägypten. Da die israelische Wirtschaft der letzten Jahre, im Gegensatz zu einigen europäischen Ländern, positive Zahlen, Zuwachs und Fortschritt verzeichnen darf, handelte es sich bei den emphatischen Sommerprotesten primär um eine Verteilungsfrage: Ein eigentlich nicht schlecht verdienender Mittelstand sieht sich außerstande,

die Lebenshaltungskosten des von ihm beanspruchten Lebensstandards zu bewältigen. Es geht um unhaltbare Miet-, Lebensmittel-, Kinderbetreuungs-, Bildungs-, Erziehungs- und andere Kosten des „normalen guten Lebens", die nicht zuletzt deshalb nicht mehr bezahlt werden können, weil der von Benjamin Netanjahu seit Jahren geförderte (und ideologisch vertretene) Turbokapitalismus den israelischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat nahezu ausgehöhlt bzw. schon in den Kollaps getrieben hat. Noch nie waren die sozial-ökonomischen Klüfte in Israels Gesellschaft, welche sich einst durch relative Egalität auszeichnete und dieses Attribut auch als Gesinnungsfaktor ihres Selbstbildes rühmte, so groß wie heute. Nicht aber die deutlich verarmten Klassen waren Träger der bisherigen Protestbewegung, sondern die zunehmend deklassierten Mittelschichten, die sich der Erosion ihres mittelständischen Wohllebens „plötzlich" ausgesetzt sahen – und sich gegen diese emphatisch aufbäumte.

Aber das, was die auf Konsens ausgerichtete Erweiterung der Protestbewegung begründete, setzte ihr zugleich auch die inhaltlichen Grenzen. So beeindruckend sich die großen Massen zu aktivieren begannen, so anrührend, ja bewegend sie sich zum unignorierbaren Protestkollektiv formierten, und so erstaunt man das dramatische Schauspiel einer aus apathisch scheinender Lethargie erwachten Menschenmasse registrieren durfte, so war auch unverkennbar, was in diesen Wochen des sozialen Aufschreis ausgespart blieb. Da war zum einen *der Kapitalismus* kein Thema, das man auch nur im geringsten zu hinterfragen gedachte. Zwar thematisierte man mit gebührender populistischer Empörung die monströse Machtakkumulation der Tycoons, die mittlerweile große Teil der israelischen Wirtschaft in ihrem Griff haben, forderte auch ihre massive Besteuerung und eine regulierte Machteinschränkung. Aber alle ökonomischen Maßnahmen, die man (unter Beratung kompetenter fachlicher Kräfte) auf die lange Liste assertiver Forderungen an die Regierung (bzw. dem von ihr eingesetzten Ausschuß) setzte, nahmen sich aus, als wolle man lediglich die Steinchen eines festgefügten Mosaiks ein wenig verschieben bzw. umstellen, ohne aber das Mosaik als solches bzw. die ihm zugrunde liegende Anordnungslogik infrage zu stellen. Die reformerische Ausrichtung der Forderungen indizierte deutlich, daß es nicht um Systemkritik, schon gar nicht um fundamentale Systemkritik ging, sondern um die Modifikation dessen, was in seiner Grundstruktur und deren Logik die Misere erst eigentlich generiert hatte – und immer wieder generieren muß. Von Netanjahu und seinem Umfeld anfangs beschuldigt, radikale Linke zu sein, die lediglich auf seinen Sturz aus seien, fühlten sich die Führer der Bewegung auf Pressekonferenzen und anderen medialen Verlautbarungen bemüßigt, hervorzuheben, daß sie keine Kommunisten, ja nicht einmal Sozialisten seien, sondern nur einfache Bürger, die auf ihr Recht auf "soziale Gerechtigkeit" pochten. Über den Wirkzusammenhang von System und Krise, von Gesellschaftsstruktur und sozialer Ungerechtigkeit verloren sie keinen Gedanken, und wenn er hier und da doch auftauchte, wurde er schleunigst verdrängt bzw. bewußt beschwiegen – man wollte eben *to eat the cake and have it*.

Zum zweiten achtete die Führung der Protestbewegung von Anbeginn darauf, daß die israelische *Besatzung der palästinensischen Gebiete* im Rahmen der Protestaktivitäten ja nicht zum Thema erhoben werde. Man wollte, wie es hieß, die soziale Empörung nicht "politisieren". Was sich dabei für einen europäischen Linken abstrus anhören mag (eine Massenbewegung von 400 000 Menschen auf Israels Straßen, die "soziale Gerechtigkeit" fordert, als "nicht politisch" zu apostrophieren), hat seine spezifische israelische Bewandtnis: Unter "Politisierung" versteht man hierzulande die Unterteilung in Parteizugehörigkeit bzw. -affinität hinsichtlich der Einstellung zur Okkupation und zum Siedlungswerk. Als "links" gelten Friedensbewegte, die einen territorialen Kompromiß mit den Palästinensern, mithin die baldige Gründung eines souveränen palästinensischen Staates anstreben. Für „rechts" erachtet man jene, die sich solcher Bestrebung ideologisch widersetzen. Die soziale Linke hat in Israels politischer Kultur weitgehend ausgespielt, seitdem sich die Parteien, die sich historisch linker gesellschaftlicher Sicht und sozialer Politik verschrieben hatten (allen voran die Arbeitspartei), im Zuge der rigiden Neoliberalisierung der israelischen Ökonomie des historischen Auftrags, der ihre politische raison d'être ausgemacht hatte, entledigten. Es war bezeichnend, daß Shelly Jachimovitsch, neue Vorsitzende der Arbeitspartei, die sich seit Jahren als genuine Vertreterin einer konsequenten sozialdemokratischen Ausrichtung aufs Sozial-Ökonomische hervorgetan hat (und nach neuesten Erhebungen dabei ist, mit diesem Programm der bereits totgeglaubten Arbeitspartei wieder auf die Beine zu helfen), sich über den perennierenden israelisch-palästinensischen Konflikt und dessen Lösung beharrlich ausschwieg, um auf der Höhe der Protestbewegung in einem viel beachteten Interview mit der Tageszeitung "Haaretz" zu verkünden, die Besatzung beschäftige sie nicht sonderlich, sie empfinde gar eine gewisse Empathie für die Siedler - und dergleichen mehr an politisch rechtsgerichtetem Gedankengut. Yachimowitsch ist Symptom: Ihr sich abzeichnender parteilicher Erfolg, der von der Massenprotestbewegung stark profitierte, war das parteiliche Spiegelbild der Haltung der Protestbewegung. Daß diese dabei meinte, dies taktisch tun zu sollen, um die Anhänger der Bewegung nicht durch die Debatte über das israelische Besatzungsregime und das Siedlungswerk zu spalten, bezeugt, wie wenig die Bewegungführung sich klarzumachen bereit war, daß die Okkupation nicht nur ein völkerrechtliches und moralisches, sondern auch ein gravierendes ökonomisches Problem darstellt, mithin in engem kausalem Nexus mit dem steht, wogegen die Bewegung sich empörte. Man kann schlechterdings nicht „soziale Gerechtigkeit" fordern und zugleich ein vom eigenen Land betriebenes brutales Okkupationsregime hinnehmen, ohne dabei zutiefst ideologisch zu werden.

Zum dritten konnte die Regierung, gegen deren Politik sich die Protestbewegung empörte, von einer für sie beruhigenden Gewißheit ausgehen: Die Demonstranten würden keine der *nationalen Konsensgrenzen* überschreiten, kein Tabu brechen. Das alte, gewitzte Diktum, in Deutschland des 19. Jahrhunderts habe keine bürgerliche Revolution gelingen können, weil es verboten war, den Rasen zu betreten, spiegelte sich als eine Art mentalen Pendants in Gesinnung und Aktionsausrichtung des "israelischen Sommers" wider. Exemplarisch manifestierte sich dies in zwei Punkten: strikte Verhinderung von Gewaltanwendung seitens der Protestler und Einhaltung unhinterfragbaren Zivilgehorsams im Hinblick auf nationale "Prioritäten". Als es zu Beginn der Proteste zum Gerangel zwischen Polizei und Demonstranten kam, waren es die verprügelten Demonstranten, die, im Fernsehen danach befragt, die Polizisten symbolisch umarmten und sich mit ihnen (als deren Interessenvertreter) verbrüdern wollten. Und als der Vorsitzende der israelischen Studentenvereingung, Itzik Shmuly, prominenter Führer der Protestbewegung, gefragt wurde, was er tun würde, wenn man ihn während der rasanten Sturmtage des Protestes zum militärischen Reservedienst beorderte, zögerte er

keine Sekunde lang zu deklarieren, er würde seine Sachen sofort packen, um in der Armee seine Pflicht zu erfüllen. Daß genau das eine der Regierung zur Verfügung stehende Trumpfkarte sein dürfte, konnte – wie bestellt – erprobt werden, als es nach einem mörderischen Terroranschlag an der Südgrenze Israels zum Gegenschlag des israelischen Militärs und zur letalen Kollision mit ägyptischen Streitkräften in der Sinai-Halbinsel kam. Eine für jenes Wochenende ausgerufene Massendemonstration wurde sofort abgeblasen, und in den Medien war nichts von Protesten zu hören und zu sehen. Nicht von ungefähr begann das kritische Feuilleton zu spekulieren, daß wenn die „Sicherheitsfrage" als probates Mittel zur Eindämmung von zivilem Aufstand funktionalisiert werden kann, es nicht auszuschließen sei, daß man gegebenenfalls für „Brenzligkeit" an den Grenzen sorgt. Dies umso mehr, als es sowohl im Interesse eines Assad in Syrien als auch Netanjahus in Israel liegen mag, durch gesteuerte Anheizung der Situation an der Grenze von innenpolitischem Druck abzulenken, mithin die innere Kollektivkohäsion zu festigen. Daß Netanjahu zudem Befürworter eines israelischen Luftangriffs auf iranische Nuklearanlagen ist, dürfte in dieser Hinsicht ungeahnte Perspektiven öffnen.

Was also war der „israelische Sommer" (bzw. was ist er noch immer; denn trotz zeitweiligen Erlahmens muß er noch nicht vorüber sein)? Eines war er gewiß nicht: Er war keine Revolution, ja nicht einmal eine Rebellion. Denn weder trachteten seine Träger, Systemstrukturen aufzubrechen, noch wollten sie die etablierte politische Macht stürzen. Der „israelische Sommer" war eine bemerkenswerte Protestbewegung von (in Israel) nie gekanntem Ausmaß. Als solche mag sie indizieren, daß es den Massen um noch etwas anderes ging als um Mietpreise und Lebenshaltungskosten, etwas, dessen sich diese Massen und ihrer Führer bislang noch nicht bewußt sind bzw. sich noch nicht zu artikulieren getrauen: Die Bekundung eines tiefen Unbehagens an der Sackgasse, in die sich Israel manövriert hat. Eine Sackgasse ist es allerdings, aus der man nicht herauskommt, ohne das Festgefahrene in Außen- wie Innenpolitik zugleich mit den sozial-ökonomischen Strukturen und ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung resolut anvisieren und angehen zu wollen. Es könnte sonst zu einem horrenden israelischen Winter mit unausdenkbaren Folgen kommen. Nicht ausgeschlossen, daß diese grauenerfüllte Vorahnung einen Großteil der israelischen Bevölkerung bereits erfaßt hat und umtreibt. Die Protestbewegung dieses Sommers könnte, so besehen, nur die Spitze eines Eisbergs gewesen sein.

„Ich spreche über die Veränderung der grundlegenden Werte"

Rede zur Versammlung *Occupy Wall Street*, am 6. Oktober 2011*

von Naomi Klein

[...] Wenn es etwas gibt, was ich sicher weiß, dann die Tatsache, dass das ‚eine Prozent' Krisen liebt. Wenn Leute in Panik geraten und verzweifelt sind, wenn scheinbar niemand weiß, was man tun soll, dann ist das der ideale Zeitpunkt, um [kurz mal] die Wunsch-Vorstellungen der Wirtschaft politisch durchzusetzen: die Privatisierung der Bildung und der Sozialversicherung, Kürzungen im öffentlichen Dienst, das Abschütteln der letzten Schranken unternehmerischer Macht. Inmitten der Wirtschaftskrise geschieht das überall in der Welt.

Und es gibt nur eines, um diese Taktik zu durchkreuzen, und das ist glücklicherweise ziemlich groß: es sind die 99 Prozent und - dass jetzt die Menschen von Madison bis nach Madrid auf die Straße gehen, um zu sagen: „Nein! *Wir* werden nicht zahlen für *eure* Krise." Dieser Slogan kam 2008 in Italien auf. Er sprang über nach Griechenland, Frankreich und Irland, und schließlich ist er hier auf der Quadratmeile angekommen, wo die Krise anfing.

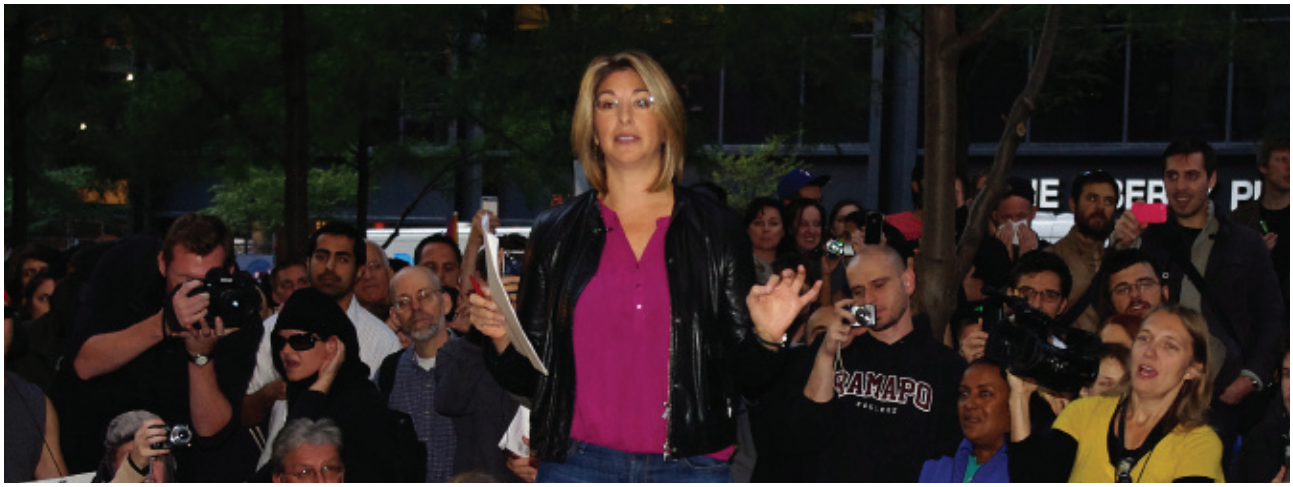
„Warum protestieren sie denn?" fragen die verwirrten TV-Größen. Stattdessen fragt der Rest der Welt: „Warum habt ihr so lang gebraucht?" „Wir haben uns gefragt, wann ihr endlich rauskommt." Und vor allem: „Seid begrüßt." Viele Menschen haben Parallelen zwischen *Occupy Wall Street* und den so genannten Antiglobalisierungsprotesten 1999 in Seattle gezogen, die überall in der Welt beachtet wurden. Das war das letzte Mal, dass eine globale, von der Jugend geführte, dezentralisierte Bewegung direkt auf die korporative Macht zielte. Und ich bin stolz, dass ich daran beteiligt war, was wir „die Bewegung der Bewegungen" nannten."

Aber es gibt auch wichtige Unterschiede. Zum Beispiel wählten wir die ‚Gipfel' als Ziele. Aber die Gipfel der WTO, des Internationalen Währungsfonds und der G-8 sind naturgemäß vergänglich, sie dauern nur eine Woche. Und das machte auch uns vergänglich. Wir tauchten auf, rissen die Überschriften der Weltpresse an uns - und verschwanden wieder. Und in der Raserei des Hypes aus Patriotismus und Militarismus, die den 9/11-Angriffen folgte, war es leicht, uns völlig wegzuwischen - zumindest in Nordamerika.

Dagegen hat sich *Occupy Wall Street* ein permanentes Ziel vorgenommen. Und ihr habt kein Datum bestimmt, wann ihr diesen Platz verlassen werdet. Das ist klug. Nur wenn man auf einem Ort verharrt, kann man Wurzeln schlagen. Das ist entscheidend. Es ist eine Tatsache des Informationszeitalters, dass zu viele Bewegungen wie schöne Blumen aufgehen, aber schnell wegsterben. Weil sie keine Wurzeln haben. Und weil sie keine Pläne auf längere Sicht haben, wie sie bestehen können. So werden sie weggespült, wenn Stürme kommen.

Nach unten verankert und demokratisch zu sein, ist wunderbar. Aber diese Grundsätze sind mit harter Arbeit verbunden, dem Aufbau von Strukturen und Einrichtungen, die kräftig genug sind, kommenden Stürmen standzuhalten. Ich habe große Zuversicht, dass das geschehen wird. Und noch etwas anderes macht diese Bewegung richtig: Ihr habt euch zur Gewaltlosigkeit verpflichtet. Ihr habt euch geweigert, den Medien die Bilder von gebrochenen Fensterscheiben und von Straßenkämpfen zu präsentieren, nach denen sie so verzweifelt dürsten. Und diese enorme Disziplin hat bedeutet, dass die Story immer und immer wieder auf die skandalöse

* Vgl. http://www.naomiklein.org/articles/2011/10/occupy-wall-street-most-important-thing-world-now. Übersetzung: Jobst Paul



Occupy Wall Street, 6. Oktober 2011. Foto: David Shankbone (CC BY 2.0)

und grundlose Polizeibrutalität stößt. Von der wir gerade letzte Nacht wieder genug gesehen haben. Inzwischen wächst die Unterstützung für diese Bewegung ständig. Wieder richtig.

Aber der größte Unterschied, den ein Jahrzehnt ausmacht, ist, dass wir uns 1999 einem Kapitalismus auf dem Höhepunkt eines wahnsinnigen Konjunkturaufschwungs entgegenstellten. Die Arbeitslosigkeit war niedrig, die Aktienportfolios quollen über. Die Medien waren gierig auf Geschichten vom schnellen Geld. Alles drehte sich um Firmengründungen, nicht um Pleiten.

Wir haben darauf hingewiesen, dass die Deregulierung hinter dem Hype ihren Preis hatte. Sie war vernichtend für die von den Gewerkschaften erreichten Standards. Sie war vernichtend für die Umweltstandards. Die Unternehmen wurden mächtiger als die Regierungen, und das war vernichtend für unsere Demokratien. Aber - um ehrlich zu sein: Ein auf Habgier gegründetes Wirtschaftssystem einzuführen, während der Boom rollte, war ein schlechter Kauf, zumindest in den reichen Ländern. Denn zehn Jahre später, so scheint es, gibt es keine reichen Länder mehr. Nur noch ein Bündel von reichen Leuten. Von Leuten, die reich wurden, weil sie den öffentlichen Reichtum geplündert und die Bodenschätze rund um die Welt ausgebeutet haben.

Der Punkt ist: Heute kann jeder sehen, dass das System zutiefst ungerecht ist und sich jeder Kontrolle entzieht. Eine ungehinderte Habgier hat die Weltwirtschaft zuschanden gemacht. Und sie macht die natürliche Welt zuschanden. Wir überfischen unsere Ozeane, wir vergiften unser Wasser mit chemischem *fracking* und mit Tiefsee-Bohrungen und greifen zu den schmutzigsten Energieformen auf dem Planeten - man muss bloß an die Teer-Sande von Alberta denken. Und die Atmosphäre kann die Kohlenstoffmenge nicht absorbieren, die wir produzieren, was eine gefährliche Erwärmung schafft. Die neue Norm sind Serienkatastrophen: wirtschaftlich und ökologisch.

Dies sind die harten Tatsachen. Sie sind so klar, so offensichtlich, dass es heute viel leichter ist, die Öffentlichkeit zu erreichen als 1999 und die Bewegung schnell aufzubauen. Wir alle wissen oder spüren zumindest, dass die Welt auf dem Kopf steht: Wir tun, als gäbe es keine Grenze für das, was begrenzt ist - fossile Brennstoffe und die Atmosphäre, um die Emissionen zu absorbieren. Und wir tun, als gäbe es strenge und feste Grenzen für das, was im Überfluss vorhanden ist: Finanzmittel, um die Art von Gesellschaft zu bauen, die wir brauchen.

Die Aufgabe unserer Zeit ist es, das vom Kopf auf die Füße zu stellen: diesen falschen Mangel herauszufordern. Darauf zu bestehen, dass wir es uns leisten können, eine anständige, integrative Gesellschaft zu errichten - während wie zugleich die realen Grenzen dessen respektieren, was die Erde ertragen kann. Was der Klimawandel bedeutet, ist, dass wir all dies bis zu einem bestimmten Termin tun müssen. Dieses Mal kann unsere Bewegung nicht abgelenkt, geteilt, ausgebrannt oder durch bestimmte Ereignisse hinweggefegt werden. Dieses Mal müssen wir erfolgreich sein. Und ich spreche nicht über die Regulierung der Banken und auch nicht über die Erhöhung der Steuern für die Reichen, obwohl das wichtig ist.

Ich spreche über die Veränderung der grundlegenden Werte, die unsere Gesellschaft regeln. Das passt schlecht in eine einzelne mediengerechte Schlagzeile, und wie man es tun soll, ist auch schwer zu ermitteln. Aber je schwerer das alles ist, um so dringlicher ist es. Für mich geschieht das gerade auf diesem Platz. Wie ihr euer Essen teilt, einander wärmt, wie ihr für die freie Information für alle sorgt, wie ihr medizinische Versorgung, Meditationskurse und Selbstbewusstseins- (empowerment) Kurse organisiert – das alles kommt für mich am besten zusammen im Bekenntnis: Ich kümmere mich um dich.

In einer Kultur, die den Leuten eintrainiert, dem Blick anderer auszuweichen – was soviel ausdrückt wie: „Lass' sie sterben", ist das eine zutiefst radikale Maxime.
Einige Gedanken zum Schluss. Nachfolgend einige Sachen, auf die es in diesem großen Kampf nicht ankommt.
- Was wir anhaben.
- Ob wir unsere Fäuste erheben oder Friedenszeichen machen.
- Ob wir unsere Träume für eine bessere Welt in einer Schlagzeile für die Medien unterbringen können.

Und hier sind einige Dinge, auf die es ankommt:
- Unser Mut.
- Unser moralischer Kompass.
-Wie wir miteinander umgehen.

Wir haben den Kampf mit den stärksten wirtschaftlichen und politischen Mächten auf dem Planeten aufgenommen. Das ist furchterregend. Und weil diese Bewegung an Stärke zunehmen wird, wird alles noch furchterregender werden. Seid euch immer bewusst, dass in dieser Lage die Versuchung lauert, sich an kleinere Ziele zu halten - etwa an den oder die neben Euch, z.B. auf dieser Versammlung. Diesen Kampf könnte man ja vielleicht leichter gewinnen.

Gebt dieser Versuchung nicht nach. Ich sage nicht, dass ihr euch nicht die Meinung sagen sollt. Aber dieses Mal wollen wir einander so behandeln, als ob wir vorhaben, zusammen viele, viele Jahre nebeneinander zu kämpfen. Denn - die Aufgabe erfordert nichts Geringeres als das.

Lasst uns diese schöne Bewegung so behandeln, als ob sie das Wichtigste auf der Welt wäre. Denn sie ist es. Sie ist es wirklich.

„Wenn man über das Militär spricht, dann spricht man über Geheimnisse...“

Interview mit Mohammed Abdel Rahem

Mohammed Abdel Rahem ist Islamwissenschaftler, Lektor und Übersetzer. Er erhielt seine Ausbildung an der al-Azhar Universität/Kairo, wo er bis 2009 auch als Wissenschaftlicher Oberassistent wirkte. Seitdem lehrt er am Institut für Arabistik und Islamwissenschaft der Universität Münster. Seine islamwissenschaftlichen Arbeiten beleuchten die Rechte und Pflichten der Nichtmuslime im Islam, die Entstehung des Kreuzzugsgedankens und dessen heutigen Einfluss auf die Beziehung zum Westen im islamischen Denken, sowie die Religionsfreiheit im Christentum und im Islam im Vergleich (Dissertation).

Sie sind kürzlich von einem Aufenthalt in Ägypten zurückgekommen. Was waren ihre wichtigsten Eindrücke?

Es war mein erster Besuch nach der Revolution und ich fand, dass viele Leute in Ägypten optimistisch sind und denken, dass die Revolution erfolgreich sein wird. Sie sehen gute Chancen für eine demokratische Staatsordnung. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine Gruppe, die meint, die Revolution sei gescheitert und habe nichts Neues gebracht. Die Einkommen wären wie vorher, es gäbe noch keine Gerechtigkeit im modernen Sinne usw. Diese Leute kennen sich freilich mit der Geschichte von Revolutionen nicht aus, sie wissen nicht, dass Revolutionen Zeit brauchen. Eine dritte Gruppe, die Leute, die von der ehemaligen Staatsordnung, also dem ehemaligen Regime, profitiert haben, kämpft gegen die Revolution. Und das ist eine große Gruppe, die in den verschiedenen Bezirken in Ägypten lebt und viel Geld und Einfluss hat. Schlimm ist, dass viele Menschen nicht gebildet oder Analphabeten sind und nicht unbedingt einen Begriff von Demokratie oder Gerechtigkeit haben, sondern mehr auf ihre eigenen ökonomischen Verhältnisse achten. Vor allem in den weiter von Kairo entfernten Bezirken herrscht nicht der gleiche Grad an Bildung. Dort sind die Leute religiöser, sie führen ein religiöses Leben.

Sie sind sehr optimistisch. Doch kam es auch zu dramatischen Konflikten. Im Zentrum standen ägyptische Kopten – es gab Tote und Verletzte. Läuft die Revolution aus dem Ruder?

Im Bezug auf den koptischen Aufstand ist die Sache noch nicht klar. Offensichtlich wollte das Militär die Kopten hindern, eine bestimmte Straße zu erreichen. Und plötzlich waren Leute in Zivil da, die sowohl das Militär als auch die koptischen Demonstranten attackierten. Die Kritiker, die darüber gesprochen haben, auch die Präsidentschaftskandidaten, sagen, dass die Kopten nichts Schlimmes getan haben, und das Militär sagt, dass sie die Kopten nicht angegriffen hätten. Trotzdem gibt es Tote auf beiden Seiten. Wer das getan hat, weiß man noch nicht genau. Es gibt verschiedene Berichte und Videos. In manchen Videos sieht man Kopten, die Autos auf der Straße in Brand setzen, und in einem anderen ein Militärfahrzeug, mit dem versucht wird, die Leute zu zerstreuen, und dann überfährt es einen Menschen. In anderen Videos sieht man Leute mit Waffen - keine Kopten, denn sie tragen keine Kreuze.

Interessanterweise war der Grund, warum die Kopten einen Aufstand organisieren wollten, der Anschlag auf eine Kirche im Süden von Ägypten, in Elmarinab, Provinz Assuan. Der Gouverneur dort erklärte, die Kirche sei illegal gebaut worden und die Zerstörung wäre gesetzlich. Die Kopten hatten allerdings eine Erlaubnis die Kirche zu bauen, aber auf einem Grundstück von 200m², sie bebauten aber 600 oder 700m². Sie sind allgemein pessimistisch, ob sie ihre vollen Rechte bekommen werden. Und sie haben damit Recht, nicht im Sinne, dass die Muslime sie hassen. Sie fragen sich vielmehr, inwieweit die nächste Regierung für eine Gleichstellung der Kopten mit den Muslimen sorgen wird.

Welche Fraktionen gibt es in der Revolutionsbewegung und welches Bild vom zukünftigen Ägypten haben sie?

Es gibt im Grunde zwei Richtungen, eine religiöse Richtung und eine säkulare Richtung. Innerhalb der islamischen Richtung gibt es zwei verschiedene Strömungen – eine religiös-konservative Strömung, geführt von den Salafiten, die stets von einem islamischen Staat mit islamischen Gesetzen, mit islamischer Staatsführung und –ordnung usw. sprechen, während die Muslimbrüder sagen: „Nein, es soll überhaupt keinen islamischen, überhaupt keinen religiösen Staat geben. Der Staat muss eine moderne Verfassung haben, wie die anderen Staaten, wie die Türkei zum Beispiel“. Viele Muslimbrüder, viele Ägypter nehmen in der Tat die Türkei als Vorbild. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe unter der Leitung einiger Muslime und Kopten, die eine säkulare Staatsordnung will. Sie haben inzwischen Parteien gegründet, um an den Wahlen teilzunehmen. Und dann ist da die große Gruppe unter dem Volk, die keine Ahnung hat, was eine säkulare oder was eine islamische Staatsordnung bedeutet, was die Gemeinsamkeiten sind und was beide unterscheidet.

Woran orientieren sie sich?

Man spricht nicht über ein bestimmtes Land im Westen und man spricht nicht konkret über die Türkei, auch wenn man das im Kopf hat. Man weiß in Ägypten, dass jeder Staat seine eigene Gesellschaftsstruktur hat, und deswegen seine eigene Staatsordnung haben muss. Für die ‚Säkularisten‘ ist klar, dass man diese Ordnung von der Religion trennen muss. Bisher bestimmte in der Verfassung der Artikel 2, dass die ägyptische Verfassung auf der islamischen Rechtstradition, der Scharia, konkret gesagt, auf islamischen Prinzipien basiert. Die ‚Säkularisten‘ wollen diesen Satz aus der Verfassung streichen – in der Verfassung soll nicht über Religion gesprochen werden. Was die Frage der Wirtschaft betrifft: Ägypten ist Teil des internationalen Wirtschaftssystems. Die Wirtschaft funktioniert sehr schlecht in Ägypten. Die Löhne sind gering und die Preise, z.B. der Lebensmittel, sind im Vergleich zu anderen arabischen und zu europäischen Ländern sehr hoch. Ein starker Grund, warum die Revolution ausgebrochen ist, war die Armut der meisten Ägypter. Und wenn die Revolution nicht die Wirtschaft Ägyptens verbessert,

dann ist die Revolution im Endeffekt gescheitert. Es gibt nun viele Streiks. Die Leute wollen mehr Geld. Aber das kommt nicht über Nacht, man muss Geduld haben. Die Regierung sagt, dass bestimmte Berufsgruppen in den nächsten Monaten mehr bekommen, etwa die Professoren und Dozenten an den Universitäten oder die Lehrer. Und die Gehälter sollen künftig ein bestimmtes Maximum und ein Minimum nicht über- oder unterschreiten dürfen, damit die Kluft zwischen Armut und Reichtum überwunden wird.

Es heißt, dass viele Sektoren der Wirtschaft in der Hand weniger einflussreicher Leute sind, die dem alten Regime sehr nahe standen. Wie soll diese Herrschaft gebrochen werden?

Das sehe ich als schwierig an. Ein Großteil der Wirtschaft liegt zurzeit in bestimmten Händen in Ägypten. Aber man kann die Betriebe diesen Leuten nicht einfach wegnehmen oder diese Firma oder jenes Unternehmen verstaatlichen. Die Regierung muss Schritt für Schritt diesen Leuten den großen Einfluss auf die Wirtschaft und sogar auf die Politik des Landes nehmen. Man muss gesetzlich an diese Firmen herankommen, weil sie ja auch gesetzlich gekauft wurden. Die Regierung muss gesetzlich organisieren, dass die Besitzer der großen Unternehmen höhere Löhne zahlen. Es gibt aber auch Unternehmer, die mit Mubarak nichts zu tun hatten, die unterdrückt wurden, weil sie immer „Nein" gesagt haben. Aber man spricht in Ägypten jetzt viel weniger über die Wirtschaft, als über die Politik, über das nächste Parlament oder die nächsten Präsidentenwahlen.

Wer wird in der Zukunft die Rohstoffindustrie kontrollieren? Wie steht es mit der Macht der internationalen Konzerne?

Also, wenn man über den internationalen Neoliberalismus spricht, dann muss man sich eine sehr komplizierte Ordnung vorstellen, vieles, was miteinander verflochten ist. Jeder Ägypter darf zum Beispiel Getreide nur auf einem bestimmten Grundstück anbauen – nicht mehr. Stattdessen wird aus bestimmten Ländern, wie z.B. den USA, Getreide importiert. Oder: Im Jahr 2004 hat Ägypten zusammen mit Israel und den USA das QIZ-Abkommen[1] unterzeichnet. Und dann gibt es seit 2008/2009 das Gas-Abkommen mit Israel[2]. Das Abkommen wurde im Parlament nicht diskutiert. Warum nicht? Wenn man also über Rohstoffe in Ägypten oder über Erdgas spricht, dann spricht man über solche Abkommen. Das Volk fordert, die Regierung müsse nochmals verhandeln, weil man die Energie selbst braucht. Wenn dieser und jener zu Hause kein Gas hat, aber das Gas exportiert wird, wie stellt man sich das vor? Die Regierung muss neu verhandeln und die eigene Bevölkerung mit Energie versorgen, bevor sie sie exportiert. Man hat nichts dagegen, dass der Staat oder die Regierung mit anderen Regierungen zusammenarbeitet und Abkommen einhält, aber dieses Abkommen wurde von Mubarak und seiner Regierung unterschrieben und das Volk war dagegen.

Wer kontrolliert die Revolution oder die Evolution? Wer sind die Akteure? Wie kann man garantieren, dass der lange Prozess auch in der breiten Bevölkerung akzeptiert wird?

Also, die Leute, die jetzt agieren, sind die gebildeten Leute, etwa Professoren, Leute, die vor der Revolution in der Opposition gearbeitet haben oder mit Politik nichts zu tun hatten, wie Mohammad Salim Al-Awa[3], der Präsidentschafts-Kandidat. Er wollte sich vor der Revolution an keine Partei anschließen oder keine Partei gründen. Und er hat immer gesagt, ich habe damit nichts zu tun und ich will nicht in die Politik eingreifen. Beteiligt sind auch bestimmte Bewegungen, die vor der Revolution gegen Mubarak agiert haben, wie die Bewegung des 6. April[4] – die sich an der Diskussion beteiligen. Auch die früheren Parteien mischen politisch mit, aber zu ihnen hat der Großteil des Volks kein Vertrauen, da sie mehr oder weniger mit dem Mubarak-Regime zusammengearbeitet haben.

Wie sieht das Nominierungsverfahren aus?

Das passiert jetzt auf der Ebene der Parteien. Der Militärrat ruft, damit es gesetzlich zugeht, die Parteien zusammen. Manchmal nehmen auch junge Bewegungen, wie die Bewegung 6. April, teil, manchmal nicht – je nachdem, was man diskutiert. In der letzten Sitzung vor ungefähr einer Woche, in der man über die neuen Forderungen der Revolution diskutierte, haben nur die Parteien teilgenommen und ein Abkommen unterschrieben, gegen das viele andere Leute gesprochen haben.

Sie haben nun den Militärrat erwähnt. Woraus besteht der Militärrat?

Aus den hohen Offizieren. Der Militärrat existierte schon zur Zeit Mubaraks. Politisch gesehen tendierte er in den letzten Tagen vor der Revolution bzw. zwei Jahre vor der Revolution gegen Mubarak.

Und wer hat in der entscheidenden Phase die Macht an den Militärrat übergeben?

Man sagt, das sei erzwungen worden. Aber man kennt noch nicht die ganze Wahrheit. Auf alle Fälle war der Militärrat dagegen, dass Gamal, der Sohn Mubaraks, die Macht übernimmt. Deshalb tendiert man zur Annahme, dass Mubarak gezwungen war, das Land oder Kairo zu verlassen und die Macht an den Militärrat zu übergeben.

Gibt es eine Garantie, dass der Militärrat nicht die Herrschaft anstrebt?

Wenn man sagt, dass der Militärrat oder hohe Offiziere mit Mubarak zusammengearbeitet haben, dann kann man die politische Seite ausschließen. Der Militärrat war von der Politik des Landes isoliert. Und deshalb waren - soweit ich weiß - viele Offiziere ja gerade sauer, vor allem in den letzten zehn Jahre.

Ist das Militär nicht auch ein ökonomischer Faktor? Wie ist dies mit einer Regierungsfunktion zu vereinbaren?

Ja, das Militär hat in Ägypten sein eigenes Wirtschaftssystem

1 Vertrag zwischen den USA, Israel und Ägypten über die Errichtung von sieben Qualified Industrial Zones (QIZ) im Großraum von Kairo, Alexandria und am Suezkanal. Damit sicherte sich Ägypten den zollfreien Export von Textilien in die USA, wenn darin 12 Prozent israelische Arbeit enthalten waren. In Ägypten selbst sollten durch den Vertrag 250.000 neue Arbeitsplätze entstehen, außerdem sollte er ausländische Investitionen erleichtern. Israel erhoffte sich die Steigerung seiner Exporte von 30 auf 150 Millionen US-Dollar pro Jahr.

2 Nach dem umstrittenen Vertrag lieferte Ägypten jeweils eine Million British thermal units (BTUs) für 1.25 (später 1.75) Dollar, verglichen mit dem Weltmarktpreis 15 Dollar, den auch Russland von der Ukraine verlangte.

3 Generalsekretär der International Union of Muslim Scholars; Präsident des Egyptian Association for Culture and Dialogue.

4 Wikipedia: „Eine von Ahmed Maher und Israa Abdel Fattah gegründete Facebookgruppe, die zunächst Arbeiter aus Mahalla al-Kubra in Ägypten bei ihrem Streik am 6. April 2008 unterstützte, später gehörte sie zu den Initiatoren der Revolution in Ägypten 2011."

– eigene Fabriken, eigene Autos, sogar eigene Lebensmittel. Aber wenn erforderlich oder wenn es Not gibt, dann verkaufen sie die Sachen günstiger als sonst an die Leute, etwa die Militärlebensmittel. Vielleicht sind sie sauberer oder gesünder? Ich weiß nicht, inwieweit man hier eingreifen muss. Wenn man über das Militär spricht, dann spricht man über Geheimnisse, über die man nichts weiß. Jetzt haben wir eine neue Regierung, die auch noch nicht weiß, was das Militär hat und wie das Militär seine eigenen Sachen organisiert. Aber wenn wir die Autos vergleichen, die das Militär hat, mit den Autos der Minister und Geschäftsleute, dann sieht man, dass die hohen Offiziere nicht im Luxus leben. Der Einfluss des Militärs auf das Wirtschaftssystem in Ägypten ist nicht so groß. Vielleicht profitiert das Volk ja vom organisierten System des Militärs?

Vor kurzem gab es einen schrecklichen Überfall auf die israelische Botschaft. Wie wird Ägypten künftig zu Israel und zum Nahostkonflikt stehen?

Man weiß nicht genau, ob Ägypter das gemacht haben (als Reaktion darauf, dass israelische Soldaten an der Grenze Ägypter getötet haben) oder ob es Leute waren, die zum Mubarak-Regime gehört haben, um Unruhe im Land zu stiften und die Lage auszunutzen usw. Aber man kann nicht sagen, dass die Ägypter Israel mögen oder das Ägypter Freunde Israels sind – auf keinen Fall, wenn man offen spricht. Was die Ebene der Religion betrifft: Im Koran wird geboten, mit Juden und Christen gut umzugehen und in Frieden zu leben. Muslime dürfen eine christliche oder jüdische Frau heiraten und Juden und Christen sollen ihre Religion praktizieren dürfen. Aber der Koran erwähnt Juden auch als Feinde und eine negative Vorstellung, die Muslime den Juden gegenüber auf jeden Fall haben, wird wegen des palästinensisch-israelischen Konflikts verstärkt. Aber wenn sie eine Chance finden, mit Israel im Frieden leben zu können, dann werden sie diese Chance ergreifen. Oder wenn sie finden, dass Israel ernsthaft Frieden will, dann sagen sie ganz offen und ganz laut: „Okay, dann finden wir den Weg zum Frieden". Aber die Ägypter waren gegenüber Israel immer skeptisch. Wenn man vom Frieden spricht, warum gibt es dann immer wieder Taten wie jetzt an der Grenze? Warum betreibt Israel diese Politik gegen die Palästinenser? Das vertieft die negative Vorstellung, die Muslime von Israel haben.

In der internationalen Presse heißt es, das Militär habe Schlägertrupps eingesetzt, um die Lage zu destabilisieren.

Das finde ich sehr unwahrscheinlich. Ein solches Verhalten wären die Ägypter vom Militär einfach nicht gewöhnt. Und außerdem wurden in diesen letzten Konflikten auch viele Soldaten umgebracht. Da bleiben immer Spekulationen, von denen die meisten Leute nicht überzeugt sind. Hat das Militär der israelischen Regierung gesagt, sie solle Soldaten an der Grenze töten, damit … Hat das Militär den Kopten gesagt, sie sollten einen Aufstand organisieren, damit … – das bleibt immer Spekulation. Ich selbst finde das unwahrscheinlich.

Hat die Revolution einen pan-arabischen Aspekt? Welche Rolle spielt die Türkei, bzw. die arabische Identität?

Also, die Revolutionen gibt es jetzt fast überall in den arabischen Ländern und die Araber wollen sich unterstützen, sie beraten sich gegenseitig, was man macht, welche Ziele man hat, auch in Facebook und in den sozialen Netzwerken. Ja, man kann von so etwas sprechen. Aber dies geschieht auf der Ebene des Volks, auf der Ebene der Bevölkerung, sozusagen nach innen und von unten. Auf der staatlichen Ebene, auf der Ebene der Regierungen, die jetzt nach der Revolution gekommen sind, gibt es noch keine solchen Gedanken. Die ägyptische Regierung spricht über so etwas noch nicht. Sie hat keinen Kontakt mit den anderen neuen Regierungen – in Tunesien oder mit dem neuen Rat in Libyen. Unsere Regierung hat diese Staaten, in denen die Revolution auch erfolgreich geworden ist, noch nicht kontaktiert. Sie hat mehr Kontakt mit den reichen Golfländern – aus wirtschaftlichen Gründen, denn sie haben einen großen Einfluss auf das ägyptische Wirtschaftssystem: Sie investieren sehr viel Geld in Ägypten.

Die Ölstaaten investieren in Ägypten?

Genau. Und umgekehrt arbeiten in diesen Ölstaaten über drei oder vier Millionen Ägypter. Die Ölstaaten haben einen großen Einfluss auf die ägyptische Wirtschaft, vielleicht auch auf die Politik. Sie sind zum Beispiel dagegen, dass die jetzige ägyptische Regierung Kontakt mit Iran hat. Als unser Ex-Außenminister einmal den Iran besuchte, musste der Premier-Minister die Golfstaaten (Saudi-Arabien) zweimal besuchen, um so zu sagen: „Wir stoppen das. Die Sicherheit der Golfstaaten ist ein Teil der Sicherheit Ägyptens". Das hat er ausdrücklich gesagt. Deshalb hat unsere Regierung einen starken Kontakt zu den Golfstaaten auf Kosten der Länder, in denen es Revolutionen gibt. Auch im Bezug auf Syrien. Unsere Regierung hat noch keine Unterstützung signalisiert oder das syrische Volk gegen seine Regierung unterstützt. Oder besser gesagt, offiziell noch nichts darüber gesagt. Deswegen ist es noch nicht klar, ob in Zukunft ein zweiter Pan-Arabismus entsteht oder nicht. Aber ich sagte ja, dass die Menschen die anderen Bevölkerungen in Libyen, in Tunesien, in Syrien über die sozialen Netzwerke unterstützen, dass sie sich gegenseitig vorschlagen, was man auf den Straßen tun soll etc.

Wie steht die neue Regierung oder die neue Bewegung zu den Vereinigten Staaten? Gerät der Westen unter die Räder der Revolution?

Die heutige Regierung hat noch Kontakt mit den USA auch auf der politischen Ebene, was das Volk ablehnt. Aber wie stark die Kooperation nach Mubarak sein wird, ist noch nicht klar. Ich kann sagen, dass Verantwortliche aus den USA Ägypten jetzt weniger besuchen als vorher. Aber auch ägyptische Minister oder der Premier-Minister haben die USA nach der Revolution noch nicht besucht. Die Kooperation scheint schwächer geworden zu sein. Wie gesagt lehnt das Volk auf der politischen Ebene den Kontakt ab. Wenn die Bevölkerung zum Beispiel erfährt, dass bestimmte politische Bewegungen oder bestimmte Parteien finanzielle Unterstützung von den USA oder vom Westen bekommen, dann distanziert sie sich von dieser Partei bzw. von dieser Bewegung. Ich wurde vor einigen Wochen gefragt, welche Unterstützung der Westen, bzw. die USA dem ägyptischen Volk anbieten kann, und ich habe geantwortet: Am besten eine wirtschaftliche oder eine Unterstützung auf der Bildungsebene, aber auf der politischen Ebene wäre es sehr schlecht. Das führte direkt oder indirekt zu Skepsis und Distanzierung. Die ägyptische Bevölkerung unterscheidet allerdings immer zwischen den USA und den europäischen Ländern, gegen die es keine Einwände gibt. Aber wenn man über die USA oder über Israel spricht, gibt es jetzt ein großes Problem: Das Volk hat nicht vergessen, dass diese zwei Länder die ersten waren, die Mubarak unterstützt haben und die ihn als Präsidenten in Ägypten gewollt haben.

(Das Gespräch führte Jobst Paul am 10. Oktober 2011.)

Wie finanzieren wir nach der Revolution die soziale Gerechtigkeit in Ägypten?

Wael Gamal[*]

Das Thema der sozialen Gerechtigkeit gehört nach der Revolution in Ägypten zur Tagesordnung jeder politischen Kraft, aus dem einfachen Grund, weil es die Hauptforderung der Massen war, die auf die Straßen gingen und die Zwangsherrschaft zum Einsturz brachten. Soziale Gerechtigkeit war Teil des emotionalen Kerns der Revolutionäre, schon ganz zu Beginn am 25. Januar. Es war daher für die politischen Kräfte schwierig, Gefolgsleute auf den Straßen zu gewinnen, wenn sie dieses Gefühl ignorierten.

Doch zunächst gibt es natürlich sehr verschiedene Vorstellungen, was dieses Gefühl und was die Idee bedeutet. Da gibt es die eine Vorstellung, nach der ein paar kleine Gaben an die breite Öffentlichkeit genügen sollen, um die Dinge zu belassen, wie sind sie. Und es gibt einige Stimmen weit rechts, die von einigen kleinen Änderungen sprechen, von mehr Mitteln für die Bildung, vom Aufbau der Bildung und dergleichen, oder kleinen Verbesserungen bei den Löhnen. Und dann gibt es Konzepte, die meiner Meinung nach sinnvoller und näher an dem sind, was die Leute wollten, die den wahren Geist der Revolution eher umsetzen. In der Sache geht es dabei nicht nur ein simples Geschenk des Marktsystems an die Massenproduzenten, die Armen, die Arbeiter und die Bauern in Ägypten. Wirkliches Wachstum muss auf Entwicklung, und Entwicklung auf den Menschen aufgebaut sein.

Zweitens bedeutet soziale Gerechtigkeit nicht bloß ein [bestimmtes] Maß an Verbesserung in der Vermögensverteilung und den Gewinnen; vielmehr muss sie auch auf der Verbesserung der Chancen aufgebaut sein, d. h. dass die Mehrheit der Leute Chancengleichheit im Bildungssystem, den Zugang zu adäquater Gesundheitsfürsorge, und gleiche Chancen beim Zugang zu Arbeit haben müssen - gemessen am Rest der Bevölkerung. Das ist ein zusammengesetztes Konzept. Es muss einer Politik folgen, die die Menschen an die erste Stelle setzt und nicht nur „das Wachstum" oder die abstrakten Indikatoren für Wachstum. Oder das Haushaltsdefizit und die Wirtschaftskonzepte, die mit der Politik des freien Markts verknüpft sind, der die Nazif Regierung und das Mubarak Regime in Ägypten in den letzten Jahren in ihrer extremsten Form folgten.

Im Hinblick auf Sofortmaßnahmen, und wenn man auf dem aufbaut, was in Ägypten in den letzten Jahren geschehen ist: der Transfer von öffentlichem Reichtum – vom Eigentum der ägyptischen Bevölkerung hin zu einer beschränkten Anzahl von Unternehmern – schuf ein riesiges Maß an kapitalistischer Akkumulation und - in ganz wenigen Jahren - multinationale Konzerne im Bereich der Kabelindustrie und dergleichen, mit ihren Zentralen in Kairo.

Da ist es eine große Herausforderung, erste Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn sie noch nicht einmal grundsätzlich ins System eingreifen. Um so größer ist das Verdienst derer, die so große Opfer auf sich nahmen, um ein neues Regime in Ägypten durchzusetzen. Zumindest kann man mittels solcher Schritte wenigstens einer Vielzahl von Ägyptern die Chance auf einen Lohn bieten, der einen besseren Lebensstandard erlaubt. Das schließt harte Implikationen ein - ich möchte diesbezüglich auf einen Irrtum hinweisen, mit Blick auf die Subventionen für Sprit in der Produktion.

Der ägyptische Staat zahlt an Unternehmern, besonders an jene, die viel Energie verbrauchen, jährlich Milliarden von Dollars - aus den Taschen des ägyptischen Steuerzahlers - , um ihre Gewinne zu erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten zu erhöhen. Die wichtigsten Sektoren sind in dieser Beziehung zum Beispiel Zement, Dünger, Stahl, einige petrochemische Produkte und Keramik. […]

Außerdem hat diese Unterstützung zum Beispiel wirklich nichts mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Nein. Diese Subvention führt zu astronomischen Gewinnraten im Vergleich zu den Mitbewerbern in der Region, in Europa, und international. Wenn die Regierung im Interesse der Armen handeln wollte, die ihnen die Macht gab, und eine schnelle Maßnahme vornehmen wollte, um das Budget finanziell zu stützen - das ist ein Problem, ein Haushaltsdefizit-Problem, das vom vorherigen Regime geerbt wurde - ohne Lasten hinzuzufügen, könnte sie mit einem Federstrich entscheiden, den Preis der Energie, die diesen Fabriken geliefert wird, zu erhöhen.

Ich möchte hier auch sagen, dass die Mehrheitsanteile, insbesondere in den Sektoren, wo sich die meisten Gesellschaften mit faulen Geschäftsbedingungen befinden, von Unternehmern gehalten werden, die Verbindungen zum ehemaligen Regime haben. Beim Stahl ist es Ahmad ‚Ezz, in der Keramik sind es ist Ahmed ‚Ezz und Mohamed Abu el-Enein, beim Dünger ist es Sherif el-Gabaly, ein wichtiges Mitglied der Nationalen Demokratischen Partei. Es gibt auch eine politische Dimension des Problems: Es gibt nämlich keine offene Konkurrenz im Sinn der kapitalistischen Logik. Würde man den Preis von Treibstoff, der diesen Fabriken angeboten wird, nur erhöhen und ihn immer noch unter dem Weltmarktpreis halten, also von der Rate von zweieinhalb bis drei Dollar pro Millioneneinheit zu zwischen sechs und acht Dollar pro (britische) Thermaleinheit erhöhen, würde das immer noch pro Jahr 7.5 Milliarden ägyptische Pfund ins Budget bringen.

[…] Außerdem steckt in einem solchen Schritt etwas, was in Bezug auf die langfristige ökonomische Zukunft und die ökonomische Mentalität der ägyptischen Bevölkerung wichtig geworden ist: Ägypten ist am Rande einer Energiekrise. Macht

[*] Auszüge aus einem Artikel, den Jadaliyya, ein unabhängiges e-zine, am 10. Juni 2011 auf Englisch publizierte (dt. Jobst Paul). Wael Gamal ist Wirtschaftsjournalist der im März 2009 gegründeten Tageszeitung Al Shorouk (http://www.shorouknews.com und http://www.arabpressnetwork.org/articlesv2.php?id=3131).

Ältere Wirtschaftstheorien meinen, man müsse erst die Produktivität erhöhen, bevor sich die wirtschaftliche und soziale Lage in einem Land verbessern kann. Diese Vorstellung hat sich als falsch erwiesen.

es dann Sinn, energieintensive Industrien in Ägypten weiter zu fördern, wenn das Land vielleicht sogar bald einer Energieknappheit ausgesetzt sein könnte? Die Erhöhung der Preise und der Kosten dieser Industrien könnte wie ein Stoppsignal wirken und die Leute ermuntern, keinen Zement mehr zu verwenden, der auch die Umwelt verschmutzt. Und außerdem, [Zement], wie Stahl und Dünger, sind kapitalintensiv. Der Bau und der Unterhalt einer Zementfabrik verschlingen riesige Beträge, um dann nur wenige Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Umlenkung von Kapital innerhalb der Gesellschaft, um die Kosten dieser Produktion zu bezahlen, wird die Menschen und neue Investitionen dazu veranlassen, in Sektoren mit einer besseren Wirkung, mit weniger Schaden für die Umwelt zu gehen - und zugleich wird man dann mehr Arbeitskräfte brauchen [und so] bessere Job-Chancen schaffen und die Situation der Ungleichheit in der Gesellschaft verbessern.

Soziale Gerechtigkeit ist aus meiner Sicht eine Vorbedingung, eine langfristige Vorbedingung für die politische Verbesserung und Änderung in Ägypten. Denn wenn sich der geschichtsträchtige Sturz des diktatorischen Regimes nicht in eine direkte Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger umsetzen lässt, die in diesem Land leben, die die Revolution getragen haben und die zumeist arm sind, dann wird den Revolutionären ein sehr wichtiger Teil der Agenda, die von Beginn an der Kern der Revolution war, entrissen.

Soziale Gerechtigkeit schließt die Neuverteilung des Reichtums auf eine gerechte Weise ein, faire Löhne für die Arbeiter, und eine Kontrolle von Unternehmern und des Marktkapitals, was es der Gesellschaft erlaubt, ihren eigenen Vorstellungen zu folgen. Das schließt die Möglichkeit ein, Produktionsformen zu schaffen, die den historischen Graben zwischen öffentlichem Sektor und Staat überwinden, zum Beispiel in Form landwirtschaftlicher Kooperativen, oder sogar in Dienstleistungs- und Konsumvereinen, die ökonomisch solide arbeiten. All dies muss zugleich in überzeugender Weise demokratisch sein, d. h. die Bedürfnisse und Wünsche und die wirtschaftliche Mentalität der Leute müssen Vorrang haben vor dem Diktat des Weltmarkts oder des heimischen Marktes, die sich nur an Profitinteressen orientieren.

Doch auch schon der spontane Zusammenschluss von Leuten in unabhängigen demokratischen Vereinigungen, der in Ägypten gerade anfängt, die Entwicklung hin zu Organisationen, die die Rechte der Arbeiter am Arbeitsplatz verteidigen, das alles garantiert grundsätzlich, dass das politische Handeln sich künftig nicht wieder in der Hand von Unternehmern konzentriert und dass deren Wirtschaftsmacht und deren Kontrolle über die Wirtschaft durch die Revolution nicht ausgespart bleiben, etwa weil man es dabei beließ, bloß das alte [politische] Regime loszuwerden. Wenn sich die Leute in Gewerkschaften organisieren können, um für höhere Löhne zu kämpfen und verbesserte Arbeitsbedingungen auszuhandeln, für die Leute, die im Land die Mehrheit bilden, wenn sie gegen ihre Chefs aufstehen, schafft dies ein gewisses politisches Gleichgewicht, auch jenen politischen Parteien gegenüber, die Unternehmerinteressen vertreten und die im Verlauf der letzten zwei Monaten gegründet wurden. [...].

Ältere Wirtschaftstheorien, nach denen die Leute erst ihre eigene Produktivität erhöhen müssen, bevor sich ihre wirtschaftliche und soziale Lage verbessern kann, erweisen sich - so die wirtschaftswissenschaftliche Literatur - als nicht tragfähig. Diese Denkschule meint, man müsse zuerst den Kuchen, der verteilt werden soll, vergrößern, man solle sich zuerst aufs Wirtschaftswachstum konzentrieren, man solle zuerst die Investitionen im privaten Sektor erhöhen, erst dann […]

Diese Vorstellung hat sich als falsch erwiesen. Sie ist durch die globale Wirtschaftskrise stark erschüttert worden. Alle neuen Wirtschaftstheorien und -vorstellungen nach der Wirtschaftskrise von 2008 sagen das Gegenteil, so zum Beispiel ein Bericht, der letztes Jahr herauskam. [Nun heißt es], dass man lokale Nachfrage schaffen muss, um die lokale Wirtschaft vor den Schwankungen der internationalen Wirtschaft zu schützen. Lokale Nachfrage kann aber vorrangig nur durch eine Erhöhung der Löhne geschaffen werden. Lohnerhöhungen sind aber auch die Voraussetzung zur Erhöhung der Produktivität. Das ist ein wohl bekanntes Phänomen in der Volkswirtschaft. Indem Sie in Menschen investieren, investieren Sie in die Produktivität von Menschen. Wenn eine Person in der Produktion findet, dass sich die Arbeit finanziell lohnt, dass direkt etwas von ihr zurückkommt, dass sie eine greifbare Veränderung in ihrem Lohn und eine Verbesserung in ihren Lebensbedingungen sieht, hält sie dies produktiv und lässt sie härter arbeiten.

Mit einem solchen System kann man soziale Gerechtigkeit in Ägypten erreichen und es ist auch in demokratischer Hinsicht entscheidend für Arbeiter und Produzenten. Insofern nämlich solche Organisationen die Interessen der Leute auf die politische und soziale Tagesordnung bringen, spielen sie auch eine politische Rolle. Die Leute sind dann nicht allein frei, zwischen zumeist recht ähnlichen Kandidaten in einer Wahl zu wählen, sondern sie können Leute wählen, die ihre eigenen Interessen vertreten, das, was sie direkt berührt. Die Eliten, das zeigte die ägyptische Revolution, waren nicht die Anführer der Revolution, im Gegenteil kamen sie erst in späteren Stadien dazu. Das einfache Volk dagegen war sich seiner Interessen bewusst und war bereit zu kämpfen. Es ist im Stande, die Handlungsoptionen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ideen und Ansichten auf eine demokratische Weise zu ermitteln und zu bestimmen, wer seine Interessen vertritt, wenn wir dafür die Möglichkeit schaffen mit Hilfe unabhängiger demokratischer Organisationen. […]

Die Sonne - neuer Rohstoff des Postkolonialismus

Desertec und die ewig gleichen Gerechtigkeitsvorstellungen europäischer Konzerne. Von Thomas Wachtel.

Die Sonne als Himmelskörper und vor allem die ihr innewohnende riesige Menge an Energie als außerplanetarische „Ressource" kann in Bezug auf die Erde weder als gerechterer noch als ungerechterer (Verteilungs-)Zustand gelten, denn (bis jetzt[1]) sind anthropogene Einflussnahmen - als Grundfesten von Gerechtigkeitsbestrebungen und -vorstellungen - auf Planetenkonstellationen bzw. Strahlungsintensitäten (noch) nicht möglich. Anders sieht es da schon bei der Nutzung der Sonnenstrahlung bzw. der späteren durch sie gewonnenen elektrischen Energie aus, die bis heute den Fortgang eines Großteils der Menschheit bestimmt und dort für die allermeisten Lebensbereiche unabdingbar geworden ist.

Während einerseits mit dem geplanten Atomausstieg und dem absehbaren Ende des fossilen Zeitalters die Erde samt Risikogesellschaft kurz „aufatmen" kann, sehen sich andererseits Unternehmen - allen voran die großen Energiekonzerne und Netzbetreiber - der Aufgabe gegenüber, ihre Kerngeschäfte neu ordnen zu müssen, um weiterhin bestehen bzw. Gewinne erwirtschaften zu können. Zu diesem Zweck hat schon längst die Suche nach zweckdienlichen Standorten bzw. auch der Aufbau erster Projekte regenerativer Energieerzeugung auf nationaler und globaler Ebene begonnen, um mittels großräumiger und komplexer Konzepte (z.B. Off-Shore Windanlagen in der Nord- und Ostsee oder den geplanten Solarparks in den Wüsten) das System bzw. das „blühende" Geschäft mit der zentralen Energieversorgung auf die Erneuerbaren Energien zu übertragen. Dass sich bei Vorhaben dieser räumlichen und finanziellen Größenordnungen, die abseits der technischen Machbarkeit in verschiedenste Bereiche gesellschaftlicher Ordnungen eingreifen, zahlreiche Probleme, (Gerechtigkeits) Fragen und Widerstände ergeben, ist selbstverständlich und bedarf insofern entsprechender Legitimation oder eben auch „adäquater" Darstellung.

Im diskursiven Spannungsfeld zwischen dem Erreichen unternehmerischer Ziele und dem Einhalten moralischer und ethischer Normen versucht auch das Projekt DESERTEC – ein Konsortium mehrerer Unternehmen zur Neugestaltung der Energieversorgung im EUMENA[2]-Raum - einen sich gegenwärtig stark wandelnden Energiediskurs mit Hilfe der eigenen möglichst fortschrittlichen, effizienten und v.a. nachhaltigen und gerechten Positionierung in die „richtigen" Bahnen zu „lenken". Inwieweit dieses Projekt (und die implizierte jahrhundertealte koloniale Strategie eines scheinbar gleich verteilten Gebens und Nehmens) Ausdruck sozialer, globaler (Un) Gerechtigkeit ist, welche Argumentationsstrategien überzeugen sollen, wie auf die aktuellen (Gerechtigkeits-)Bestrebungen im Nahen Osten bzw. v.a in Nordafrika reagiert wird bzw. wie diese in die eigene Legitimation einfließen und ob das Projekt auch als Zeichen eines kriselnden Kapitalismus gewertet werden kann, soll nachfolgend erläutert werden.

Die Desertec-Foundation wurde im Januar 2009 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat sich kein geringeres Ziel gesetzt, als die Energieversorgung Europas, Nordafrikas und des Nahen Ostens grundlegend zu verändern, indem hauptsächlich die besseren solaren Potentiale (wie Sonnenscheindauer und Strahlungswinkel) im MENA[3]-Raum mittels zahlreicher Solarkraftwerke neben weiteren Windkraftanlagen genutzt werden sollen. Dieser „sauber" produzierte Strom soll u.a. bis zum Jahr 2050 mit Hilfe der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) 15-20 Prozent des europäischen Bedarfs decken. Die erforderlichen Realisierungskosten werden mit insgesamt rund 400 Milliarden Euro, davon ca. 345 Milliarden Euro für die Errichtung der Kraftwerke und etwa 55 Milliarden Euro für den Leitungsausbau, veranschlagt. Die damit größte (finanzielle) Unternehmung der Weltwirtschaftsgeschichte ist auch bei der Ausgabe weiterer offizieller Ziele, die bei einer Umsetzung erreicht werden können, nicht kleinlich. So soll das epochale Vorhaben neben der Entschärfung der Energie- und Klimakrise dazu beitragen die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region zu verbessern, indem u.a. zahlreiche Arbeitsplätze entstehen, Infrastrukturen aufgebaut und gleichzeitig Lösungen für Trinkwasserproblematiken (z.B. durch Meerwasserentsalzung) angeboten werden. Daneben könnten über die Diversifizierung der europäischen Energieimporte strategische Importabhängigkeiten (bspw. Gaslieferungen aus Russ-land) vermindert und gleichzeitig die internationalen Beziehungen durch engere Verflechtungen gestärkt werden (vgl. Kemfert & Schill 2009).

Aufgrund effizienterer Umsetzungsmöglichkeiten, aber besonders wegen der im Vorfeld kritisierten unzureichenden

1 Zurzeit wird an verschiedenen Geo-Engineering-Methoden getestet, inwieweit sich z.B. die Klimaerwärmung auf der Erde durch anthropogene Maßnahmen wie Düngung der Meere mit Eisen und Phosphor oder Ausbringung von Aerosolen in die Stratosphäre vermindern lässt. Mit letzterer Methode, welche u.a von der Bundesregierung unterstützt wird, ließen sich auch „zielgerichtet" Strahlungsbilanzen verändern.

2 EUMENA – EUrope, Middle East and North Africa

3 MENA- Middle East, North Africa

Trennung zwischen philosophischer Grundidee und der ökonomischen Dimension des Ansatzes haben sich im Oktober 2009 neben der DESERTEC-Foundation 12 weitere Gründungsmitglieder, darunter Munich Re, Deutsche Bank, Siemens, ABB, E.on, RWE, Abengoa Solar, Cevital, HSH Nordbank, M+W Zander Holding, MAN Solar Millennium und Schott Solar, zur DESERTEC-INDUSTRIAL-INITIATIVE (DII) zusammengeschlossen. Diese medienwirksame Zusammenführung wichtiger Industriekonzerne oder global players kann als diskursives Ereignis aufgefasst werden, da der (Energie)Diskurs um Desertec verändert wird, indem auf diese Weise der Frage nach Deutungs- und Handlungshoheit zukünftiger Energieversorgungs- und -sicherungsproblematik eine gewichtige Antwort nahe legt wird.

Nach und nach sind bis heute neue (internationale, aber v.a. europäische) Mitglieder, wie z.B. die Netzbetreiber Enel (Italien), EdF (Frankreich), Red Eléctrica (Spanien) aber auch Unternehmen aus dem Finanzbereich (z.B. PriceWaterhouseCoopers) oder andere Zulieferfirmen (z.B. First Solar) zur DII gestoßen, sodass die derzeitige Zahl der Gesellschafter bei 18 und die Zahl beteiligter Partner aus der gesamten EUMENA-Region bei 32 liegt (FAZ 2010).[4]

Der Umstand, dass sich (soziale) Gerechtigkeit nur äußerst schwer für alle gleichzeitig herstellen lässt und bei der jeweiligen Verhandlung neben zumeist subjektiven kurzfristigen Belangen auch immer historische (kulturelle) Kontinuitäten, unterschiedliche Vorstellungen über gesellschaftliche Entwicklungsnormen oder vermeintliche „Selbstverständlichkeiten" in ihrer langfristigen Persistenz eine gewichtige Rolle spielen, wird als unzweifelhaft vorausgesetzt werden können und muss nicht weiter erläutert werden.

Da sich das Desertec-Projekt zu großen Teilen noch in der Planungsphase befindet und somit wenig greifbare Fakten vorliegen, möchte ich versuchen, die Frage nach globaler, sozialer Gerechtigkeit anhand der Ansätze und Ziele des Vorhabens, die an drei unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzeptionen bemessen werden, zu beantworten. Trotz der bekannten Schwierigkeiten bei der direkten Übertragung gerechtigkeitsphilosophischer Konzepte auf einzelwirtschaftliche Unternehmungen, v.a. hinsichtlich Vergleichbarkeit und Komplexität, vermögen die Resultate der verschiedenen Bewertungsgrundlagen doch einen allgemeinen richtungweisenden und nachvollziehbaren Grundtenor wiederzugeben. Dazu werden zunächst Nozick und Marx, gewissermaßen als Eckpfeiler dieser allgemeinen Gerechtigkeitsdiskussion bemüht, um danach das Projekt aus John Rawls' vermittelnder Position in Bezug auf Fairness oder eben Gerechtigkeit zu beurteilen.

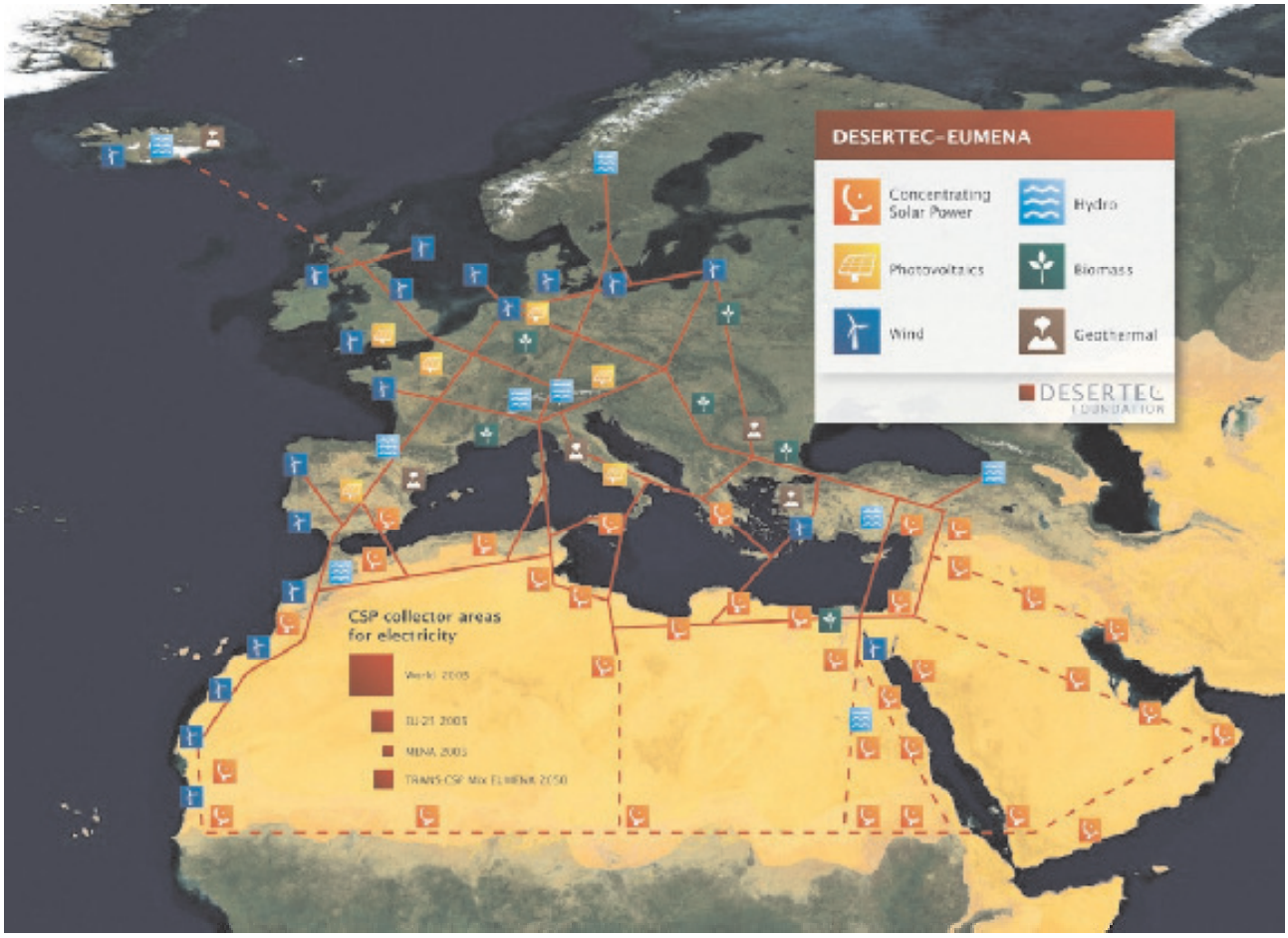
Robert Nozick als Vertreter eines liberalen Gerechtigkeitsverständnisses und eines grundsätzlich gerechten Kapitalismus würde das Projekt als Ausdruck gerechter Handlungen verstehen, wenn dem selbigen gerechte Tauschvorgänge zugrunde liegen, die sich ihrerseits auf gerechte Tauschvorgänge in der Vergangenheit stützen könnten. Demnach wäre das v.a. die Beziehungen zwischen Europa und Afrika betreffende Konzept von DESERTEC, welches historisch in koloniale Unrechtsbeziehungen eingebettet ist, die zudem gegenwärtig ein postkoloniales[5] (Un)Gleichgewicht bedingen, als ungerecht zu betrachten. Auch wenn sich der genaue Abriss allen auf Tausch beruhenden Handelns der letzten 500 Jahre nicht mehr exakt nachvollziehen lässt, offenbart sich doch die unverrückbare Erkenntnis, dass während des Kolonialismus kein rechtmäßiger Eigentumserwerb stattgefunden hat und somit Ausgangsbedingungen verändert wurden, die bis heute postkoloniale Identitäten, Ansichten, Wahrnehmungen oder eben auch Tauschgeschäfte herbeiführen. In diesem Sinne bleibt die Auseinandersetzung mit kolonialen Vergangenheiten europäischer Gesellschaften bei heutigen Bewertungen aufgrund nachwirkender (informeller) Strukturen imperialer und kolonialer Herrschaft als gemeinsamer historischer Rahmen nach wie vor aktuell (vgl. Leonhard & Renner 2010, S.7). Möchte man die bestehenden Unterschiede im sozialen Gefälle zwischen den Kontinenten und Ländern nicht gänzlich auf den Kolonialismus abwälzen, so bleibt doch die von Nozick geforderte Freiwilligkeit des Tausches auch bei DESERTEC fraglich (vgl. Nozick 2006, S. 344ff.). Denn die, auf welche Art auch immer entstandenen, meist einseitigen Abhängigkeitsbeziehungen und die daraus folgenden Zwangslagen können bei aktuellen Verhandlungen problemlos ausgenutzt werden und damit das bestehende System „mehrerer Welten" konservieren.

Karl Marx am anderen Ende des Gerechtigkeitsfeldes, der den Kapitalismus als grundsätzlich ungerecht beschrieben hat, und ihn wohl auch in seiner jetzigen Form so einschätzen würde, würde verständlicherweise auch das Projekt DESERTEC als ungerecht zurückweisen, da sich auf dem Weg zu seiner klassenlosen (gerechten) Gesellschaft die Produktionsmit-

> Insofern Desertec auf den öffentlichen, ökologischen, und gemeinwohlinteressierten Druck reagiert, kann das Projekt als Ausdruck einer Kapitalismuskrisenbewältigung wahrgenommen werden.

4 Vgl. Wachtel 2011. Dort habe ich mich mit DESERTEC und dem stattfindenden medienwirksamen (Energie)Diskurs auseinandergesetzt und nachgewiesen, dass „die untersuchten Medien als Überträger von Wissen durch die Reduktion bestimmter (gesellschaftlicher) Zusammenhänge bei gleichzeitiger (Über)Betonung anderer Themen in den Diskurs eingreifen und diesen nachhaltig formen." (S. 149).

5 Wenn hier über Postkolonialismus gesprochen wird, dann ist damit weniger die historische Verortung als einer Zeit nach dem Kolonialismus gemeint, sondern in erster Linie eine epistemologische Position bestimmt, welche die Nachwirkungen des Kolonialismus im Denken und Handeln der Akteure sowie in Bezug auf scheinbar unverrückbare historische (europäische) Normen, die bis heute in verschiedensten Kontexten wahrnehmbar sind, in poststrukturalistischer Art und Weise sichtbar macht. Somit wird Postkolonialismus als „Prozess der Kolonisierung als auch den einer fortwährenden Dekolonisierung und Rekolonisierung" verstanden, der insbesondere „auch die Produktion epistemischer Gewalt" mit einschließt (Castro Varela & Dhawan 2005, S. 8).



Die Karte des Gesamtprojekts. Die zweite Desert Energy Conference des Konsortiums DII fand vom 2. bis 3. November 2011 in Kairo statt. Beteiligte Konzerne: u.a. Munich Re, Enel, Abengoa Solar, Deutsche Bank, RWE, Saint-Gobain, E.ON, HSH Nordbank, ABB, Siemens, Flagsol, Freshfields Bruckhaus Deringer, PWC, Flabeg, Jungmut Communication, Skies & Meadows, Nissen Consulting, EBL, Heidelberg Innovation, Nur Energie, M & W Group, MGM Consulting Partners, Red Electrica und Desertec Foundation.

tel in Kollektiveigentum befinden müssten und sich das Produkt der Arbeit in Eigentum der „Arbeiter" umzuwandeln hat. Ebenfalls würde er die „Zwangslagen", in denen sich die Kapitalnehmer gegenüber den Kapitalgebern befinden und die in ihrer Entstehung[6] unberücksichtigt bleiben, als eine Triebfeder des Handelns ausmachen, die in ihrer Ausnutzung die Unterschiedlichkeit hinsichtlich Besitz und Eigentumsverhältnissen weiter bestätigen und fördern würden. Auch wenn Marxs Ansichten, v.a. seine Theorie des Mehrwerts, auf die heutige Zeit wenig anwendbar erscheinen und überarbeitet werden müssten, lassen sie „wegen ihres verborgenen normativen Gehalts und für die Bewertung von Fakten unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit" anregende Ableitungen zu (Ebert 2010, S. 170).

Mit John Rawls, als einem der bedeutendsten Gerechtigkeitstheoretiker unserer Zeit, wäre das Projekt DESERTEC sozial und global gerecht, wenn erstens unter Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte und zweitens in Erwartung möglichst großer Vorteilnahme für alle gehandelt werden würde (vgl. Rawls 1979, S. 81). Auf den ersten Blick erinnert dieser Versuch der Herstellung von win-win-Situationen an die Argumentation von DESERTEC selbst, wonach das Projekt gerecht ist, da neben dem Zugang zu Energie in „unendlicher" Menge und die weniger herausgestellte Absicht, ökonomischen Mehrwert zu erzielen, auch Infrastrukturprogramme, Arbeitsplatzangebote und Hilfen bei der Trinkwassergewinnung für die Produktionsländer als Ziele treten. Ungerecht wird es nach Rawls aber, wenn (bewusst) gegen die Erwartung eines Vorteils für alle Pläne ersonnen und umgesetzt werden.

Die Absicht, einen maximalen gemeinsamen Nutzen mit der weiteren Übertragung eines zentralistischen Energieversorgungssystems (nach dem Vorzeigemodell eines „fortschrittlichen" Europas) in anderen Teilen der Welt zu erreichen, bleibt mit einem Blick in die Geschichte mehr als fraglich. Hermann Scheer bezeichnete diese „Implantation" als „energiesoziologischen Sündenfall", der das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land doppelt verschärfte, indem einerseits nur große Siedlungen mit Strom versorgt wurden und andererseits regionale Migrationen aus den ärmeren ländlichen Räumen in die Städte mit den bekannten Folgen (Verslumung, Arbeitslosigkeit usw.) auslöste (Scheer 2010, S. 217). Die angestrebte Aufhebung sozialer Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Europa und Afrika - mit der Konzentration von

6 Urs Marti bemerkt zu den unterschiedlichen Ausgangslagen einzelner Länder, dass sich die gegenwärtig mächtigen Industriestaaten ihre Rolle in der Weltpolitik u.a. aufgrund protektionistischer Politik erarbeitet haben, die sie wiederum heutzutage anderen „schwächeren" Ländern verwehren können (vgl. Marti 2005, S. 104).

Infrastruktur, Energieproduktion und Arbeitsplätzen auf einer relativ kleinen Fläche - zeugt nicht davon, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben und nun dezentralen Ansätzen zu folgen, sprich: in die Fläche zu investieren.

Bedenkt man dazu den aufgrund fehlender Finanzkraft in den letzten Jahrzehnten unterbliebenen Netzausbau im MENA-Raum, wird klar, dass es in erster Linie weniger um die Herstellung eines ausgeglichenen Zugangs zu (regenerativen) Strom für alle geht, sondern vielmehr um den Schutz und die Ausdehnung von Macht und Ressourcen einiger weniger Konzerne durch den Einsatz von ungleich verteiltem Wissen und Kapital. Zudem kann das Projekt, zieht man die Vorleistungen und Zulieferungen aus Europa ab, auch nicht gerade als Jobmaschine für die Erzeugerregionen beschrieben werden.

Es bleibt abzuwarten, wie genau sich die einzelnen Verträge mit Regierungen, Landbesitzern, Arbeitnehmern, Umweltschutzverbänden usw. ausgestalten und wer wie und zu welchen Preisen vom „sauberen" Strom profitieren wird.

Klar ist aber schon jetzt, dass die Markt- und Wachstumslogik, die dem Projekt zugrunde liegt, den ewig gleichen Gerechtigkeitsvorstellungen europäischer Wirtschaftsweisen frönt, einfache liberale Wirtschaftstheorien auf andere Länder zu übertragen, die – was hinzu kommt – nur einen kurzen Ausblick in die Zukunft und überhaupt keinen in die Vergangenheit kennen. Des Weiteren erinnert dieses scheinbar neue Geschäftsmodell in seiner Legitimationsargumentation an die Rechtfertigung früherer kolonialer Handlungen und Tauschgeschäfte und kann damit wenig zu einer globalen und sozialen Gerechtigkeit auch mit eventuell neuen Partnern beitragen. Wenn sich die weiteren Verhandlungen nicht auf der viel beschworenen gleichen Augenhöhe vollziehen, die ein deutliches „Miteinander" erkennen lassen, wird es wohl für die Befürworter des Projekts sehr schwierig werden zu erklären, warum gerade jetzt im Gleichgang mit dem Verschwinden fossiler Rohstoffe und der wahrnehmbaren Erosion des Kapitalismus „gerechte" Geschäfte in diesen Größenordnungen mit anderen Regionen nötig werden.

Auf die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten, die allgegenwärtig unter dem Stichwort des „arabischen Frühlings" subsumiert werden, reagiert die Industrieinitiative DESERTEC offiziell gewohnt gelassen und begrüßt die Veränderungen. Während vor den Protesten und Umstürzen in den betreffenden Ländern die Frage nach politischer Stabilität heruntergespielt wurde, indem auf die im Vergleich größeren Probleme, welche sich aus der alleinigen Abhängigkeit von Öl und Gas entwickeln können, verwiesen wurde, zeigen die derzeitigen Geschehnisse laut DESERTEC natürlich „wie wichtig es ist, die wirtschaftlichen Perspektiven für die stark wachsende Bevölkerung in Nordafrika und dem Nahen Osten zu verbessern" (DESERTEC 2011).

DESERTEC verspricht somit nicht nur, die weltweite Energie- und Umweltkrise zu beseitigen, sondern preist sich auch als sozialökonomisches Angebot an, das den aufstrebenden Ländern einen „sicheren" Weg in „ruhigere" Zeiten weisen kann. Die Nervosität darüber, wer die künftigen Ansprechpartner sein werden, und die Anspannung, dass die zahlreichen Partner nicht verunsichert werden, schlagen sich allerdings in eiligen und fast bezugslosen Verlautbarungen nieder, etwa, dass sich die Zerstörungen während der Demonstrationen bspw. in Tunesien und Ägypten nicht auf Kraftwerke und Stromleitungen konzentriert hätten (vgl. a. a. O.).

Im Einklang mit den oben angesprochenen Gerechtigkeitsüberlegungen wirft ein anderer aktueller globaler Entwicklungsgang, der ebenfalls vom Protestklima des „arabischen Frühlings" zu profitieren scheint und sich in der Bewegung „Occupy Wall Street" kanalisiert, die Frage auf, inwieweit das Projekt DESERTEC auch als Zeichen eines Kapitalismus verstanden werden kann, dessen Krise sich nicht nur im Unmut großer Bevölkerungsgruppen, die sich den weltweiten Demonstrationen anschließen, erkennen lässt, sondern auch in den kürzer werden Abständen zwischen den einzelnen Finanz- und Immobilienkrisen sowie den allgemein steigenden Staatsverschuldungen. Insofern es auf den öffentlichen, ökologischen und gemeinwohlinteressierten Druck reagieren will - oder besser muss, kann das Projekt DESERTEC wohl als Ausdruck einer Kapitalismuskrisenbewältigung wahrgenommen werden.

Die eingesetzten Mittel und Strategien wollen allerdings keine Alternativen aufzeigen, sondern strukturkonservierend dem Kapitalismus zu neuen Absatzmärkten und Beschäftigungsmöglichkeiten verhelfen. Wie im Zuge des ersten Stromnetzausbaus in Europa während der vorletzten Jahrhundertwende auch elektrische Geräte entwickelt und verkauft wurden, um einen entsprechenden Absatz zu gewährleisten, sollen auch jetzt im Rahmen einer breiteren Elektrifizierung Nordafrikas die Menschen primär als potentielle Kunden gewonnen werden und sich weitere Nachfragen einstellen. Mit der Hinwendung zu grünen Technologien wird der Kapitalismus zwar etwas nachhaltiger gegenüber ökologischen Anforderungen, verpasst jedoch erneut die Chance, weltgesellschaftliche Machtkonstellationen aufzuheben, neoliberale Finanzmarktpolitiken zu überdenken und einen ökologischen Strukturwandel einzufordern. Die legitimierende Vereinnahmung der lange als unnötig deklarierten ökologischen Ansätze im Rahmen eines „New Green Deals" vernachlässigt abermals (bewusst) die Tatsache, dass der globale Handel mit Rohstoffen zur Energieerzeugung, gerade wenn dieser unter den derzeitigen krisenhaften Bedingungen auf tönernen Füßen steht und dezentrale Alternativen weltweit möglich sind, bis heute wenig zu einer weltweit „gerechten" Verteilung beigetragen, sondern darüber hinaus die globalen Unterschiede noch vergrößert hat. Solange die Gewinninteressen einiger „Weniger" im Vordergrund[7] stehen und historische, soziale und ökologische Bedenken vernachlässigbar sind, verbleibt dieser Kapitalismus in der Dauerkrise.

Es bleibt zu hoffen, dass die (neu) bestimmten politischen Vertreter, die Landbesitzer und sonstigen Akteure der jeweiligen Länder die ungezählten „Vorteile" einer Energieversorgung à la DESERTEC mit Blick auf die eigene Situation genau abwägen, die derzeitigen Bemühungen intensivieren und eigene Lösungen vorantreiben. Die Ablehnung utopischer Gigantonomie „westlichen" Zuschnitts wäre gleichzeitig der Beginn neuer Beziehungen.

7 Der DESERTEC-Erfinder Gerhard Knies betonte die üppigen Gewinnaussichten für die Teilnehmer von DESERTEC unverhohlen auf der Gründungsversammlung der DII noch einmal sehr deutlich. „Meine Damen und Herren, ich möchte hier meinen Glückwunsch aussprechen an die Industriepartner, die erkannt haben, dass die Rettung der Welt die größte ethische Aufgabe und zugleich das größte Geschäft der Zukunft sein werden" (Knies 2009)

Literatur:

Castro Varela, Maria do Mar/ Dhawan, Nikita 2005: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld.

Ebert, Thomas 2010: Soziale Gerechtigkeit. Ideen – Geschichte – Kontroversen. Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Band 1088, Bonn.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 2010: „Es wird ein Grab für uns alle, wenn wir nichts machen". Interview mit Paul van Son vom 23.10.2010.

Kemfert, Claudia/ Schill, Wolf-Peter 2009: Strom aus der Wüste – keine Fata Morgana. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 29/09. Vgl.: http://www.co2-handel.de/article340_12071.html (Stand: 16.12.2010).

Knies, Gerhard 2009: Rede zur Gründungsversammlung der DII am 13. Juli 2009 in München. Vgl. http://www.desertec.org/de/aktionen/%20veranstaltungen/versammlung-der-desertec-industrial-initiative/dii-assembly-gk-presentation (Stand: 11.11.2010).

Leonhard, Jörn/ Renner, Rolf G. 2010: Koloniale Vergangenheiten – (post)imperiale Gegenwart. Berlin.

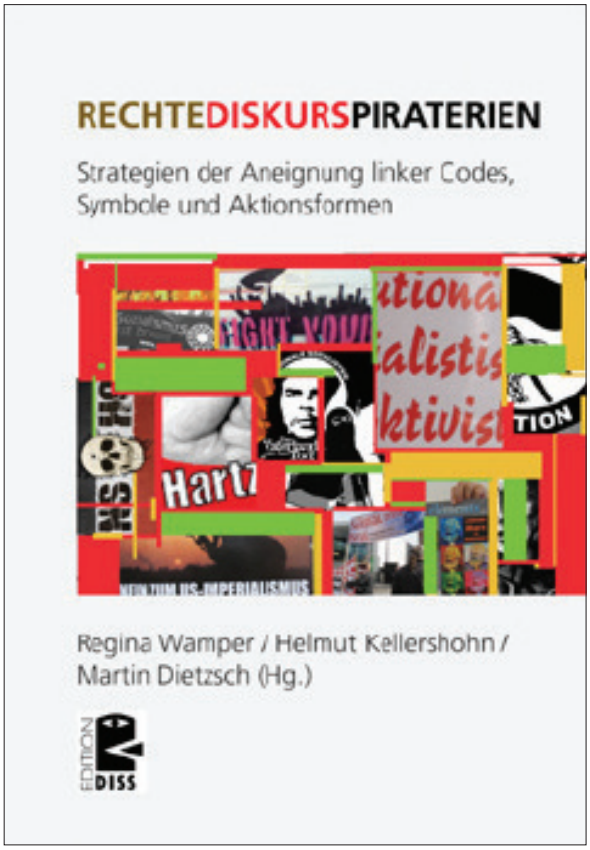
Maarti, Urs 2005: Globale distributive Gerechtigkeit – was heißt: Verteilung? In: Studia Philosophica, Globale Gerechtigkeit und Weltordnung, 64, 103-119.

Nozick, Robert 2006: Anarchie, Staat, Utopia. München.

Rawls, John 1979: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.

Scheer, Hermann 2010: Der energehtische Imperativ Imperativ. 100 Prozent jetzt: Wie der Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München.

Wachtel, Thomas 2011: Das Ende der Selbstverständlichkeiten. Eine neue kulturgeographische Diskursanalyse des Desertec-Projekts im EUMENA-Raum anhand ausgewählter Printmedien. (unveröffentlicht)



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien.
Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen
Edition DISS Band 28
ISBN 978-3-89771-757-2
288 S., 19.80 €

In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Dabei handelt es sich keineswegs mehr nur um ein Steckenpferd der intellektuellen „Neuen Rechten", vielmehr wird dies auch von NPD und militanten Neonazis praktiziert. Im Resultat hat sich die extreme Rechte eine Bandbreite kultureller und ästhetischer Ausdrucksformen angeeignet, indem sie sich am verhassten ‚Vorbild' der Linken abgearbeitet hat. Man könnte auch sagen: Um überzeugender zu wirken, hat sie kulturelle Praktiken und Politikformen der Linken ‚entwendet' – allerdings nicht, ohne sie mit den eigenen Traditionen zu vermitteln.

Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Mit Beiträgen von Renate Bitzan, Martin Dietzsch, Richard Gebhardt, Siegfried Jäger, Christina Kaindl, Sabine Kebir, Helmut Kellershohn, Britta Michelkens, Christoph Schulz, Lenard Suermann, Fabian Virchow, Volker Weiß, Volkmar Woelk und Jens Zimmermann.

Banken okkupieren Occupy: Euro- und Berlin-skeptische Slogans in Frankfurt am 15. Oktober 2011 – als ganzseitige Zeitungsanzeige der Volks- und Raiffeisen-Banken vom 25. Oktober 2011 (SZ)

Kommentar

Freiheit ja! – Gerechtigkeit nein!

Eine Allianz zwischen arabischem Kulturkonservatismus und den Konzernen könnte die Occupy-Bewegung in Bedrängnis bringen.

Von Jobst Paul

In den vorangehenden Beiträgen haben die Verfasser ihre vorläufige Sicht der Dinge mitgeteilt, auch auf die Gefahr hin, von den Entwicklungen überholt zu werden. Ihre Einschätzungen geben – über die mediale Berichterstattung hinaus und ohne repräsentativen Anspruch – weitere Hinweise und Orientierungen, nennen aber auch bereits Kategorien für eine nicht weniger vorläufige, zusammenfassende Analyse.

So scheint sich die Frage des Zusammenhangs zwischen *occupy*-Bewegung[1] und ‚arabischem Frühling' schnell zu erledigen: Weder in Madrid, Athen oder Berlin zielten die Protestbewegungen mit ihren bisherigen Aktionen auf den faktischen Umsturz von politischen Führungen. Wenn für *occupy* die politischen Klassen auch insgesamt am Pranger stehen mögen, so doch wegen ihrer politischen Schwäche gegenüber der Macht ökonomischer Monopole und der Banken. Dies scheint umgekehrt den Wunsch nach starken, nicht-korrupten politisch-demokratischen Institutionen herkömmlicher Art zu implizieren, die soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Dementsprechend hat die *occupy*-Bewegung – als ein aktuelles Ziel – bisher offenbar nirgends die eigene Übernahme von politischer Führungsverantwortung ausgerufen.

Nimmt man den Bericht von Tsomou/Tsianos/Papadopoulos aus Athen zum Maßstab, versucht sie ganz im Gegensatz zur herkömmlichen politischen Theorie, eine alternative Methodik des Demokratischen an sich, vielleicht sogar unter Verzicht auf Regierungen und Parlamente überhaupt anzudenken. Ein programmatischer Verzicht auf Gewalt, dies zeigen zumindest alle gegenwärtigen arabischen Revolutionen, erscheint mit dem revolutionären Sturz herrschender Gewaltregime offenbar unvereinbar.

Ganz in diesem Sinn muss selbstverständlich auffallen, dass die *occupy*-Bewegung für die arabischen Revolutionäre bisher offenbar kein nachhaltiger Bezugspunkt geworden ist. Umgekehrt hat sie (soweit bisher bekannt) für die Aufständischen in Ägypten, in Lybien, im Jemen oder in Syrien keine Unterstützung organisiert, hat mit ihnen auch nicht in einem nennenswerten Austausch über Ziele und Mittel der Umwälzungen gestanden. Eher scheint eine skeptische Herablassung angesichts des offenen Ausgangs der Machtspiele in Tripolis, Kairo und anderswo vorzuherrschen. Mit dem Motto *Zuerst die Menschen, nicht die Finanzen* nahmen Globalisierungskritiker bei einer Großdemonstration im Vorfeld des G-20-Gipfels in Nizza am 1. November 2011 (unter Beteiligung der *occupy*-Bewegung)[2] zwar einen Grundsatz auch der arabischen Linken auf (vgl. Wael Gamal), angesichts der europäischen Finanzturbulenzen spielten aber in den vergangenen Wochen bei *occupy*-Kundgebungen die arabischen Entwicklungen z.B. hinsichtlich der dortigen Rolle der (westlichen) Banken und Konzerne offenbar keine Rolle.

Bleibt also als einzige emotionale und politische Klammer nur die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo als der inspirierende Impuls, der die *occupy*-Bewegung in Gang setzte?

Gewiss nicht. In der Vergangenheit haben alle arabischen Gewalt-Regime und die sie umgebenden korrupten Eliten dem von den Vorzeige-Demokratien des Westens nach innen und außen forcierten Neoliberalismus angeschlossen und dafür den Ausverkauf ihrer Rohstoffe, der Umwelt und von menschlicher Arbeitskraft in Kauf genommen. Die mit der Finanzkrise einhergehende Verarmung ihrer Bevölkerungen provozierte den revolutionären Ausbruch.

Doch unversehens kommen so der – der neoliberalen Doktrin verschriebene – Typus der „oligarchischen Demokratie" des Westens (Tsomou/Tsianos/Papadopoulos) und die Gewaltregime in Nordafrika nebeneinander ins selbe Boot zu sitzen. Die arabischen Revolten haben dieses Resümee mit plötzlicher Evidenz aufblitzen lassen, das die *occupy*-Bewegung nun demonstrativ in die Hauptstädte des Westens, d.h. zu den Heimstätten des „1%", von greed und Blindheit, zurückträgt. Und durchaus konsequent geht damit die polemische Zuschreibung an die politischen Führungen des Westens einher, moralisch nicht besser als die nun weggefegten Gewaltregime in Nordafrika zu sein.

1 Der Begriff steht derzeit für in verschiedenen Ländern jeweils unterschiedlich strukturierte, nicht homogene Bündnisse, die jedoch zumindest auf der Ebene ihrer kritischen Aussagen übereinkommen (dorthin weist auch der Bericht Tsomou/Tsianos/Papadopoulos aus Athen). Nachfolgend verwenden wir den Begriff in diesem Sinn (vgl. auch die nachfolgende Anmerkung).

2 Vertreter der occupy-Bewegung vor allem aus Spanien, aber auch aus den USA und Italien, schlossen sich den insgesamt 40 Initiativen an, darunter attac und Oxfam, die zwischen dem 1. bis 3. November 2011 in Nizza einen Gegengipfel zum G-20-Gipfel in Cannes (4. November 2011) organisierten. Das Bündnis, das seine Proteste monatelang geplant hat, will nicht die Slogans der internationalen occupy-Bewegung benutzen, aber ebenfalls die Strategie der strikten Gewaltlosigkeit verfolgen (vgl. http://www.net-tribune.de/nt/node/71049/news/Demonstranten-versammeln-sich-in-Nizza). Polizeiliche Spezialeinheiten stehen gleichwohl in Warteposition. (http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/g20-frankreich-globalisierungsgegner-2).

Das Bekenntnis der *occupy*-Bewegung zu demonstrativer Gewaltlosigkeit[3] ließe eine solche Aussage allerdings als zahnlos erscheinen – wenn sie sich in dieser Funktion erschöpfte. Naomi Kleins Hinweis, die *occupy*-Bewegung habe einen auf lange Sicht angelegten „Kampf mit den stärksten wirtschaftlichen und politischen Mächten auf dem Planeten" aufgenommen, lässt das Postulat der Gewaltlosigkeit als Ausfluss taktischer Klugheit erscheinen und unterstreicht, dass die jeweiligen politischen Führungen im *occupy*-Kalkül nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Mit der unmittelbaren Konfrontation und Adressierung der westlichen Finanzzentren, deren claims im arabischen Frühling durchaus zur Disposition stehen, ist die *occupy*-Bewegung faktisch den arabischen Revolten mit einer Entlastungsaktion zu Hilfe gekommen. Sie hat zugleich den Moment der bisher größten Evidenz des weltweiten Scherbenhaufens genutzt, um auch sich selbst als künftigen global player, vor allem aber die neue Form ihres Widerstands zu etablieren: die Rückeroberung der Zeit gegenüber der Strategie der Krise und Überstürzung durch die korporative Macht, aber auch gegenüber dem medialen Stakkato der Stereotypen.

Insofern besteht – wie Slavoj Zizek in der SZ vom 27. Oktober 2011 meint – über den Weg einer neuen Protestkultur des Schweigens und der „Verweigerung des Dialogs" durchaus die Chance für „ein Vakuum im Feld der vorherrschenden Ideologie", mithin für einen noch unbekannten Sog, den man „vom pragmatischen Feld der Verhandlungen und der ‚realistischen' Vorschläge" allerdings ebenso freihalten sollte, wie von Stirnbändern: Niemand kann derzeit wissen, ob die *occupy*-Bewegung mit der „Linke(n) der westlichen Welt" identisch ist und sich uniform der ‚Abschaffung des Kapitalismus' verschrieben hat.[4]

Dazu reflektiert *occupy* zu sehr die Befindlichkeiten des durch materielle Enteignung tief getroffenen Mittelstands in den USA, in Israel und in Europa, der somit als hauptsächlicher Resonanzboden der Bewegung gelten kann. Doch *occupy* ist auch ein Protest gegen das über viele Jahre verlautbarte neoliberale Diktat an die Jugend, das in Deutschland einst Roman Herzog in eine Ruck-Rede packte: sich eiligst auszubilden, sich extremst zu qualifizieren, ubiquitär verfügbar zu sein und sich selbst möglichst ganz zu vergessen: Es ist kaum etwas geworden aus den versprochenen Spitzenjobs für alle, und was man der Jugend einst als millionenfache Erweckung von Innovationsgeist und intellektueller Frische anpries, hat sich für junge Intellektuelle in Europa in den geradezu obrigkeitsstaatlichen Muff von Bologna und für die jungen Bildungsschichten in den arabischen Staaten in ausgeplünderte Volkswirtschaften verwandelt. Vielleicht deutet sich hier eine Interessen-Allianz der gut ausgebildeten jungen Generationen[5] in Europa und im Mittelmeerraum an, über die auch kleinschrittige und naive Anfänge[6] oder gar ostentative Harmlosigkeit[7] nicht hinweg täuschen sollten.

Darüber hinaus scheint die westliche *occupy*-Bewegung keineswegs planlos und unvorbereitet zu agieren. Sie reflektiert selbstkritisch die Vorgeschichte harter Anti-Globalisierungstreffen und ihrer jeweils nationalen Protestkultur und stützt sich auch auf Berater und Vordenker zwischen Athen, Madrid und New York.

In einem bemerkenswerten Artikel unterstreicht Jörg Häntzschel (SZ, 22./ 23. Oktober 2011), dass sich *occupy* in den USA außerhalb der Protestbewegungen der letzten 45 Jahre ansiedle und sogar die Kampagnenform pro Obama nicht mehr weiterverfolge, da Obama die Bewegung nur instrumentalisiert habe. Das neue Konzept der Selbstorganisation ohne Sprecher, Hierarchien etc. orientiere sich an den Erkenntnissen David Graeber's[8] in seinem Werk *Direct Action: An Ethnography* (2009). Darin analysiert der Autor, der schon im Juli und August an *occupy*-Treffen in East Village/Manhattan teilnahm[9], die neuen gruppendynamischen Aktionsformen, die er während der vergangenen Jahre bei militanten

3 Am 15. Oktober 2011 kam es in Rom dennoch zu Gewaltaktionen, für die jedoch nicht die *occupy*-Bewegung verantwortlich gemacht wurde (vgl. http://www.tagesschau.de/ausland/ausschreitungenrom100.html).

4 Der Wettlauf, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, hat bereits begonnen. So inszenieren sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken in ganzseitigen Zeitungsannoncen selbst als Demo-Teilnehmer und suchen so *occupy* ihrerseits zu okkupieren (siehe Abbildung S. 34), während der Vatikan in der Person Kardinal Peter Turkson's, des Leiters des *Päpstlichen Rats für Gerechtigkeit und Frieden*, eilig eine Schrift vorlegte mit dem Titel: *Für eine Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems im Hinblick auf eine öffentliche Autorität mit universalen Kompetenzen* (*Gott gegen das System*, in: SZ, 24. Oktober 2011). Nach Aussage Turksons entspreche die Schrift weitgehend den Forderungen der *occupy*-Bewegung. Tatsächlich aber wiederholt sie lediglich Grundpositionen der Enzyklika *Caritas in Veritate* (2009), die an Systemkonformität schwerlich überboten werden kann (vgl. Jobst Paul, *Der alte Himmel und die alte Erde. Die Enzyklika Caritas in Veritate empfiehlt die Marktwirtschaft und das gemütliche Jenseits*. In: DISS-Journal 18/2009).

5 Christiane Schlötzer (SZ, 25. Oktober 2011) berichtet allerdings aus Griechenland, dass sich am basisdemokratischen Aufbruch - über die Köpfe der bisherigen Parteien hinweg - nicht nur linke, sondern auch bürgerliche, der Mitte angehörige Schichten mit parteiähnlichen Gründungen beteiligen, zum Beispiel Unternehmer, Rechtsanwälte und Professoren.

6 Nach Moritz Koch (SZ, 28. Oktober 2011) sind unvermutete Eskalationen möglich. So geht z.B. die Protestbewegung in Oakland – nach der schweren Verletzung eines Demonstranten – bereits in eine kritische Phase über. Nachdem Polizeikräfte immer mehr zu Räumungen übergehen und auch Anwohner zu Feinden werden, drohen Straßenschlachten. Eine Schlagzeile vom 20. Oktober 2011 zur Lage in Athen - In Athen liegen die Steine bereits auf der Strasse – deutet in dieselbe Richtung (http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/10/20/International/Krise-im-Euro-Land/In-Athen-liegen-die-Steine-bereits-auf-der-Strasse). Der dann wieder verworfene Beschluss des griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou vom 1. November 2011, das neueste Finanzrettungspaket der EU der griechischen Bevölkerung in einem Referendum vorzulegen, (http://www.welt.de/politik/ausland/article13693158/Papandreou-pocht-auf-Athens-demokratische-Tradition.html) kann als Versuch gewertet werden, im letzten Moment die Legitimation der gesamten politischen Klasse Griechenlands doch noch zu retten. Am Vortag, den 31. Oktober 2011, hatte es in Athen gewaltsame Demonstrationen gegen das EU-Paket gegeben (http://www.occupiedlondon.org/blog/).

7 „Erneut wollen heute um 12.30 Uhr Kapitalismus-Kritiker in Berlin auf die Straße gehen und gegen die Macht der Banken demonstrieren. Die Aktion beginnt um 12.30 Uhr am Neptunbrunnen vor dem Berliner Rathaus. Die Demonstranten wollen dann über die Karl-Liebknecht-Straße, die Torstraße und die Friedrichstraße bis in die Nähe des Reichstages ziehen. Es könne zu Verkehrsbehinderungen kommen, sagte ein Polizeisprecher. Die Veranstalter rechnen mit 700 Teilnehmern." Ankündigung einer Occupy-Demo in einer Berliner Stadtteilzeitung, danach auch in Die Welt (Online-Ausgabe) vom 29. Oktober 2011.

8 London, Goldsmith College. Er ist auch Verfasser von *Toward An Anthropological Theory of Value: The False Coin of Our Own Dreams* (2001), *Fragments of an Anarchist Anthropology* (2006), *Lost People: Magic and the Legacy of Slavery in Madagascar* (2007).

9 Nach Häntzschel nahmen auch spanische und griechische Vertreter an Sitzungen der *general assembly* in New York teil.

Massenprotesten beobachtet hatte.

Von Einfluss sind danach auch die Analysen von Antonio Negri und Michael Hardt (Empire), die Hacker-Gruppe Anonymous, das Manifest *Der kommende Aufstand / L'insurrection qui vient* und ein Aufsatz von Joseph Steglitz im Mai-Heft von Vanity Fair (*Of the 1%, by the 1%, for the 1%*), der insbesondere der amerikanischen occupy-Bewegung das Motto gab.

Doch wie sieht es auf der Seite der erfolgreichen arabischen Revolutionsstaaten aus? Werden sie sich zu Speerspitzen gegen die Macht der westlichen Zentralbanken entwickeln – und damit ihrerseits der *occupy*-Bewegung zuarbeiten? Werden sie ihre Volkswirtschaften aus dem Zugriff internationaler Konzerne und fremder Regierungen befreien können, um jeweils eigene Systeme von Produktion und Distribution entwickeln zu können? Werden sich die strikten, aber doch reformorientierten Konzepte, die in unseren Beiträgen zur Lage in Ägypten konkretisiert werden, durchsetzen?

Glaubt man Vertretern einer eher ‚realpolitischen' Sicht (FAZ, 28. Oktober 2011, S. 14), so verschleppt insbesondere der ägyptische Militärrat die überfälligen Reformen im Wirtschaftsbereich und spielt trotz des wirtschaftlichen Stillstands auf Zeit. Das Land stecke – so die Einschätzung weiter – mitten in einer Finanzkrise, lehne aber Verhandlungen mit dem IWF ab. 60 % aller Arbeitslosen in Ägypten und Syrien sind danach zwischen 15 und 24 Jahre alt, wobei jedes Jahr 700.000 Ägypter mehr auf den Arbeitsmarkt strömen. Da die ägyptische Wirtschaft aus eigener Kraft keine international konkurrenzfähige Wertschöpfung betreiben könne, sei eine soziale Krise absehbar, die nur durch eine massenhafte Selbstständigkeit nomineller Kleinunternehmer gedämpft werden könne.

Derweil zeichnet sich unter den erheblich komfortableren Verhältnissen in Tunesien und unmittelbar nach den dortigen Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung das für den arabischen Raum wahrscheinlich insgesamt maßgebliche Modell einer Arbeitsteilung ab, auf die wohl auch der ägyptische Militärrat spekuliert: Während auch in Tunesien die Revolution von der Mitte der verarmten Bevölkerung ausging und schließlich in die ordnenden Hände von Intellektuellen überging, werden nun in der Mehrheit Vertreter der islamischen, religiös-kulturkonservativen En Nahda die tunesische Verfassung konzipieren.

Gewiss – der vermutliche Übergangsregierungschef Hamad Jebali hat bereits eine Garantie aller bürgerlichen Freiheitsrechte ausgesprochen und damit die freiheitliche Tradition Tunesiens unterstrichen (Sonja Zekri, SZ vom 28. Oktober 2011, S. 8). Es gibt jedoch noch einen ganz anderen Grund, die ‚islamistische' Gefahr in Tunesien und darüber hinaus für sehr unwahrscheinlich zu halten: Jebali hat auch Einschränkungen im Bereich der Wirtschaft abgelehnt. Islamische Banken werde es nicht geben, meinte er, schließlich sei man aufs engste mit Europa verflochten. Zuvor hatte sich bereits der En Nahda-Gründer Rachid Ghanouchi (SZ vom 25. Oktober 2011) entsprechend des Beispiels der Türkei für eine Vereinbarkeit von Islam und Modernität, d.h. von Islam und Wirtschaftsboom ausgesprochen. Und noch während die Kämpfe anhielten, kam es zu Audienzen des Chefs des libyschen Übergangsrates, Mustafa Abdel Dschalil, für westliche Staatschefs und hohe Diplomaten, um künftige Kooperationen abzusprechen.

Man wird es dem Mittelstand der arabischen Staaten nicht verdenken dürfen, in die Fußstapfen anderer, z.B. europäisch-kulturkonservativer, hierzulande z.B. christlicher Parteien zu treten, deren Leitidee in der Regel der eigene Wohlstand und damit auch der Pakt mit Großindustrie und Finanzmärkten war. Anders würde sich nicht erschließen, was christliche Parteien hierzulande über Jahrzehnte hinweg an der Atomenergie fanden. Und so scheinen die arabischen Revolutionen ganz in abendländischer Logik auf die Gewährung bürgerlicher Freiheiten, aber auf die Vertagung der gerechten Gesellschaft hinauszulaufen.

Wenn Revolution im Sinn der *revolving doors* bedeutet, dass einer (die Oligarchen, die Gewaltherrscher) den Platz räumt, um ihn einem anderen (dem durch Wahlen legitimierten Mittelstand) zu überlassen, so hat ein anderes arabisches Land all dies, unter dem Eindruck der Ereignisse nebenan und ganz ohne Revolution, bzw. in einer Revolution von oben, schon hinter sich (vgl. FAZ vom 28. Oktober 2011, S. 10):

Mohammed VI., König von Marokko, legte bereits im März ein Referendum zur Einführung einer parlamentarischen Monarchie auf, das am 1. Juli 2011 ein überzeugendes Mehrheitsvotum der Bevölkerung erhielt. Für den 25. November 2011 sind bereits vorgezogene Parlamentswahlen angekündigt.

Damit ist es dem König gelungen, sich sozusagen als Nachfolger seiner selbst zu etablieren, sich an die Spitze der Reformpolitik zu setzen und der ‚Bewegung der Empörten', die sich auch in Marokko gegen die hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zur Wehr setzt, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch seine Eile, die Versöhnung von Islam und Modernität, von religiösem Duktus und weltwirtschaftlichem Denken zu institutionalisieren, hat nicht nur mit der Machterhaltung des Herrscherhauses zu tun.

Vielmehr winkt Mohammed VI. und dem Königreich Marokko eine stattliche Anerkennung: Zwei Jahre nach ihrer Gründung wird die Planungsgesellschaft *Desertec Industrial Initiative* (DII) in Marokko im Jahr 2012 mit dem Bau eines Pilotkraftwerks zur Produktion von Wüstensolarstrom (500 Megawatt) mit Investitionen von bis zu zwei Milliarden Euro beginnen. Der erste Strom soll 2014, spätestens 2016, in lokale und europäische Netze fließen. Ziel ist (bis 2050) die Abdeckung von 15 % des europäischen Strombedarfs.

Nach Aussage der DII-Chefstrategin, Aglaia Wieland, hat der ‚Arabische Frühling' das Vorhaben sogar beflügelt. Die Revolutionen hätten den Bedarf an größerer wirtschaftlicher Stabilität in der Region und damit an mehr Energie gezeigt. DII dürfe allerdings nicht in den Verdacht des Neokolonialismus geraten. Dem sollen die „intensiven Kontakte zu unseren afrikanischen [sic!] Partnern" entgegenarbeiten. In diesem Sinn eröffnet DII nun auch Büros in Tunis und Rabat. Wenn man es schaffe, so Wieland, „die Volkswirtschaften dort zu stabilisieren, müssten junge Leute nicht mehr ihr Leben riskieren und im Schlauchboot nach Europa kommen."[10]

Sollte die Lesart zutreffen, dass die arabischen Revolutionen zur Freiheit führen sollen - zur Freiheit der dortigen mittelständischen Eliten, sich wie ihre europäischen und nicht zuletzt deutschen Gegenparts am Kuchen einer an Gerechtigkeit uninteressierten Weltwirtschaft ‚wie gehabt' zu beteiligen, dann hat die westliche *occupy*-Bewegung ein zusätzliches Problem, vielleicht aber auch eine potenzielle Unterstützer-Fraktion mehr: die Fraktion der intellektuellen Organisatoren der arabischen Revolten, deren Erfolg und Arbeit vereinnahmt und kassiert wurde. Von daher hat die *occupy*-Bewegung gute Gründe, sich stärker als bisher jenem ‚arabischen Frühling' zuzuwenden, auf den sie sich legitimierend berufen hat.

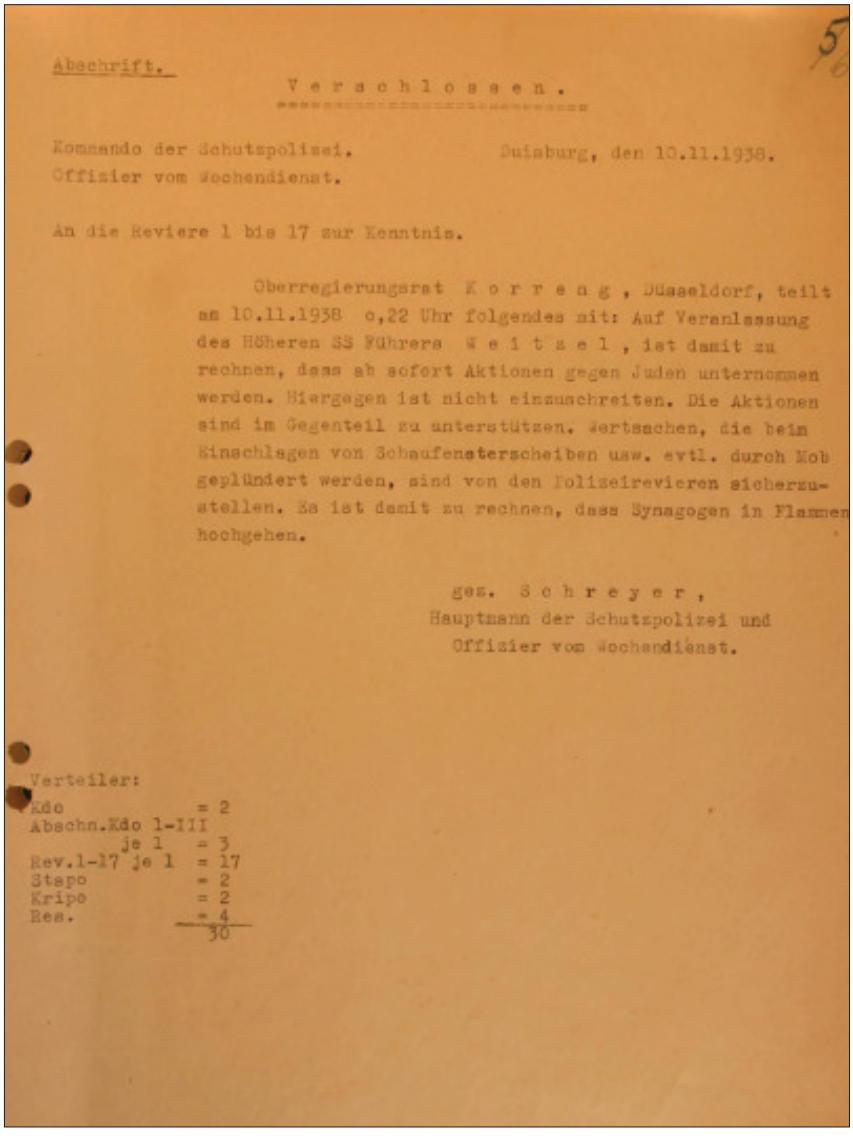
10 Vgl. DIE ZEIT, 29.9.2011 Nr. 40: Zur Sonne, zur Freiheit. Die Chefstrategin des Wüstenstrom-Projekts DESERTEC, Aglaia Wieland, hat sich einer großen Idee verschrieben.

Das Novemberpogrom1938 in Duisburg

Von Robin Heun

In der Antisemitismusforschung gelten Vorgeschichte, Ereignisse und Nachwirkungen der November-Pogrome als gut erforschte Phase der Verfolgungsgeschichte der Juden. Für zahlreiche Städte wurden in den vergangenen Jahren Regionalstudien angefertigt, in denen die lokalen Pogromausschreitungen aufgearbeitet, analysiert und rekonstruiert wurden. Für die Ruhrgebietsmetropole Duisburg existiert bisher noch keine vergleichbare Veröffentlichung.

Wer sich über die Ereignisse des Pogroms in Duisburg informieren möchte und sich mit den Gedenktafeln, die an die niedergebrannten Synagogen erinnern, nicht zufrieden gibt, der muss die wenigen Bücher, die sich mit Duisburg in der NS-Zeit beschäftigen, durchforsten und sich selbst auf die Suche nach geeigneten Quellenmaterial begeben. Dann wird man allerdings fündig. Im Duisburger Stadtarchiv befindet sich z.B. unter der Signatur „StA Duisburg – 306/253“ eine Polizeiakte, die über 34 Schriftstücke enthält, die sich auf die gewaltvollen Ausschreitungen des 10. und 11. Novembers beziehen. Diese Polizeidokumente geben einen aufschlussreichen Einblick in die Geschehnisse des Novemberpogroms in der Stadt Duisburg. Sie verdeutlichen, wie sich die Polizei während des Pogroms verhielt und sie belegen, dass die „Aktionen gegen die Juden“ – so die Bezeichnung der Pogromausschreitungen im Nazi-Jargon – von zentralen Parteistellen aus organisiert wurden.



Abschrift.

Verschlossen.

Kommando der Schutzpolizei. Duisburg, den 10.11.1938.
Offizier vom Wochendienst.

An die Reviere 1 bis 17 zur Kenntnis.

Oberregierungsrat K o r r e n g , Düsseldorf, teilt am 10.11.1938 0,22 Uhr folgendes mit: Auf Veranlassung des Höheren SS Führers W e i t z e l , ist damit zu rechnen, dass ab sofort Aktionen gegen Juden unternommen werden. Hiergegen ist nicht einzuschreiten. Die Aktionen sind im Gegenteil zu unterstützen. Wertsachen, die beim Einschlagen von Schaufensterscheiben usw. evtl. durch Mob geplündert werden, sind von den Polizeirevieren sicherzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass Synagogen in Flammen hochgehen.

gez. S c h r e y e r ,
Hauptmann der Schutzpolizei und
Offizier vom Wochendienst.

Verteiler:
Kdo = 2
Abschn.Kdo 1-III je 1 = 3
Rev.1-17 je 1 = 17
Stapo = 2
Kripo = 2
Res. = 4
30

Die Duisburger Polizei erhält Anweisungen…

In der Nacht zum 10. November wurde der Duisburger Polizei vom Oberregierungsrat August Korreng (Polizeipräsidium Düsseldorf) um 0.22 Uhr folgendes mitgeteilt:

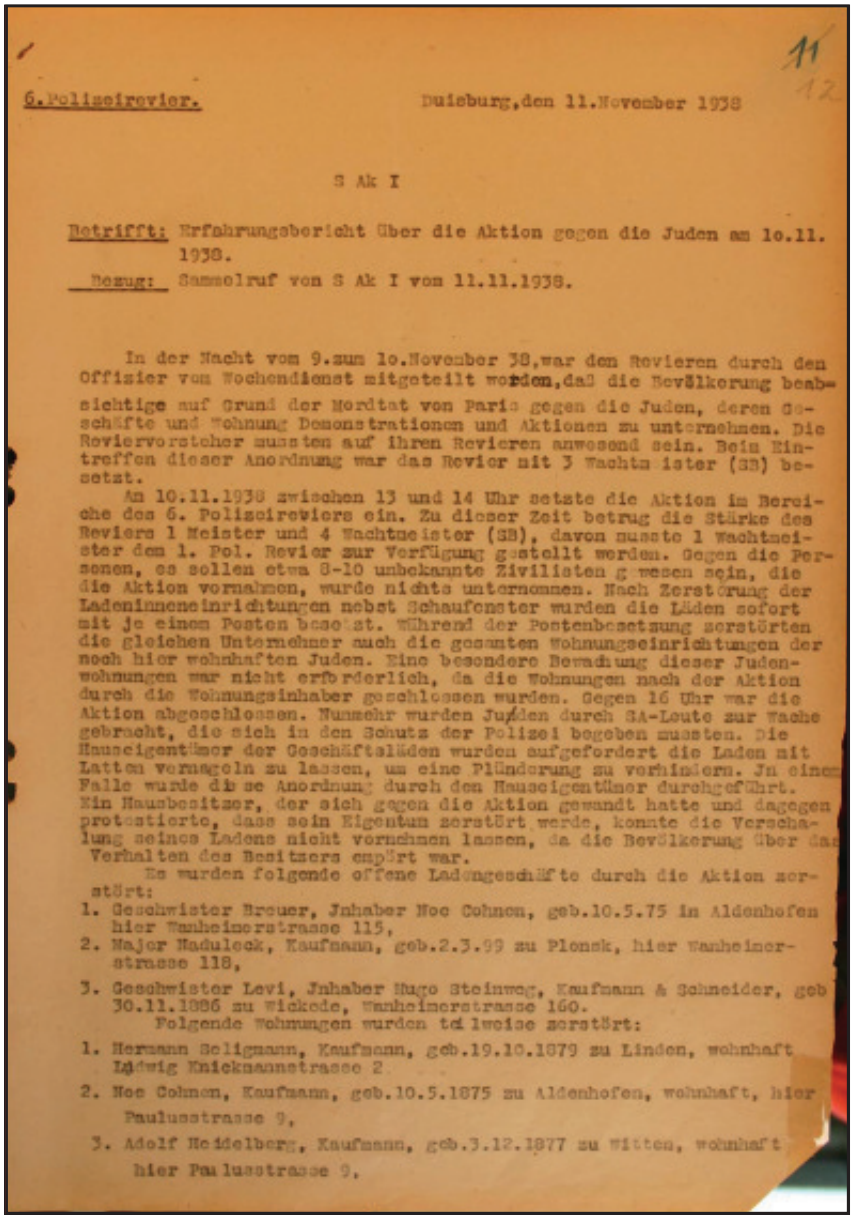
„Auf Veranlassung des Höheren SS Führers Weitzel, ist damit zu rechnen, dass ab sofort Aktionen gegen Juden unternommen werden. Hiergegen ist nicht einzuschreiten. Die Aktionen sind im Gegenteil zu unterstützen. Wertsachen, die beim Einschlagen von Schaufensterscheiben usw. evtl. durch Mop geplündert werden, sind von den Polizeirevieren sicherzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass Synagogen in Flammen hochgehen.“[1]

Von München aus wurde Joseph Goebbels Pogromaufruf telefonisch durch SA-Führer, Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP, Bürgermeister und andere Funktionäre weiter getragen. Parallel dazu versendete Heinrich Müller, *Chef der Gestapo-Abteilung für Regimegegner, von* Berlin aus um 23.55 Uhr ein geheimes Blitzfernschreiben an sämtliche Gestapodienststellen. Es enthielt Anweisungen bezüglich der „Aktion gegen Juden“. Die um 0.22 Uhr

1 StA Duisburg – 306/253, Bl. 6.

in Duisburg eingetroffene Nachricht ist mit dem ersten Absatz dieses Fernschreibens identisch. Reinhard Heydrich, Leiter der Sicherheitspolizei und des SD, präzisierte Müllers Mitteilung mit einem weiteren Fernschreiben, das er um 1.20 Uhr von München aus versendete. Gegen 3.50 Uhr erhielt die Duisburger Polizei eine telefonische Mitteilung von der Gestapo Düsseldorf. Der Duisburger Polizei wurden konkrete Handlungsanweisungen mitgeteilt. Bei diesen Anweisungen handelt es sich um insgesamt sieben Instruktionen, die vom „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei" – also von Heinrich Himmler – für die Polizei vorgesehen waren. Vergleicht man die telefonische Mitteilung mit Heydrichs Fernschreiben, dann wird deutlich, dass dieses wortwörtlich übermittelt wurde. Der angegebene Betreff „Maßnahmen gegen Juden" lässt bereits erahnen, wohin die Reise geht. Anschließend wird folgendermaßen in die ‚nachtpolitische' Materie eingeleitet: „Im Laufe der heutigen Nacht zum 10. 11. 38 sind im ganzen Reich Demonstrationen gegen Juden zu erwarten". Die weiteren Ausführungen dieses Dokuments belegen, in welchem Umfang die Polizei in die Organisation des Pogroms eingebunden wurde. Es wurde explizit angeordnet, dass die Polizei nicht gegen die Pogromtäter vorgehen sollte, es sei denn, es bestünde ein Verdacht auf Plünderung. „Geschäfte und Wohnungen dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden"; ebenso sollten „Synagogenbrände nur wenn keine Brandgefahr für die Umgebung" besteht, zugelassen werden. Eine weitere Aufgabe bestand darin, „in allen Bezirken so viele Juden, insbesondere wohlhabende Juden festzunehmen als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können". Wie die Duisburger Polizeibeamten mit den Anweisungen umgingen, geht dann aus den polizeiinternen „Erfahrungsberichten über die Aktion gegen die Juden" hervor. Daraus wird deutlich, dass die Polizei nicht versuchte, die Täter zu ermitteln. Auch versuchte sie nicht, den Opfern zu helfen, vielmehr versiegelte sie die Wohnungen oder das Ladenlokal und bewachte es. Dies ist dem Erfahrungsbericht des 6. Polizeireviers zu entnehmen:

„Gegen die Personen, es sollen etwa 8-10 unbekannte Zivilisten gewesen sein, die die Aktionen vornahmen, wurde nichts unternommen". „Nach Zerstörung der Ladeneinrichtungen […] wurden die Läden sofort mit je einem Posten besetzt. Während der Postenbesetzung zerstörten die gleichen Unternehmer auch die gesamten Wohnungseinrichtungen der noch hier wohnenden Juden." [2]



6. Polizeirevier. Duisburg, den 11. November 1938

S Ak I

Betrifft: Erfahrungsbericht über die Aktion gegen die Juden am 10.11. 1938.

Bezug: Sammelruf von S Ak I vom 11.11.1938.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 38, war den Revieren durch den Offizier vom Wachdienst mitgeteilt worden, daß die Bevölkerung beabsichtige auf Grund der Mordtat von Paris gegen die Juden, deren Geschäfte und Wohnung Demonstrationen und Aktionen zu unternehmen. Die Reviervorsteher mussten auf ihren Revieren anwesend sein. Beim Eintreffen dieser Anordnung war das Revier mit 3 Wachtmeister (SB) besetzt.

Am 10.11.1938 zwischen 13 und 14 Uhr setzte die Aktion im Bereiche des 6. Polizeireviers ein. Zu dieser Zeit betrug die Stärke des Reviers 1 Meister und 4 Wachtmeister (SB), davon musste 1 Wachtmeister dem 1. Pol. Revier zur Verfügung gestellt werden. Gegen die Personen, es sollen etwa 8-10 unbekannte Zivilisten gewesen sein, die die Aktion vornahmen, wurde nichts unternommen. Nach Zerstörung der Ladeninneneinrichtungen nebst Schaufenster wurden die Läden sofort mit je einen Posten besetzt. Während der Postenbesetzung zerstörten die gleichen Unternehmer auch die gesamten Wohnungseinrichtungen der noch hier wohnhaften Juden. Eine besondere Bewachung dieser Judenwohnungen war nicht erforderlich, da die Wohnungen nach der Aktion durch die Wohnungsinhaber geschlossen wurden. Gegen 16 Uhr war die Aktion abgeschlossen. Nunmehr wurden Juden durch SA-Leute zur Wache gebracht, die sich in den Schutz der Polizei begeben mussten. Die Hauseigentümer der Geschäftsläden wurden aufgefordert die Laden mit Latten vernageln zu lassen, um eine Plünderung zu verhindern. In einen Falle wurde diese Anordnung durch den Hauseigentümer durchgeführt. Ein Hausbesitzer, der sich gegen die Aktion gewandt hatte und dagegen protestierte, dass sein Eigentum zerstört werde, konnte die Verschalung seines Ladens nicht vornehmen lassen, da die Bevölkerung über das Verhalten des Besitzers empört war.

Es wurden folgende offene Ladengeschäfte durch die Aktion zerstört:

1. Geschwister Breuer, Inhaber Noe Cohnen, geb. 10.5.75 in Aldenhofen hier Wanheimerstrasse 115,
2. Major Madulock, Kaufmann, geb. 2.3.99 zu Plonsk, hier Wanheimerstrasse 118,
3. Geschwister Levi, Inhaber Hugo Steinweg, Kaufmann & Schneider, geb 30.11.1886 zu Wickede, Wanheimerstrasse 160.

Folgende Wohnungen wurden teilweise zerstört:

1. Hermann Seligmann, Kaufmann, geb. 19.10.1879 zu Linden, wohnhaft Ludwig Knicknannstrasse 2
2. Noe Cohnen, Kaufmann, geb. 10.5.1875 zu Aldenhofen, wohnhaft, hier Paulusstrasse 9,
3. Adolf Heidelberg, Kaufmann, geb. 3.12.1877 zu Witten, wohnhaft hier Paulusstrasse 9,

Aus dem Bericht des Polizeireviers 16 geht hervor, dass sowohl die Schutzpolizei als auch die Kriminalpolizei am Raub des jüdischen Eigentums beteiligt war:

„Befehlsgemäß wurden die genannten Geschäfte – Privatwohnungen ausgenommen – polizeilich gesichert. Geschäftshauptbücher sowie Bargeld der Firma Berger u. Co wurden der Stapo mit Sonder-Bericht übergeben."[3]

Außerdem wurden jüdische Mitbürger, oftmals mit Hilfe von SA-Männern, festgenommen und dem Polizeigefängnis „zugeführt". In einem Fall wurden dann zwei von der Polizei festgenommene Juden nach Rücksprache mit der Stapo (Nebenstelle Hamborn) wieder aus dem Polizeigefängnis entlassen. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass es sich bei den beiden Männern „um unbemittelte Personen handelte"[4] Hier hatte sich die Polizei also nicht an die Anweisung gehalten, „insbesondere wohlhabende Juden fest-

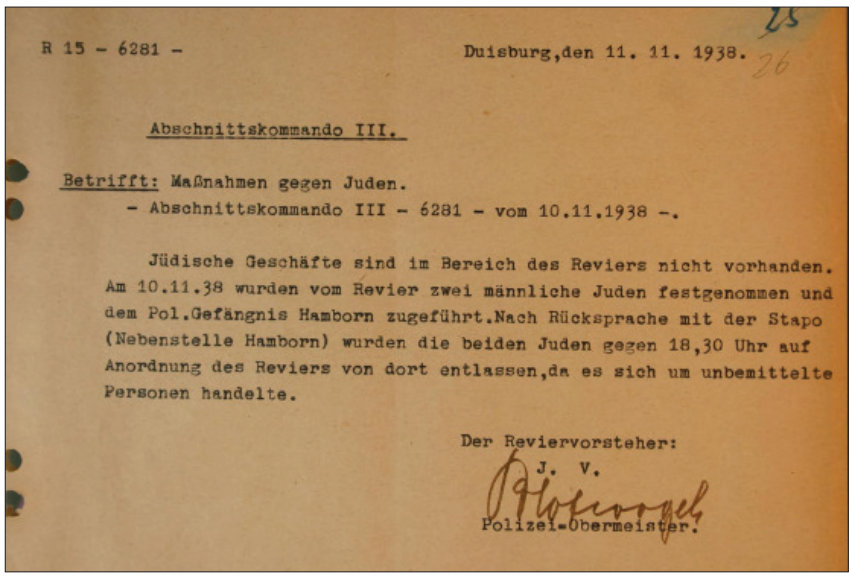
2 StA Duisburg – 306/253, Bericht des 9. Polizei Reviers, Bl 12.

3 StA Duisburg – 306/253, Bericht des 16. Polizeireviers, Bl. 27.

4 StA Duisburg – 306/253, Bericht des 15. Polizeireviers, Bl. 26.

Martin Dietzsch / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Alfred Schobert
Nation statt Demokratie
Sein und Design der »Jungen Freiheit«
Edition DISS Bd. 4
246 S., 16 €
Die Analyse zeigt, dass sich das Blatt – mal getarnt, mal mit offenen Visier – im rechten Grenzraum des Verfassungsbogens bewegt und dadurch intellektuelle Aufrüstung gegen eine moderne demokratische Gesellschaft betreibt.

K. Holz / H. Kaufmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Bd. 22
184 S., 22 €
Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



R 15 - 6281 - Duisburg,den 11. 11. 1938.

Abschnittskommando III.

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden.
- Abschnittskommando III - 6281 - vom 10.11.1938 -.

Jüdische Geschäfte sind im Bereich des Reviers nicht vorhanden. Am 10.11.38 wurden vom Revier zwei männliche Juden festgenommen und dem Pol.Gefängnis Hamborn zugeführt.Nach Rücksprache mit der Stapo (Nebenstelle Hamborn) wurden die beiden Juden gegen 18,30 Uhr auf Anordnung des Reviers von dort entlassen,da es sich um unbemittelte Personen handelte.

Der Reviervorsteher:
J. V.
Polizei-Obermeister.

zunehmen". Die Polizei war über die Planung des Pogroms informiert und in die Durchführung involviert, sie war Herrschaftsinstrument des NS-Staats. Doch wer waren die „unbekannten Zivilisten", die letztendlich die Wohnungen, die Ladenlokale und Synagogen verwüstet, zerstört und niedergebrannt haben? In der NS-Forschung wird davon ausgegangen, dass die Täter des Novemberpogroms überwiegend in Zivil agierende SA-Männer und Angehörige anderer Parteigliederungen wie NSKK und Hitlerjugend waren. Der Duisburger Historiker Ludger Heid bestätigt, dass auch in Duisburg die SA bei den Übergriffen dominierte. In diesem Zusammenhang erscheint es besonders skurril, dass die Polizei bei sämtlichen Einsätzen von Einheiten der SA unterstützt wurde. Bezüglich der Herkunft der Täter hebt ein Augenzeugenbericht hervor, dass es teilweise keine Duisburger waren, sondern dass sie aus taktischen Gründen extra aus Dortmund anreisten. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Täter mit sorgfältig angefertigten Adresslisten ausgestattet waren und bei den Übergriffen stark unter Alkoholeinfluss standen.[5] Im Zuge des Pogroms wurden in Duisburg so wie in anderen Städten auch die Synagogen in Duisburg-Mitte, Duisburg-Ruhrort und Duisburg-Hamborn niedergebrannt. Auch wurde die Inneneinrichtung des jüdischen Gemeindehauses zerstört. Es wurde eine jüdische Schule verwüstet und ausgeplündert. Mindestens 40 Wohnungen und 40 jüdische Geschäfte wurden überfallen, verwüstet oder sogar vollständig zerstört. Am 10. November wurde gegen 10:00 Uhr der Geschäftsmann Ludwig Leiser Windmann vor seinem Geschäft auf dem Sonnenwall 72 von SA-Männern vor den Augen seines Enkels brutal bis zur Bewusstlosigkeit niedergeschlagen. Acht Tage später verstarb das Opfer an den Folgen der schweren Misshandlungen. Von den Bränden und Zerstörungen blieben selbst die Toten nicht verschont. Am 11. November wurde auf dem jüdischen Friedhof in Duisburg-Beeck durch einen Brandanschlag die Leichenhalle vollständig zerstört.

Die an dieser Stelle exemplarisch geschilderten Pogromausschreitungen waren für die jüdischen Mitbürger Duisburgs äußerst verheerend. Für sie hatte der sowieso schon ausgehöhlte Rechtsstaat endgültig aufgehört zu existieren. Damit sich interessierte Bürger, Lehrerinnen, Schülerinnen und Studierende über den Verlauf des Novemberpogroms 1938 in Duisburg informieren können, sollten alle bereits vorhandenen Erkenntnisse aufgegriffen und um nicht genutzte Quellenbestände erweitert werden, um eine Buchveröffentlichung zum Thema voranzubringen.[6]

5 Barkow, Ben (2008): Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London/Frankfurt am Main: Jüdischer Verl. im Suhrkamp-Verlag, S. 357-361.

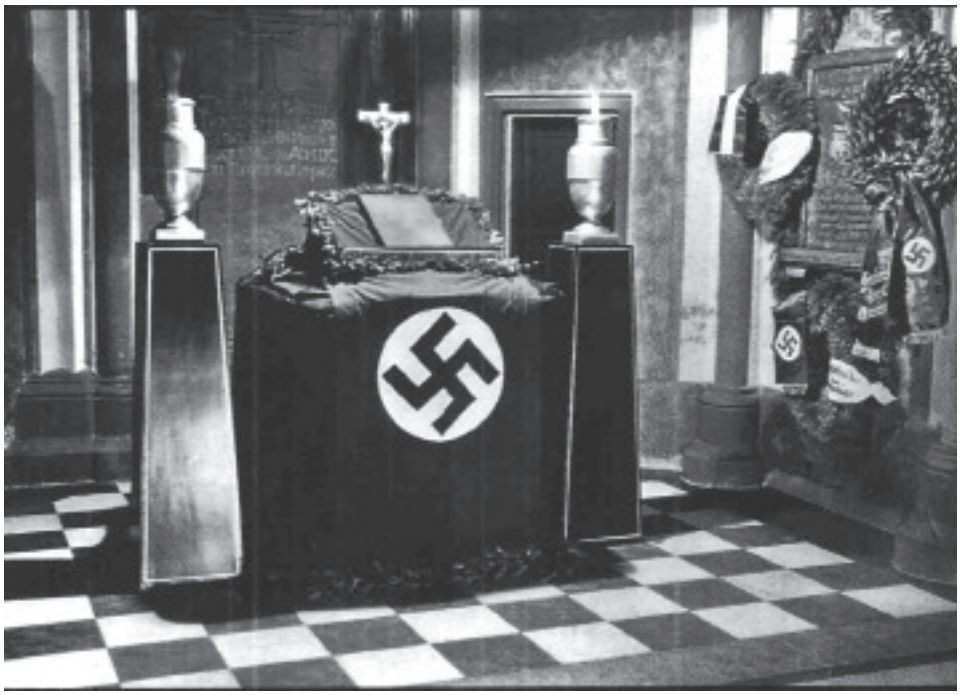
6 Die Regionalstudie zum Novemberpogrom 1938 in Duisburg von Robin Heun ist auf dem DISS-Blog (http://www.disskursiv.de/) veröffentlicht.

Zu einem geplanten Forschungsprojekt:

Die Darstellung von Juden und Judentum in deutschen fundamentalistisch christlichen Publikationen

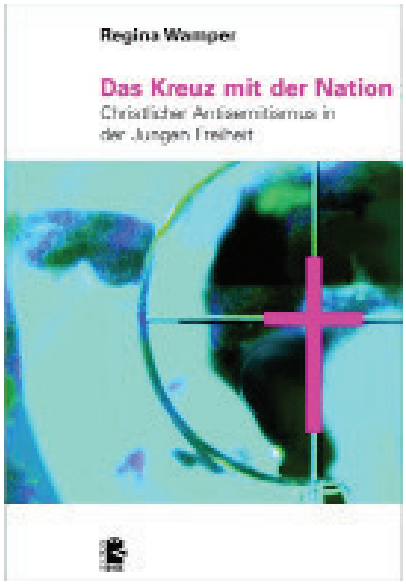
Von Martin Dietzsch und Regina Wamper

Einer der ältesten Ausgrenzungs- und Herrschaftsdiskurse Europas ist der Antisemitismus. In Deutschland tritt er heute vorwiegend als sekundärer Antisemitismus auf, bei dem sich Judenfeindschaft nicht trotz, sondern wegen der Shoah artikuliert. Die Frage, wie ein christlicher Antisemitismus weiter wirkt und wie er sich mit heutigem Antisemitismus verbindet, ist in der derzeitigen Antisemitismusforschung weitgehend ungeklärt. Wie relevant und wirkmächtig sind heute christliche antisemitische Kreise? Gibt es Kontakte zwischen solchen Gruppierungen und der politischen extremen Rechten? Diesen Fragen will ein Forschungsprojekt zur Darstellung von Juden und Judentum in deutschen fundamentalistischen christlichen Publikationen nachgehen, das vom DISS und vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut konzipiert wurde. Es fragt nach aktuellen antijüdischen Aussagen in rechten christlichen Diskursen. Im Folgenden sollen einige der im Planungsprozess dieses Projekts ermittelten Befunde dargestellt werden.



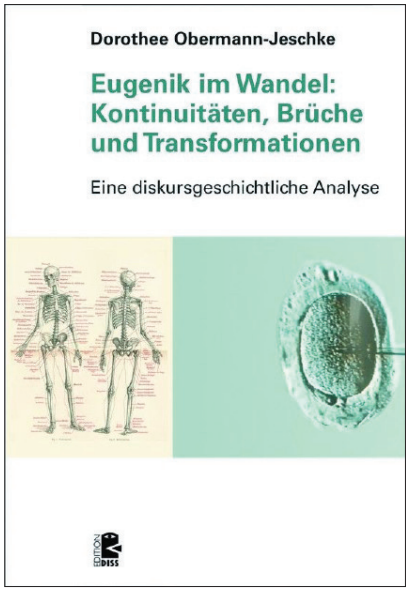
Antoniuskirche Köln, 1935

So kann festgehalten werden, dass sich Evangelikale durch ein breites Netzwerk publizistischer Projekte und Verlage präsentieren. Ihre inhaltlich durchaus unterschiedlichen Spektren weisen auch personelle Querverbindungen zur politischen extremen Rechten, v.a. zur Jungen Freiheit auf. Aber auch inhaltlich finden sich ein ausgeprägter Antimodernismus, Antipluralismus, ein autoritäres Gesellschaftsverständnis, Homophobie, Rassismus und Androzentrismus gepaart mit Dogmatismus und politischem Sendungsbewusstsein. Gegenüber dem Judentum vertritt die überwiegende Mehrheit der Evangelikalen pro-zionistische Positionen. Dass diese pro-zionistische ‚Solidarität' höchst instrumenteller Natur ist, macht die Bezugnahme auf die christliche Heilsgeschichte deutlich. Eine in der evangelikalen Bewegung vorherrschende Vorstellung ist es, dass Juden und Jüdinnen als ‚auserwähltes Volk' nach Israel zurückkehren müssen, um schließlich nach der ‚erneuten' Ankunft des Messias bekehrt zu werden. In diesem Zusammenhang berufen sich die Protagonistinnen positiv auf Gemeinden so genannter „messianischer Juden", die in Israel die christliche Mission unter Juden und Jüdinnen praktizieren. Sowohl die Gründung des Staates Israel, als auch der 6-Tage Krieg, sowie beinahe jede politische Krise in Israel wird aus biblisch-endzeitlicher Sicht gedeutet. Während sich pietistische Zirkel, pfingstlerische Gruppen und endzeitliche Gemeinden auf Themen der Judenmission und des Nahost-Konfliktes konzentrieren, widmen sich Bekenntnisevangelikale vor allem der deutschen Geschichtspolitik. Sekundärer Antisemitismus, der sich auch antijudaistischer Topoi, beispielsweise der „Rachsucht der Juden", bedient, ist hier nicht selten aufzufinden.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation
Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS Band 18
ISBN 978-3-89771-747-3
208 S., 22 €

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.



Dorothee Obermann-Jeschke
Eugenik im Wandel: Kontinuitäten, Brüche und Transformationen. Eine diskursgeschichtliche Analyse
Edition DISS Band. 19t
ISBN 978-3-89771-748-0
280 S., 24 €

Verschwörungskonstruktionen sind der evangelikalen Bewegung ebenfalls nicht fremd. In manchen evangelikalen Weltbildern geht die Gefahr von Jüdinnen und Juden, von Freimaurern oder den USA aus. Aber auch die Kirche selbst sei von satanischen Kräften unterwandert. Diese zeichneten sich durch das Streben nach weltlicher Einheit, durch Ökumene und interreligiösen Dialog aus. In Anlehnung an den Jargon der extremen Rechten wird eine „Clerical Correctness" beklagt, also eine stille Übereinkunft, über all dies nicht zu reden, was in der Kirche nicht gerne gehört werde, weil zu evangelikal, konservativ, biblizistisch oder fromm. Diese für rechte Diskurse typischen Opfermythen ziehen sich durch große Teile der evangelikalen Bewegung. Gesellschaftliche Tabus werden imaginiert, gegen die es sich aufzulehnen gelte. Kritik wird zur ‚Christenverfolgung' umgedeutet, sie sei ein antichristlicher Angriff auf das Evangelium. Ähnlichkeiten zu aktuellen extrem rechten Diskursen um Meinungsfreiheit und Zensur sind deutlich. Nur wird hier das zu bewahrende Volk zum bewahrenden Glauben umgemünzt, die „Political Correctness" wird zur „Clerical Correctness". Der Mythos vom Opfer-Sein, von der Tabuisierung der Wirklichkeit ist der gleiche. Die Betroffenheit von vermeintlichen politischen Verfolgungen verdoppelt sich: Man fühlt sich nicht nur als Rechter, sondern auch als Christ verfolgt.

Im Unterschied zur zersplitterten evangelikalen Szene beziehen sich dagegen sogenannte intransigente (unversöhnliche) katholische Bewegungen auf einen gemeinsamen Pol, den Papst. Dies geschieht freilich auf sehr unterschiedliche Weise. Unterscheiden kann man drei Hauptströmungen: Traditionalisten innerhalb der römisch-katholischen Kirche, Lefebvristen und Sedisvakantisten.

Diese rechten katholischen Gruppierungen zielen tendenziell und einige auch explizit auf die Wiederherstellung oder Neuschaffung vordemokratischer Strukturen und Werte, die Gleichheit der Menschen auf Erden wird abgelehnt, Aufklärung und Menschenrechte erscheinen suspekt, bzw. sogar als Teufelswerk. Zentral ist die Aussage, die (monolithisch verstandene) römisch-katholische Tradition sei die allein gültige, ewige Wahrheit; jedes Zugeständnis an die moderne Welt sei deshalb abzulehnen.

Bezüglich antisemitischer Konstruktionen stehen intransigente Katholiken den Evangelikalen um nichts nach, allerdings finden sich hier um einiges unverhohlener antijudaistische Stereotype, beispielsweise der Vorwurf des Ritualmordes. Sogar die „Protokolle der Weisen von Zion" werden hier mitunter als authentisches Dokument empfohlen. Aus dem Spektrum der Sedisvakantisten kommt zudem einiges an antisemitischer Verschwörungs-Literatur. Diese Schriften finden ein Echo weit über diese meist nur sehr kleinen Zirkel hinaus, sie werden beispielsweise auch von Evangelikalen, Esoteriker*innen* und von Neonazis rezipiert.

Es sei auch daran erinnert, dass zwei Autoren der Jungen Freiheit seit langer Zeit die Berichterstattung über den Katholizismus in dem jungkonservativen Blatt prägen: Werner Olles, ein bekennender Sedisvakantist, und Alexander Barti, der dem Hardliner-Flügel der Lefebvristen nahe steht.

Insbesondere der Skandal um die Rehabilitierung des holocaustleugnenden Bischofs der Lefebvristen, Richard Williamson, durch den Papst löste in fast allen Lagern der extremen Rechten ein verstärktes Interesse gegenüber rechts-christlichen Stömungen aus. Selbst die mehrheitlich neuheidnisch und tendenziell antichristlich ausgerichtete NPD pries in ihrer Monatszeitschrift Deutsche Stimme die Judenfeindschaft und die mit der parlamentatischen Demokratie unvereinbaren Gesellschaftskonzeptionen des vorkonzilialen Katholizismus.

Dass es gute Kontakte zwischen rechten Christinnen und der politischen extremen Rechten gibt, verwundert nicht allzu sehr. Bedenklicher stimmt, dass etliche der in die geplante Untersuchung einbezogenen Gruppen und Publizisten durchaus zugleich auch in hegemoniale christliche und politische Zusammenhänge hineinwirken.

Diskursiv ist Antisemitismus kaum als Problem allein der extremen (christlichen oder neopaganen) Rechten anzusehen[1]. Für dezidiert antisemitische Gruppierungen sind durchaus auch gesellschaftliche Anknüpfungspunkte vorhanden. Die entsprechenden Diskurse können von der politischen und von der christlichen Rechten auch im (christlichen und gesamtgesellschaftlichen) Mainstream radikalisiert werden.

1 Vgl. etwa die DISS-Studie: Siegfried Jäger, Margarete Jäger: *Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus.* Lit Verlag, Münster, Hamburg, London 2003.

Auch antisemitische Diskurse brechen nicht einfach ab

Das Image von Juden in aktuellen Diskursen der gesellschaftlichen Mitte und seine Genese

Eine Rezension von Siegfried Jäger

Susannah Heschel, Eli-Beck-Professorin am Dartmouth College in England, hat in ihrer Untersuchung zur Verstricktheit der christlichen Kirchen in den Nationalsozialismus auf profunde Weise nachgewiesen, dass besonders (wenn auch nicht nur) evangelische Theologen und Pfarrer während der Nazizeit überaus erfolgreich bemüht waren, die traditionelle christliche Judenfeindschaft in den Antisemitismus und die völkische Ideologie der Nazis zu integrieren.

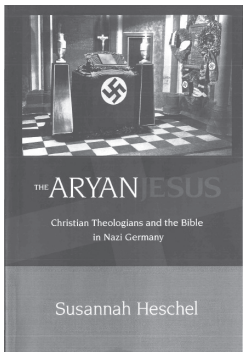
Darüber hinaus weist sie - eher nebenbei - darauf hin, dass auch nach 1945 die Nachwirkungen dieses Bemühens in West- und in Ostdeutschland weiterhin deutlich zu spüren waren. Die akribischen Recherchen dieser hoch angesehenen Wissenschaftlerin führen zu dem erstaunlichen und meines Wissens bisher kaum zur Kenntnis genommen Ergebnis, dass die (pro-nationalsozialistische) deutsch-christliche Bewegung während des Nationalsozialismus an die 600 000 Mitglieder hatte, zu denen neben Tausenden von Kirchgängern auch viele Pastoren, Bischöfe und insbesondere auch Theologie-Professoren gehörten.

Die religiöse Absicherung und Verankerung des Nationalsozialismus stützte sich zwar auch auf die germanische Mythologie, auf esoterische Phantasien wie Pantheismus und Panpsychismus; die judenfeindliche bis antisemitische Kirche aber war wohl deren stärkste Kraft, die erheblichen Einfluss auf das alltägliche Denken der gesamten „Volksgemeinschaft" ausüben konnte. Natürlich gab es auch hybride Mischformen solcher religiöser Mythologeme, wie etwa die, dass Kinder germanifizierend mit Rheinwasser getauft wurden und dass sie später in ihren christlich getönten Abend- und Morgengebeten Gott auch um die Segnung und den Schutz „unseres Führers Adolf Hitler" bitten mussten. Dominant war jedoch das christliche Element in der religiös-politischen Erziehung, bei der Hitler zum „arischen Jesus" avancierte, der zum Heilsbringer für die ganze Welt hochstilisiert wurde.

Die letztendliche Grundlage für die Theologie des „deutschen Christentums" wurde von Theologie-Professoren insbesondere des 1939 in Eisenach gegründeten „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben" gelegt, das sich insbesondere der Bildung von Theologen und Pfarrern für Deutschland widmete und durch Tagungen, Seminare und eine Fülle an Publikationen für die Verbreitung faschistischer Glaubensinhalte in die Gemeinden hinein verantwortlich zeichnete. Der führende Kopf des Instituts war Walter Grundmann, Theologie-Professor seines Zeichens und überzeugter Nationalsozialist, der auch nach 1945 weiter in der Kirche tätig sein konnte, weiter als Professor lehren und forschen durfte und sich wie auch andere faschistische Theologen aus dem Umfeld des Instituts keinerlei Entnazifizierung stellen mussten.

Die Verbreitung antisemitischen „Wissens" in und in Folge der Zeit des Nationalsozialismus hatte und hat weitreichende Folgen für dessen Fortexistenz bis in die heutige Zeit. Das verbreitete Wissen ist außerordentlich stabil und lässt sich auch heute noch in den Medien und in den Alltagsdiskursen beobachten, auch wenn dies vehement bestritten und geleugnet wird. Darauf verweisen nicht nur die heftigen Reaktionen einer Vielzahl christlicher und säkularer Medien auf die Studie des DISS zur Berichterstattung zur Zweiten Intifada1, sondern auch die Äußerungen zu Israel und den Juden in alltäglichen Diskursen. Dass sie in Publikationen von extrem Rechten und in vielen (nicht nur rechts-)christlichen Publikationen weiterhin massenhaft zu finden sind, dürfte daher auch nicht verwundern.[2]

Susannah Heschel hat mit ihrer wichtigen Untersuchung mit großer empirischer Sorgfalt und Verlässlichkeit dazu beigetragen, dieses Phänomen erklären zu können: Wie auch andere (historische) Diskurse bricht der antisemitische Diskurs nicht einfach ab, verschwindet nicht einfach, sondern existiert weiter fort, wenn auch oft in modifizierter Form, die jedoch meist nur darin besteht, das alte Wissen vorsichtig zu verpacken, z.B. in eine Form eines Philosemitismus und in Feiern eines kulturellen Erbes, die meist nur den Zweck verfolgen, sich und Deutschland zu entlasten, und die oftmals nichts anderes darstellen als pure Heuchelei.



Susannah Heschel
The Aryan Jesus. Christian Theologians and the Bible in Nazy Germany
2008, Princeton and Oxford: Princeton University Press (Paperback 2010)
ISBN 978-0691-1231-2
339 S., 24,85 Euro

1 Vgl. Siegfried Jäger/Margarete Jäger: Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus, Münster: Lit-Verlag 2003. Babara Fried hat sich mit den Pressereaktionen auf diese Studie auseinandergesetzt. Vgl. Barbara Fried: Presse-Reaktionen auf die Studie des DISS „Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus", in: Siegfried Jäger / Franz Januschek (Hg.): Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität, 169-184.

2 Das in dieser Ausgabe von Martin Dietzsch und Regina Wamper skizzierte Forschungsvorhaben des DISS und des Steinheim Instituts für deutsch-jüdische Geschichte verfolgt das Ziel, diesen Tatbestand genauer aufzuarbeiten.

Und ewig droht der Untergang

Eine Rezension von Helmut Kellershohn

Volker Weiß
Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin
2011 Paderborn: Ferdinand Schöningh
ISBN 978-3-506-77111-7
141 S., 16,90 €

Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, um zu dem Urteil zu gelangen, dass der Fall Sarrazin keineswegs abgeschlossen ist. Der nächste „Sarrazin" kommt bestimmt. Darauf hoffen natürlich auch die jungkonservativen Fahnenträger um die Junge Freiheit (JF) und das Institut für Staatspolitik. Lasst zwei, drei, vier Sarrazins reüssieren und die geistige Verfassung der Bundesrepublik wird aus den Angeln gehoben werden, so ihre selbstgewisse Botschaft in mittlerweile drei Broschüren, die dem vermeintlich heroischen ‚Tabubrecher' Sarrazin gewidmet sind.

Es ist das Verdienst von Volker Weiß, in seinem Buch *Deutschlands Neue Rechte* (2011) die gemeinsamen Traditionslinien der jungkonservativen Neuen Rechten mit Sarrazins Untergangsvisionen freigelegt zu haben. Prompt reagierte Karlheinz Weißmann, seines Zeichens ‚Vordenker' der Neuen Rechten, mit einem unwirschen Kommentar: „Was Weiß schreibt, entbehrt jeder Originalität und findet auch nur mäßiges Interesse." (Sezession 44/2011, 1)

Letzteres mag sein, wenn man die BILD-Zeitung als Zeugen bemühen will, die bekanntlich die Thesen Sarrazins fleißig kolportierte und ihnen damit, zusammen mit anderen Medien, den entsprechenden Resonanzboden verschaffte.

Aber mangelnde Originalität? Das verwundert, stemmt sich doch die Neue Rechte vehement gegen die Geschichtsvergessenheit der Deutschen, die sie immer wieder aufs Neue moniert. Nur in ihrem eigenen Fall möchte sie nicht allzu oft an den Anteil der Weimarer jungkonservativen Eliten am Durchbruch des Nationalsozialismus erinnert werden. Solche Art von Kritik ist dann wenig originell. Überhaupt seien die politischen Konzepte der Konservativen Revolution heute nicht mehr brauchbar, versichert Weißmann treuherzig, nur ihr Dauerthema, die Dekadenz, sei wieder aktuell und angesichts der derzeitigen Krisenlage würde es „über kurz oder lang zu Einschätzungen kommen, die denen der KR entsprechen." Das ist nett formuliert, bedeutet aber doch wohl, dass die Zeiten sich zwar ändern, die grundlegenden Probleme aber dieselben geblieben sind und die Lösungen dem Denkstil verpflichtet sind, der bereits in der KR gepflegt wurde. Nicht umsonst zitiert die JF als ihr Leitbild Albrecht Erich Günthers Losung, konservativ sei „nicht [...] ein Hängen an dem, was gestern war, sondern [...] ein Leben aus dem, was immer gilt" – laut Weißmann *die* „gültige Formulierung des Hauptanliegens der Jungkonservativen", ja der Konservativen Revolution überhaupt.

Genau an diesem Denkstil, der sich auf das „überzeitlich Gültige" (Armin Mohler) richtet, um es gegen „Dekadenz und Verfall" zur Geltung zu bringen, setzt Volker Weiß an. Seine Ausgangshypothese zu Sarrazin und anderen ‚Tabubrechern' wie Botho Strauss oder Peter Sloterdijk lautet: „Der politische Diskurs, der sich im Schatten Sarrazins formiert hat, greift [...] nur begrenzt neue Themen auf. Bei genauer Betrachtung entpuppen sich zentrale Elemente dieses Diskurses als feste Bestandteile klassischer politischer Ideologie. Auf die Spur dieser Denktradition, ihrer Referenzen und Brüche soll sich hier begeben werden." Die Spurensuche führt Weiß zu den „Protagonisten deutscher Untergangsliteratur" in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts (Oswald Spengler, Edgar Julius Jung), dann zu den ideologischen ‚Brückenbauern' in der Nachkriegszeit wie Friedrich Sieburg, Arnold Gehlen und – als nichtdeutsches Beispiel – Ortega y Gasset, schließlich zu den neueren Propheten des Untergangs. Motive und Argumentationsmuster ähneln sich über diesen langen Zeitraum, das machen die lesenswerten Ausführungen des Autors überaus deutlich. Ewig droht der Untergang, apokalyptische Szenarien meist in Verbindung mit demographischen Spekulationen („Volkstod") untermauern den Verfall und als Lösung wird im Rückgriff auf das „überzeitlich Gültige" – gewissermaßen als deus ex machina – eine national gesonnene Elite propagiert, die den orientierungslosen Massen den Weg aus der Unheilssituation weist.

Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971. Ein Untersuchungsbericht

Von Michael Lausberg

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurden in Nordrhein-Westfalen seit 1946[1] erneut extrem rechte Organisationsstrukturen geschaffen, die in manchen Fällen noch bis heute fortbestehen und insofern eine Basis für die heutige extreme Rechte in NRW bilden. Ohne fundierte Kenntnisse über die Entwicklung der extremen Rechten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die siebziger Jahre sind die gegenwärtigen Erscheinungsformen der extremen Rechten kaum zu verstehen. Die Konzentration auf das 1946 neu gebildete Bundesland Nordrhein-Westfalen bietet sich deswegen an, weil dieses Land aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner hohen Bevölkerungszahl innerhalb der Bundesrepublik eine Schlüsselstellung einnahm. Wenn extrem rechte Parteien oder Organisationen bundesweit dauerhaft Erfolg haben wollten, war eine starke Verankerung in Nordrhein-Westfalen unumgänglich.

Der Untersuchung, aus der hier einige Aspekte vorgestellt werden, lagen folgende Leitfragen zugrunde: Wie und in welchem Ausmaß gelang es extrem rechten Formationen, sich nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Nordrhein-Westfalen auszubreiten und zu etablieren? Wer waren die entscheidenden Akteure oder Organisationen, die die Revitalisierung der extremen Rechten in die Wege leiteten?

Gescheiterte Entnazifizierung

Die wichtigsten extrem rechten Parteien im Untersuchungszeitraum waren die Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP), die Deutsche Partei (DP), die Sozialistische Reichspartei (SRP), der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die Deutsche Reichspartei (DRP), die Deutsch-Soziale Union (DSU) unter Führung Otto Strassers, die „nationalrevolutionäre" Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) sowie die 1964 gegründete und bis heute bestehende Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

Diese Parteien unterschieden sich im Hinblick auf ihre Zielsetzung, Programmatik, Existenzdauer, Wahlerfolge und Strukturen auf Landesebene erheblich voneinander. Lediglich die NPD, die DRP, die DP und der BHE schafften es, mit der Gründung von Bezirks- und Kreisverbänden flächendeckende Strukturen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

In fast allen Parteien spielten ehemalige Nationalsozialisten bei der Gründung sowie der Benennung der jeweiligen politischen Ziele eine wesentliche Rolle. Dieser Tatbestand hängt zweifellos mit der in weiten Teilen gescheiterten Entnazifizierung zusammen. Die fehlende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen führte dazu, dass ehemalige Nationalsozialisten führende Posten im postfaschistischen Deutschland und besonders im neu gegründeten Bundesland Nordrhein-Westfalen erhielten. Die fehlende Melde- und Entnazifizierungspflicht war dafür verantwortlich, dass lediglich 13% der erwachsenen Personen in Nordrhein-Westfalen erfasst wurden. Lange und komplizierte Verfahren sorgten auch dafür, dass die Entnazifizierung nicht zum gewünschten Ergebnis führte. Die wenigen verurteilten Täter kamen mit sehr milden Strafen davon.

Erfolglose Wahlkämpfe

Überblickt man den gesamten Zeitraum, muss man konstatieren, dass es den extrem rechten Parteien in Nordrhein-Westfalen nie gelungen ist, auf parlamentarischer Ebene Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu bekommen und ihre Weltanschauung in der Landespolitik zur Geltung zu bringen. Keine Partei schaffte es, in den Landtag Nordrhein-Westfalens einzuziehen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie etwa Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg gelang es in Nordrhein-Westfalen extrem rechten Parteien nicht, erfolgreiche Wahlkämpfe zu führen und entsprechende Wahlergebnisse zu erzielen. Am besten schnitt der BHE bei der Landtagswahl 1954 ab, als er mit 4,6 % der Stimmen knapp den Einzug in den Landtag verpasste. Bei der Bundestagswahl 1969 in Nordrhein-Westfalen erreichte die NPD 3,1% der Stimmen. Die DKP-DRP bekam bei der Bundestagswahl 1949 1,8% und bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1950 1,7% der Stimmen. Es gab keine kontinuierlich bestehende Partei, die sich eventuell ein Stammwählerpotential oder eine eigene Anhängerschaft hätte aufbauen können. Stattdessen kam es zu ständigen Neugründungen und Zerfallsprozessen. Ein typisches Merkmal der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1971 lag darin, dass sie sich in kleinen Parteien formierte, die auch miteinander konkurrierten und eine begrenzte Existenzdauer hatten. Die große Diskrepanz zwischen extrem rechten Einstellungen und tatsächlichen wahlpolitischen Erfolgen gehörte zu den zentralen Cha-

1 Der folgende Bericht beruht auf den Ergebnissen einer noch nicht veröffentlichten Dissertation des Autors mit dem Titel: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971. Der Untersuchungszeitraum beläuft sich auf die Zeit von der offiziellen Gründung Nordrhein-Westfalens am 23.08.1946 bis zur Gründung der Deutschen Volksunion (DVU) als einer rechten Sammlungsbewegung unter ihrem Vorsitzenden Gerhard Frey am 18.01.1971.

rakteristika der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen. Für dieses Spannungsverhältnis von Einstellungs- und Wählerpotential gibt es mehrere Gründe. Trotz verbreiteter Unzufriedenheit mit dem politischen System und der politischen Klasse verhinderten die fehlende Attraktivität einer fachlich kompetenten extrem rechten Partei, der Mangel an charismatischen Führerfiguren sowie die Polarisierung zwischen den Volksparteien CDU und SPD in den 1950er und 1960er Jahren die Ausschöpfung des Einstellungspotentials. Daran änderten auch neue, militante Aktionsformen zu Beginn der 70er Jahre nichts, als die *Aktion Widerstand* unter maßgeblicher Beteiligung von NPD-Mitgliedern gegen die Ostverträge mobilisierte.

Extrem rechte Netzwerke

Überhaupt bleibt festzuhalten, dass man die Bedeutung der Parteiorganisationen für die Etablierung von extrem rechten Strukturen in Nordrhein-Westfalen nicht überbewerten sollte. Vielmehr waren die Wiking-Jugend (WJ) und die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V. (HIAG) für den Wiederaufbau und die Etablierung der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen relevanter. Diese beiden Organisationen waren die wichtigsten Netzwerke. Im Gegensatz zu den immer neuen Gründungen, Auflösungen oder Spaltungen der rechten Parteien betrieben die beiden Organisationen kontinuierliche Arbeit im Aufbau von rechten Strukturen und ideologischer Vermittlung von extrem rechter Ideologie.

Die Wiking Jugend war die größte neonazistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik. Die WJ verfolgte das Ziel einer vollständigen nationalsozialistischen Sozialisation ihrer Mitglieder von der frühen Kindheit bis ins hohe Erwachsenenalter. Sie war nach dem Lebensbundprinzip organisiert, so dass auch im Erwachsenenalter eine enge Bindung an die Organisation bestand. Ihre besondere Bedeutung lag darin, dass sie sich zu einer ideologischen Ausbildungsorganisation und Charakterschulung für zukünftige rechte Aktivisten und Spitzenfunktionäre entwickelte.

Die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V. hatte bis zu 70.000 Mitglieder und war einer der führenden extrem rechten Organisationen in der Bundesrepublik. Die HIAG verstand sich als Sammlungsbewegung überzeugter Nationalsozialisten und anderer Personen der extremen Rechten. Das Hauptziel lag in der rechtlichen Gleichstellung der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS mit den Soldaten der Wehrmacht und der damit verbundenen Rehabilitierung der Waffen-SS.

Für die Revitalisierung der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen war die Gründung von Zeitungen und Zeitschriften, die einen völkischen Nationalismus propagierten, von großer Bedeutung. Vor allem die Monatsschrift Nation Europa, die sich zu einem intellektuellen Bindeglied verschiedener Richtungen des internationalen Faschismus in der Nachkriegszeit entwickelte, und die von Gerhard Frey autokratisch geführte Deutsche Nationalzeitung (DNZ) waren maßgeblich an der Verbreitung von antidemokratischen und völkischen Ideologemen beteiligt.

Eine zeitweilig große Bedeutung hatte der so genannte Naumann-Kreis in der FDP. Die nordrhein-westfälische FDP hatte sich seit Anfang der 1950er Jahre zu einer Rechtspartei entwickelt und diente ehemaligen Nationalsozialisten als Auffangbecken. Der Partei ging es um Klientelpolitik für leitende Beamte, frühere Wehrmachtssoldaten, Soldaten der Waffen-SS, „nominelle“ NSDAP-Mitglieder und „Heimatvertriebene“. Sie wetterte gegen die Entnazifizierung, beschwor einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit und glorifizierte das deutsche Soldatentum. Werner Naumann, der letzte Staatssekretär von Goebbels, startete mit zahlreichen Gesinnungsgenossen den Versuch, den FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen und andere rechte Parteien und Organisationen unter seine Kontrolle zu bekommen, mit dem Fernziel, ein neues nationalsozialistisches Regime zu installieren. Erst nach der Verhaftung Werner Naumanns und einiger seiner Gesinnungsgenossen im Januar 1953 durch die britischen Behörden wurde diese Entwicklung gestoppt. Eine Bedrohung der demokratischen Ordnung war durch die Infiltration von Nationalsozialisten des Naumann-Kreises unter anderem in die nordrhein-westfälische FDP gegeben, was das von den britischen Behörden beschlagnahmte Quellenmaterial eindeutig belegte. Andere rechte Parteien, Gruppen oder Organisationen waren zu keinem Zeitpunkt in der Lage, den demokratischen Verfassungsstaat zu gefährden.

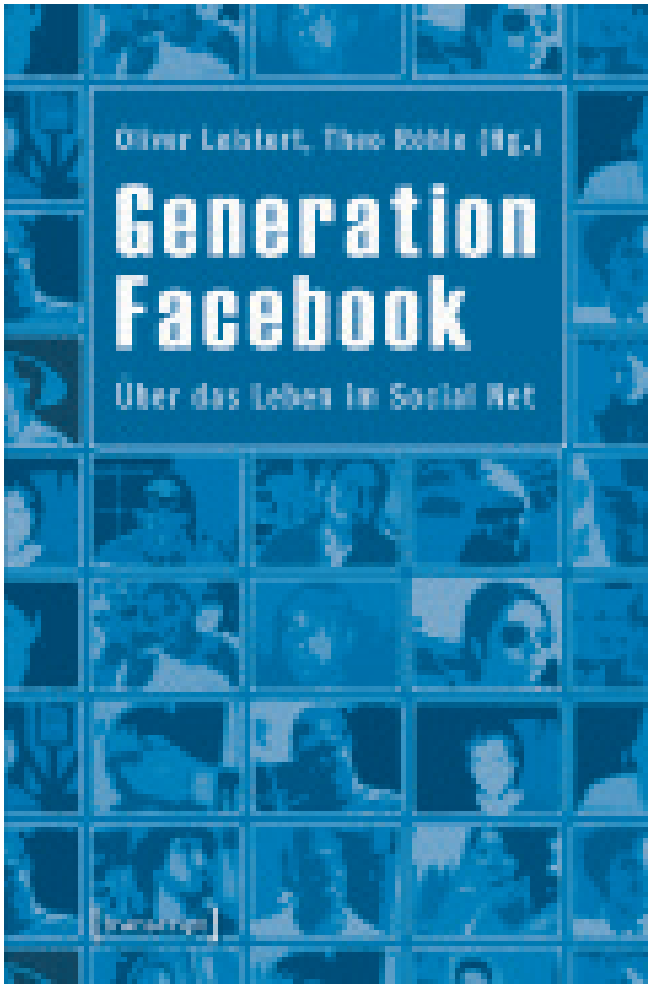
Autoritäre Einstellungsmuster

Die Erneuerung extrem rechter Strukturen in NRW, darauf sei abschließend hingewiesen, wäre nicht möglich gewesen ohne einen Resonanzboden im Bewusstsein der Bevölkerung. An allererster Stelle ist hier der Antisemitismus zu nennen. Er erlebte vor allem Ende der 1950er Jahre eine bemerkenswerte Renaissance, als zwei Mitglieder der Deutschen Reichspartei (DRP) in der Weihnachtsnacht 1959 die gerade wieder eingeweihte Kölner Synagoge mit antisemitischen Parolen schändeten. Die Schändung der Synagoge wurde zum Auslöser von antisemitisch motivierten Nachfolgetaten. Zwischen dem 25.12.1959 und dem 18.02.1960 wurden insgesamt 618 antisemitische und neonazistische Straftaten gemeldet, die meisten davon in Nordrhein-Westfalen. Es existierte eine Diskrepanz zwischen dem Anti-Antisemitismus der offiziellen Politik und dem Fortleben von Antisemitismus in Teilen der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft. Zahlreiche Meinungsumfragen in der Bundesrepublik belegten, dass in Teilen der Bevölkerung antisemitische Mentalitätsbestände auch nach dem Ende der NS-Herrschaft weiter existierten.

Die Verdrängung und fehlende Aufarbeitung des Nationalsozialismus war für die Kontinuität nationalsozialistischer, rassistischer und autoritärer Einstellungsmuster in der Nachkriegsbevölkerung verantwortlich. Die neu gegründeten extrem rechten Parteien in der Bundesrepublik profitierten in starkem Maße von der Konservierung dieser Mentalitätsbestände. Meinungsumfragen über die NS-Zeit belegen eindrücklich die Kontinuität nationalsozialistischer Einstellungsmuster in der Nachkriegsbevölkerung. Das Ehepaar Mitscherlich stellte in seinem Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“ fest, dass eine Verdrängung der NS-Vergangenheit und eine Schlussstrichmentalität vorherrschte, um die nationalsozialistische Vergangenheit aus der Erinnerung zu verbannen.

Was das Netzwerk mit uns macht

Eine Rezension von Rolf van Raden



Oliver Leistert, Theo Röhle (Hg.): **Generation Facebook. Über das Leben im Social Net.**
2011 Bielefeld: Transcript
288 Seiten, 21,80 €

Facebook ist in aller Munde. Man könnte meinen, über das größte aller Sozialen Netzwerke sei längst alles gesagt. Weit gefehlt. Der neue Sammelband „Generation Facebook" aus dem Bielefelder Transcript Verlag unterzieht Facebook einer Kritik, die anders ist als verkürzte Datenschutz-Debatten und konservative Internet-Ablehnung.

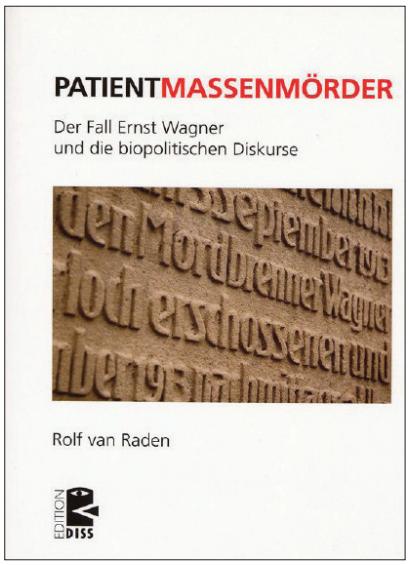
So verschieden die Aufsätze sind, welche die Medien- und Kulturwissenschaftler Oliver Leistert und Theo Röhle in ihrem Buch versammelt haben: Sie enthalten eine Reihe gemeinsamer Grundbeobachtungen. In den Worten der Herausgeber: „Man kann Facebook als eine Maschine betrachten, die ihre Aufmerksamkeit immer weiter in die verschiedensten Bereiche des Lebens ausdehnt, dabei Subjektivitäten zurichtet und ökonomische Prozesse auf algorithmischer Basis ausdifferenziert. Eine Maschine, der sich Menschen aus unterschiedlichsten Gründen freiwillig unterwerfen."

Was sich zunächst etwas kulturpessimistisch anhört, wird bei der weiteren Lektüre bemerkenswert differenziert. Niemals kippt der kritische Blick in einen populistischen Alarmismus. Im Gegenteil merkt man den Beiträgen an, dass hier Autorinnen über ein Medium schreiben, das sie durchaus auch selbst nutzen – dass sie dabei aber die Bedingungen und Machtverhältnisse, deren Teil das Medium ist, keineswegs verklären.

In diesem Sinn beschreibt etwa Mark Andrejevic, Kulturwissenschaftler an der University of Queensland, wie mit der kommerziellen Aus- und Verwertung von privater Kommunikation eine neue wirtschaftliche Produktionsweise einher geht: In der Vergangenheit sei es darum gegangen, standardisierte Produkte möglichst billig herzustellen und an eine möglichst große Masse zu verkaufen. Das Versprechen der Facebook-Ökonomie sei dagegen, dass sich Konsum in möglichst unterschiedliche Interessen und Vorlieben ausdifferenzieren kann. Gleichwohl müsse man Facebook nicht nur als konsumierbares Medium verstehen, sondern auch als eine Art und Weise, „Menschen zum Arbeiten zu bringen". Facebook sei auch eine „Plattform zur Ausbeutung des Soziallebens von Arbeitnehmern". Dabei sei ein Vorgang zu beobachten, welcher der von Karl Marx beschriebenen ursprünglichen Akkumulation gleiche: Grundvoraussetzung des Kapitalismus sei gewesen, dass Grund und Boden sowie andere Produktionsmittel zu Privateigentum werden. Mit Facebook gehe nun die Privatisierung des Soziallebens einher.

Privatisierung des Sozialen

Diesem Prozess widmen sich auch Mark Coté und Jennifer Pybus in ihrem Beitrag über die „Erziehung zur immateriellen Arbeit 2.0". Sie beschreiben dabei nicht nur, wie Facebook die Userinnen allmählich daran gewöhnt hat, Unternehmen ihre Arbeitskraft umsonst und aus eigenem Antrieb zur Verfügung zu stellen – etwa, wenn sie in ihrer vermeintlichen Freizeit zur Bewerbung von Produkten und zur Bildung von Markenidentitäten beitragen. Im Anschluss an den Postoperaisten Maurizio Lazzarato sowie an Michael Hardt und Antonio Negri schlagen sie vor, Artikulationen in Sozialen Netzwerken als eine beschleunigte und verstärkte Variante dessen zu verstehen, was Lazzarato mit dem Begriff immaterielle Arbeit gefasst hat – also die Erzeugung des kulturellen Inhalts von Waren: „Das ‚2.0' bezeichnet die ‚freie' Arbeit, auf die sich



Rolf van Raden
Patient Massenmörder
Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse
Edition DISS Band 25
Münster: Unrast
ISBN 978-389771-754-1
184 S., 24 €

1913 tötete Ernst August Wagner seine Frau, seine vier Kinder, neun weitere Personen und verletzte elf Personenschwer. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Robert Gaupp, Leiter der Universitätsnervenklinik Tübingen, machte Ernst Wagner zu seinem Fall und entwickelte an ihm die Lehre von der echten Paranoia. Als Befürworter von Eugenik, Rassenhygiene und Zwangssterilisation forderte er schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens".

Rolf van Raden untersucht das Geflecht damaliger biopolitischer Diskurse. Erstmals werden die den Fall bis heute begleitenden Schriftdokumente aus Presse, Politik und Wissenschaft erfasst und kritisch kommentiert.

„Indem der Autor die Diskurse über Krankheit, Verbrechen, Schuld und Geisteskrankheit bis in die Gegenwart nachverfolgt, zeigt er: Noch immer wird die vor den Gefahren zu schützende Gesellschaft als quasi-biologischer Organismus gedacht." (bo-alternativ 3.10.2009)

Individuen auf einer kulturellen und biopolitischen Ebene einlassen, wenn sie sich auf einer Website wie Facebook anmelden. [...] Schließlich stellen wir solche sozialen Netzwerke als biopolitische Netzwerke dar, insofern sie neue Strömungen durch unterschiedliche Zusammensetzungen von Körpern artikulieren – Populationen gewissermaßen, deren Lebensfähigkeiten durch die besonderen Umstände ihrer subjektiv vernetzten Beziehungen erweitert werden."

Netz-Identitäten

Dass all dies nicht spurlos an den Menschen vorbeigeht, sondern den Kern ihrer Subjektivierungsprozesse berührt, liegt auf der Hand. Während der Medienwissenschaftler Ralf Adelmann sich in seinem Beitrag dem Konzept von „Freundschaft" bei Facebook und den dahinter stehenden medialen Politiken sozialer Beziehungen widmet, nähert sich der Philosoph Gerald Raunig einer Analyse der Facebook-Kommunikation aus einer anderen Richtung. Neben dem Wunsch, als Individuum zu erscheinen, gebe es einen gegenläufigen Wunsch, nämlich den der „Selbstzerteilung". Mit Bezug auf Michel Foucaults Konzept der Pastoralmacht stellt Raunig fest, dass dieser Wunsch kulturgeschichtlich vor allem in der religiösen Praxis der Beichte sichtbar geworden ist. Heute werde das eigentlich unteilbare Individuum in öffentlichen Facebook-Bekenntnissen zum vielfach gespaltenen „Dividuum" – wobei diese selbstbestimmte Aufspaltung des Selbst in jeweils unterschiedliche Selbstbilder als gesteigerte Form der Selbstverwirklichung empfunden werde.

Hier setzt die Soziologin Carolin Wiedemann ein, indem sie die Aufteilung des Selbst in einzelne Bestandteile als Bemühung um Selbstoptimierung deutet. In diesem Sinn beschreibt sie, wie sich in Facebook unternehmerische Praktiken des „Assessment Centers", also Techniken der Selbstdarstellung und -verbesserung, ins Private fortsetzen. Wie bereits Gerald Raunig im unmittelbar vorangehenden Beitrag weist sie darauf hin, dass der französische Philosoph Gilles Deleuze bereits vor 20 Jahren die Transformation des Individuums zum „Dividuum" beschrieben hat – also die Wandlung zu einem Selbst, das nicht nur als Ganzes, sondern in allen seinen Einzelheiten statistisch erfasst werden kann. Für Deleuze stellte dieser Vorgang den Übergang von der Disziplinargesellschaft (die Individuen als Ganzes unterwirft) in die Kontrollgesellschaft dar. Und plötzlich wird klar, was das alles mit Facebook zu tun hat: Schließlich stellt die Kontrolle und statistische Auswertung jeder einzelnen sozialen Interaktion das zentrale Geschäftsmodell des Facebook-Netzwerks dar.

Und trotzdem machen alle mit – und eben nicht vor allem deswegen, weil sie unreflektiert und verführt sind, sondern aus durchaus rationalen Gründen. Zugang zu Informationen, soziale Teilhabe, eine tatsächliche Steigerung von Autonomie und Selbstbestimmung im Rahmen der Subjektivierungsprozesse, all das gehört genauso zu Facebook wie die immer weiter fortschreitende Verschmelzung von Privatheit und ökonomischer Verwertbarkeit. Deswegen liegen die Exit-Strategien, die „Generation Facebook" aufzeigt, auch nicht in dem Aufruf zum Boykott der Netzwerke. Bereits im Vorwort betonen die Herausgeber Oliver Leistert und Theo Röhle, „dass die Zusammenführung von Online-Kommunikation und Kommerz keinem Automatismus folgt", sondern vor allem aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse selbstverständlich erscheint. Damit gehe eine „rein technologische Debatte an einigen Hauptaspekten blind vorbei". Und trotzdem entwickeln Röhle und Leistert einen Kriterienkatalog für ein zukünftiges Soziales Netzwerk, das seine „UserInnen nicht als unbezahlte ProduzentInnen ihrer eigenen individuellen Verwertung behandelt": Open Source, dezentrale Speicherung, gesicherte Verbindungen, Identitätsfreiheit und die Möglichkeit von Anonymität – das sind nur einige der genannten Punkte. Die im Buch versammelten Analysen machen allerdings auch deutlich, dass sich mit Facebook ein durchaus stabil wirkendes Regime realisiert hat. Denn es wird drei unterschiedlichen Bedürfnissen gleichzeitig in hohem Maße gerecht: Erstens dem Bedürfnis nach gouvernementaler Selbstoptimierung, zweitens der ökonomischen Verwertbarkeit sowie drittens dem Anspruch von politisch-sozialer Kontrolle. Trotzdem halten sich die Herausgeber mit Prognosen zurück: „Vor zehn Jahren hätte wohl niemand gedacht, dass dies einmal für hunderte Millionen Menschen der mediale Alltag sein wird. Vielleicht kann sich in zehn Jahren auch niemand mehr vorstellen, dass es einmal so gewesen ist." Prädikat: Unbedingt lesenswert.

Burnout: Wann darf man heutzutage psychisch krank werden?

Diskursive Rahmenbedingungen für präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz

Von Ursula Kreft

Die Liste der Promis, die sich öffentlich „psychisch krank" gemeldet haben, ist lang. Jüngst hat es Ralf Rangnick, den Trainer von Schalke 04, erwischt. Statt als „Weichei" wahrgenommen zu werden, darf man heute „Burnout" haben. Was ist geschehen?

Der folgende Artikel basiert auf Überlegungen, die im Rahmen des BMBF-Projektes „Präventiver Gesundheitsschutz in der IT-Branche"[1] entstanden sind, bei dem das Thema „Burnout" eine entscheidende Rolle als „Türöffner" für den präventiven Gesundheitsschutz bei Unternehmen und Beschäftigten gespielt hat. Der Artikel beleuchtet die beiden zentralen Diskursstränge, die den Umgang mit psychischen Belastungen im Betrieb prägen: den normalistischen Leistungsdiskurs und den Gesundheitsdiskurs.

Dass präventiver Gesundheitsschutz gerade in der IT-Branche nötig ist und dass psychische Belastungen und Beanspruchungen im Mittelpunkt stehen müssen, ist mittlerweile Konsens in der Arbeitswissenschaft und bei vielen Akteuren des Gesundheitswesens. Projekte, die in diesem Feld arbeiten, treffen jedoch bei den Beschäftigten selbst auf Praktiken der systematischen freiwilligen Überarbeitung, die eine Gesundheitsprävention im Betrieb hartnäckig zu verhindern scheinen. In unserem Beitrag schlagen wir vor, solche Phänomene einer selbst gesteuerten Überbelastung aus diskursanalytischer Perspektive zu betrachten.

Maßnahmen zur Gesundheitsprävention treffen in der IT-Branche – und darüber hinaus in weiten Teilen der Wissensarbeit – auf ein ganzes Bündel von Diskursen, die auch das Selbstbild der beteiligten Menschen, ihre Subjektivität beeinflussen. Besonders prägend sind Elemente aus einem gesellschaftlich stark verbreiteten Diskurs, der als „normalistischer Leistungsdiskurs" bezeichnet werden kann. Dieser normalistische Leistungsdiskurs fordert das Subjekt einerseits dazu auf, sich in seinem Handeln immer wieder an den „Spitzenleistungen" des jeweiligen gesellschaftlichen Bereichs zu orientieren, also stets die jeweilige „erste Liga", den „Umsatzrekord" etc. anzustreben. The winner takes it all. Andererseits ist der Pol der „Höchstleistung" in diesem ständigen Benchmarking keineswegs eindeutig definiert oder gar festgelegt. Was in einem Bereich gestern als sehr gute Leistung anerkannt wurde, kann heute als durchschnittlich wahrgenommen werden – und morgen den Ab-

1 Das vom BMBF und der EU geförderte Verbundprojekt „ITG – Präventiver Gesundheitsschutz in der IT-Branche" wurde 2008-2011 vom Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V. an der Universität Duisburg-Essen und dem Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw) Ruhr-Emscher-Lippe zusammen mit Unternehmen der Branche, Verbänden und Gewerkschaften durchgeführt. (www.it-gesundheit.de)

stieg in die Amateurliga einleiten. Kann sich ein Beschäftigter, der drei Projekte parallel bearbeitet, noch als „Leistungsträger" verorten, wenn sein Kollege fünf Projekte bewältigt? Ist die Anzahl der Projekte bei der Beurteilung überhaupt relevant? Im normalistischen Leistungsdiskurs sind alle Positionen auf der Leistungsskala einem ständigen Floating unterworfen. Was in einer Profession als „Leistung" gilt und welche Kriterien bei der Beurteilung eine Rolle spielen, muss in einem diskursiven Prozess konstruiert werden. Dass fünf Projekte mehr Leistung bedeuten als drei Projekte, steht keineswegs fest.

Diese Grundstruktur – die Aufforderung zum ständigen Benchmarking und das Floating der Positionen auf der Leistungsskala – unterscheidet den normalistischen Leistungsdiskurs von tradierten Leistungskulturen, die das Subjekt auffordern, „seine Pflicht" zu tun und eine von gesellschaftlichen Instanzen (z. B. Staat, Schule) definierte Leistungsnorm zu erfüllen. Die tradierten Leistungskulturen sind im Wesentlichen normativ geprägt: Im Vorhinein ausgehandelte Leistungsnormen und Standards sollen erreicht werden. Der normalistische Leistungsdiskurs favorisiert dagegen die Bewertung ex post: Erst im Nachhinein ist feststellbar, was überhaupt als Leistung gelten kann und welche Position damit zurzeit erreicht wurde.

Die Orientierung an einer beständigen, verbindlichen Norm hat sich in einer Reihe von Lebensbereichen bereits aufgelöst. In der Wissensarbeit ist nachvollziehbar, wie vormals fixierte betriebliche Leistungsnormen (z. B. Acht-Stunden-Präsenz, in der Ausbildung verinnerlichte Qualitätsnormen) durch Elemente eines normalistischen Leistungsdiskurses ergänzt und teilweise ersetzt werden.

Elemente des Leistungsdiskurses liefern Vorgaben für die Haltung und das Handeln der Individuen in vielen Bereichen des Lebens, unter anderem im Sport und in der Arbeitswelt, aber auch für den Umgang mit Gesundheit / Krankheit. In den normativen Leistungskulturen galt die Sorge des Subjekts vor allem der Frage: Erfülle ich die Norm, die eine maßgebende Instanz von mir verlangt? Damit waren notwendigerweise Formen der Reglementierung verbunden, die den Handlungsspielraum von Beschäftigten mehr oder weniger stark beschränkten.

Im normalistischen Diskurs wird dieses Korsett aus Regeln und Zwängen verworfen. Das Subjekt ist frei und darf seine Kräfte in eigener Verantwortung entfalten. Wie für den Sportler gilt auch für den Beschäftigten in der Wissensarbeit ein flexibles Leistungskontinuum, das tendenziell nach oben offen ist: Im Prinzip ist alles möglich. Mit ausgefeilten Methoden (besseres Equipment, gezieltes Training, legales Doping etc.) ist es anscheinend jederzeit möglich, früher erreichte Leistungsgrenzen immer wieder zu überschreiten. Nun gilt die Sorge des Subjekts der Optimierung der eigenen Kräfte: Wie kann ich alle meine Potenziale freisetzen? Wie kann ich zur persönlichen Höchstleistung vorstoßen oder mich zumindest in der Gruppe der „Leistungsträger" halten?

Wer diese Freiheit wirklich nutzen will, muss sich selbst beobachten und die Entfaltung seiner Kräfte selbst bewerten. Im normalistischen Leistungsdiskurs muss sich das Subjekt immer wieder fragen: Leiste ich genug? Habe ich tatsächlich alle meine Fähigkeiten und Kräfte ausgeschöpft? Wo stehe ich jetzt auf der Leistungsskala?

Aus der regelmäßigen Selbst-Bewertung der eigenen Leistung ergibt sich die Aufforderung zur regelmäßigen Selbst-Adjustierung. Wenn das Maß der „Höchstleistung" immer wieder neu im Diskurs gefunden werden muss, fällt dem Subjekt die Aufgabe zu, sich fortlaufend selbst zu regulieren, sich an das neue Maß anzupassen, aus eigenem Antrieb und in eigener Verantwortung. Eine Verschlechterung konkreter betrieblicher Rahmenbedingungen in der Wissensarbeit wird daher häufig nicht bekämpft, sondern als normales „Floating" der Leistungsgrenze interpretiert und vom Subjekt aufgefangen: Es geht immer noch was.

Auf diese diskursive Formierung des Subjekts trifft aktuell die über die Medien vermittelte Debatte zum wachsenden Anstieg psychischer Erkrankungen bei Beschäftigten. Diese Debatte ist Teil eines anderen, ebenfalls breit akzeptierten Diskurses, des „Gesundheitsdiskurses", der in den vergangenen Jahrzehnten einige Wandlungen durchlaufen hat. Wichtige Stationen der Wandlung waren die Auflösung des strikten Entweder-Oder „gesund versus krank" und die Etablierung der Kategorie „psychisches Wohlbefinden". Beim Gesundsein gibt es nun zahlreiche Abstufungen und Varianten (z. B. „dem Alter und den Umständen entsprechend gesund"). Zwischen den Polen „manifest klinisch krank" und „topfit" erstreckt sich nun ein breites Kontinuum gesundheitlicher Normalität, in dem sich das Subjekt verorten muss.

Auch der Gesundheitsdiskurs ist im Wesentlichen normalistisch. Auch hier ist das Subjekt aufgefordert, seinen Status zu prüfen und zu bewerten und sich bei Bedarf selbständig zu regulieren. Jeder ist selbst für seine Gesundheit verantwortlich, jeder kann durch richtiges Handeln seine Gesundheit optimieren, sein persönliches Optimum an Fitness erreichen. In Bezug auf den Körper bietet der Diskurs eine Reihe von Instrumenten und Praktiken an, mit denen man seinen gesundheitlichen Status messen und sich bei Bedarf selbständig regulieren und optimieren kann. Dazu gehören z. B. die Berechnung des body mass index, Ernährungsratschläge („5 Portionen Obst") und Richtlinien zu Bewegung / Sport („täglich, aber richtig").

Interviews im Rahmen unseres Projekts zeigten, dass Beschäftigte davon ausgehen, dass jeder für seinen körperlichen Status selbst verantwortlich ist. „Vorbeugung" ist als Instrument hoch akzeptiert, so dass Beschäftigte im Interview meinten sich entschuldigen zu müssen, weil sie zurzeit keinen Sport treiben. Maßnahmen zur individuellen körperbezogenen Prävention erscheinen im Diskurs als Schutzschild gegen Krankheiten, aber auch als Methode, um eine höhere Position auf der Gesundheitsskala zu erreichen. „Früher habe ich 15 Kilometer geschafft", berichtete ein Interviewpartner, „jetzt laufe ich schon 30." Manche Beschäftigten verwendeten auch Argumente, die an salutogenetische Ansätze erinnern: Ein privates Lauftraining wurde z. B. als „Ausgleich" zu den täglichen psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz („Stress im Team") vorgestellt. Für Betriebe stehen außerdem Statistiken zum Aufstieg und Fall der AU-Daten und Richtlinien der Ergonomie zur Verfügung, mit denen festgestellt werden kann, ob sich die Körper des Betriebes noch im Rahmen des gesellschaftlich Normalen befinden.

Beim „psychischen Wohlbefinden" bewegt man sich dagegen in einem noch nicht hinreichend geklärten Feld. Zwar signalisiert der Diskurs auch hier ein fließendes Kontinuum psychischer Gesundheit, aber es gibt noch zu wenig Anhaltspunkte, mit deren Hilfe das Subjekt sein psychisches Befinden selbst verorten und sich notfalls

selbst normalisieren kann. Welche psychischen und psychosozialen Belastungen ein Beschäftigter normalerweise tolerieren muss, ohne dass seine Leistung sinkt, ist im Diskurs noch nicht eindeutig geklärt. Im Rahmen unseres Projekts war es daher zwar möglich, in den Betrieben über „Stress" zu sprechen, aber es bliebt unklar, wann die „Grenze", der Pol des Unzumutbaren, erreicht ist. Die Belastungsgrenzen der Psyche scheinen stark zu floaten, und die obligatorische Selbstbefragung des Subjekts – Bin ich noch normal, wenn ich mich jetzt überlastet fühle? – bleibt ohne klare Antwort. Gesucht wird ein allgemein anerkanntes Äquivalent des body mass index im Bereich der Psyche, mit dessen Hilfe das Subjekt seine Belastung selbst einschätzen und bei Bedarf Maßnahmen ergreifen kann.

Die Veröffentlichungen der Krankenkassen zum Anstieg der Krankheitstage durch psychische Erkrankungen sind daher – jenseits der konkreten Zahlen – außerordentlich hilfreich. Sie verankern psychisches Leiden im Bereich der betrieblichen Normalität – da viele (und immer mehr) per Statistik als „psychisch erkrankt" verortet sind, darf der Beschäftigte immerhin davon ausgehen, dass psychische Belastungen im Betrieb tatsächlich existieren. Die Belastung, die er täglich zu spüren meint, ist also keine Einbildung einer extrem sensiblen, nicht-normalen Psyche, sondern ein statistisches Faktum. Mit Hilfe der Statistik wird im Diskurs ein Wissen produziert, das Fakten schafft: Das Phänomen der „Psyche" im Betrieb existiert. Der Diskurs produziert Normalität und Legitimität: Wenn man das psychische Befinden im Betrieb erfassen kann, kann man endlich auch darüber sprechen.

Ebenso wichtig für die Produktion der „Psyche im Betrieb" ist der aktuelle Boom des „Burnout" in den Medien. Anders als die „Depression" (im Diskurs assoziiert mit dunklen Bildern von Passivität und Schwäche) verbindet sich „Burnout" assoziativ mit dem Leistungsdiskurs: Nur wer brennt, kann ausbrennen.[2]

Die Symbolik der hell leuchtenden Flamme verweist auf „Spitzenleistungen", auf die Leuchttürme der Leistungsskala. Im Diskurs ist Burnout das Umkippen einer Höchstleistung in einen klinischen Bereich außerhalb der Leistungsskala. Die Konstruktion so genannter „Vorstufen des Burnout" erlaubt es, die Abweichung von der Normalität zu messen und durch Selbst-Regulation einzugreifen, bevor der Umkipp-Punkt erreicht ist. Burnout hat damit gute Aussichten, zu einer Art body mass index der Psyche zu werden. Damit steigt auch die Chance, psychische Belastungen im Betrieb zu thematisieren und Präventionsstrategien akzeptabel zu machen.

Die wachsende gesellschaftliche Akzeptanz psychischer Erkrankungen, die sich in der Veröffentlichung von Statistiken und in der Burnout-Debatte ausdrückt, ermöglicht dem Subjekt die Wahrnehmung und Reflexion der eigenen Befindlichkeit. Psychische Belastungskonstellationen im Betrieb können zumindest thematisiert, vielleicht auch bearbeitet werden.

Nach wie vor gilt im Betrieb: Nur wer lauthals klagt, wird Gehör finden. Um Gesundheitsprävention in der Wissensarbeit und insbesondere in der IT-Branche zu vermitteln, brauchen wir bis auf weiteres die Drohung mit den schlimmsten Übeln wie dem Verlust der Leistungsfähigkeit, dem Absturz aus der ersten Liga. Prävention im Bereich des Körpers braucht die Drohung von Adipositas und Rückenschmerzen. Prävention im Bereich des psychischen Wohlbefindens kann auf das Burnout-Syndrom nicht verzichten.

Literatur:

Kreft, Ursula (2008) Burnout in der IT-Branche. ITG-Arbeitspapier 2/2008, www.it-gesundheit.de

Kreft, Ursula / Uske, Hans (2010): Darf man als IT-Spezialist psychisch krank werden? Diskursive Rahmenbedingungen für einen präventiven Gesundheitsschutz in Unternehmen der IT-Branche, in: Wirtschaftspsychologie Heft 3/2010, S.11-19

Kreft, Ursula / Uske, Hans (2010): Die Kultur der IT-Arbeit, in: Guido Becke / Rüdiger Klatt / Burkhard Schmidt / Brigitte Stieler-Lorenz / Hans Uske (Hg.): Innovation durch Prävention. Gesundheitsförderliche Gestaltung von Wissensarbeit, Bremerhaven (NW, Verlag für neue Wissenschaft, S. 33-54.

2 Mit den Begriffen „Burnout" und „Depression" sind hier nicht medizinische Diagnosen gemeint, sondern Phänomene, die auf der Diskursebene der Medien produziert und vermittelt werden. Diese Phänomene sind nicht identisch mit den in der Medizin diagnostizierten Erkrankungen. Auf die Unterschiede und Verbindungen zwischen dem „Interdiskurs" der Medien und dem wissenschaftlichen „Spezialdiskurs" der Medizin können wir hier nicht näher eingehen.

Semra Çelik
Grenzen und Grenzgänger
Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung
Edition DISS Bd. 12
288 S., 20 €

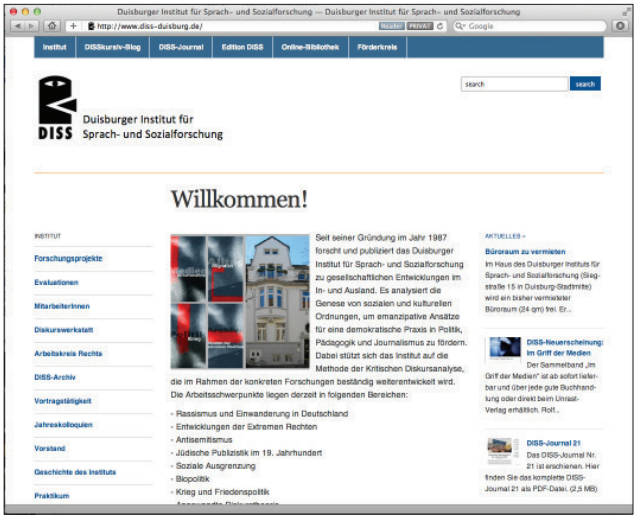
Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch" positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen .türkischen. Identitäten (re-) produzieren.

Gerda Heck
„Illegale Einwanderung"
Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA
Edition DISS Bd. 17
280 S., 24 €

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den ."illegalen Einwanderer". Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.

Neue DISS-Web-Auftritte

Das DISS hat seine Internet-Auftritte grundlegend überarbeitet. Unter *www.diss-duisburg.de* ist ab sofort die neue Instituts-Homepage abzurufen. Neben Informationen über MitarbeiterInnen, Veröffentlichungen, Aktivitäten und Forschungsprojekte befindet sich hier auch eine Online-Bibliothek im Aufbau. Damit macht das DISS bereits vergriffene Buchpublikationen sowie eine umfangreiche Sammlung von Artikeln und Aufsätzen sukzessive digital verfügbar. Ebenfalls erhält das DISS-Journal hier die längst verdiente Online-Präsenz. Renoviert wurde auch das DISSkursiv-Blog, in dem das DISS seit knapp zwei Jahren Notizen, interessante Links, Einschätzungen und Meinungen aus dem Institutsalltag und zu aktuellen Themen veröffentlicht. Das Blog ist nach wie vor unter der Adresse *www.disskursiv.de* zu erreichen. Für DISS-Lesestoff zwischen dem Erscheinen der jeweiligen DISS-Journale ist damit also reichlich gesorgt.



Ganz viele Infos: Das runderneuerte virtuelle Zuhause des DISS.

Büroraum zu vermieten!

Im Haus des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (Siegstraße 15 in Duisburg-Stadtmitte) wird ein bisher vermieteter Büroraum (24 qm) frei. Er kann ab dem 1.1.2012 bezogen werden. Die Miete von 335 € monatlich schließt die Mitnutzung einer Küche (ausgestattet mit Kühl– und Gefrierschrank, Herd mit Backofen), WC sowie eines Seminar- und Konferenzraums (32 qm) ein. In der Miete enthalten sind ebenso alle Betriebskosten, also Heizung, Strom und andere Nebenkosten wie z.B. Fensterreinigung. Der Raum und die mit zu nutzenden Räume befinden sich in der Hochparterre des Hauses. Die Entfernung zum Duisburger Hauptbahnhof beträgt etwa 12 Minuten Fußweg. Die Ausfahrt Duisburg-Stadtmitte der Stadtautobahn A 59 ist etwa 100 Meter entfernt. Kontakt: DISS, Margarete Jäger, Tel. 0203–20249, E-Mail: info@diss-duisburg.de.

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie jetzt Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

[ ] Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 /50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

[ ] Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____€.

[ ] Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Stadtsparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

[ ] Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Kto: _____

bei: _____

BLZ: _____

_____
(Datum, Unterschrift)

Bitte abtrennen und einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg.

Weitere Infos im Netz: http://www.diss-duisburg.de/foerderkreis